



Politische Berichte

Nummer 25 / 13. Jahrgang

4. Dezember 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Gegenwehr durch Mindestsicherung in der Lohn- und Sozialpolitik möglich. Steuerreform ist nötig.

Gewerkschaften vor der Solidarpakt-Falle

Die Geheimverhandlungen um den Solidarpakt zwischen der Bundesregierung und verschiedenen Gewerkschaftsvorständen sind weit gediehen. Es soll zwei Arbeitsgruppen geben, von denen eine prüfe, ob das „Sachsen-Modell“ auf alle ostdeutschen Länder übertragen werden kann. Bund und Länder müßten danach für nicht privatisierungsfähige Treuhand-Betriebe mit Beteiligungen und Bürgschaften einspringen. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dies bedeute faktisch einen ein- bis zweijährigen Entlassungsstopp. Dessen Kosten würden ebenfalls geprüft. Eine weitere Arbeitsgruppe untersuche, was genau unter dem Begriff Schlüsselindustrien zu verstehen sei. Kohl hatte erklärt, daß es Gespräche mit der Treuhand gäbe, um „industrielle Kerne“ zu erhalten.

Man muß zunächst festhalten, an den Solidarpaktgesprächen sind z.B. Wulf-Mathies, Steinkühler und Rappe beteiligt, nicht aber z.B. Hensche und viele andere. Damit demonstriert die Bundesregierung mit jeder Gesprächsrunde zuvorderst eine schwere Gewerkschaftsspaltung. Hinzu kommt der Ausschluß wahrscheinlich aller der Kräfte von den Verhandlungen, die in den östlichen Landesparlamenten schon seit zwei Jahren um eine ernsthafte Regionalplanung, Mittelstandsförderung, Standortsicherung und Neustrukturierung gegen die neuen Lakaien kämpfen. Ferner wäre zu bedenken, daß es bei dem Solidarpakt nicht im Traum um Wirtschaftsrechte für Kommunen und Genossenschaften gehen dürfte, die aber für den „Aufbau Ost“ elementar wären.

Hingegen geht es beim Solidarpakt offensichtlich in erster Linie um Finanzmittel, genauer gesagt um ihre Aufbringung bei gleichzeitiger Entlastung der Wirtschaft. Die SPD versteift sich auf die Bedingung, es müsse bereits im Jahr 1993 zu einer Verlängerung des Solidaritätszuschlags kommen. Dabei müßten „die sozial Schwächeren geschont werden“ und die nicht sozialversicherungspflichtigen Bevölkerungskreise durch eine Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte belastet werden. Also z.B. der Pächter eines kleinen Getränke-marktes oder ein Spitzenverdiener vom Kaliber eines Postboten sollen in Zukunft einen Arbeitsmarktbeitrag entrichten, womöglich auch noch den Arbeitgeberanteil.

Die Gewerkschaften werden nicht umhin kommen, ihre eigenen Vorstellungen zu einer Steuerreform zu ver-

fechten und zu entwickeln, die wirklich eingreift in das Lohn- und Einkommenssteuerrecht in Punkten wie: steuerfreies Existenzminimum, Änderung der Lohnsteuerprogression, Änderung des privaten Abschreibungsrechts z.B. bei Finanzanlagen und Immobilien, Verlagerung des Familienlastenausgleichs aus dem Steuerrecht auf Direktzahlungen etc. Die Gewerkschaften können nicht dem SPD-Kurs folgen, ständig nach Gruppierungen der Mittelschicht Ausschau zu halten, die noch zu belasten wären. Jeder weiß inzwischen, daß daraus am Ende auch eine zusätzliche und überproportionale Belastung der Leute mit geringem Verdienst folgt.

Was ein linearer Aufschlag von z.B. 7,5 % auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer bedeutet, zeigt sich schon bei Betrachtung der Relationen des Steueraufkommens. Im vergangenen Jahr wurden über die Lohnsteuer 214,5 Mrd. DM eingezogen, über die veranlagte Einkommensteuer 41 Mrd. und über die Körperschaftsteuer 31,5 Mrd. Man kann verstehen, daß der Kanzler einem Solidaritätszuschlag jetzt auch Priorität einräumt, allerdings erst ab 1995. Genüßlich baut die Regierung einen Widerspruch zur SPD auf, die schon ab 1993 zulangen will. Für ein solches „Zugeständnis“ von Regierungsseite, nämlich die Vorverlegung der Steuerplünderung, müßte sich doch

von der SPD noch was einhandeln lassen!

In dem Zusammenhang müssen die Gewerkschaften auf jeden Fall das „Standortsicherungsgesetz“ bekämpfen. Es sieht u.a. die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltenen Gewinne von 50 % auf 44 % und die Kappung des Einkommensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 44 % vor. Angeblich soll diese drastische Unternehmenssteuersenkung „gegenfinanziert“ werden durch eine „Verschlechterung“ der Abschreibungsbedingungen. Es handelt sich jedoch um eine Änderung der Abschreibungs-methode (Aufhebung degressiver Abschreibung) und evtl. eine Verlängerung des Abschreibungszeitraums. Die Abschreibungsmöglichkeiten sind damit nicht aufgehoben, sondern lediglich auf spätere Jahre verschoben. Die Steuer-mehreinnahmen, die der Staat bei Inkrafttreten hätte — die er aber mangels Investitionen in der Krisensituation gar nicht hat — werden also in den Folgejahren zu Steuermindereinnahmen.

Ein Standpunkt der Gewerkschaften in Steuerfragen ist deshalb so wichtig, weil eine Verstärkung der staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungen nötig ist, um deren Bestand zu retten und eine Mindestsicherung zu gewährleisten. Es gibt wüste Planungen und Vorschläge, die Bundeszuschüsse zur Er-

stattung der Arbeitslosenhilfe komplett zu streichen, die Rentenanpassung 1993 ersatzlos zu streichen, den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung zu streichen...

Der DGB kontert jetzt mit einer beachtlichen Initiative. Er fordert eine Mindestsicherung im Rahmen der Arbeitslosenunterstützung, die durch Bundeszuschüsse abgesichert werden soll. In einem ersten Schritt soll durch eine Novelle des AFG gewährleistet werden, daß Alleinstehende mindestens 658 DM, Verheiratete mindestens 1054 DM pro Monat erhalten. Auf diese Weise könnten die Kommunen in Ost und West erhebliche Sozialhilfe-Zahlungen sparen.

Auch die anlaufende Tarifbewegung ist vielfach geprägt vom Bestreben nach Mindestsicherung und Umverteilung. Erwähnt sei: Forderung nach einer Mindestkomponente von 150 DM im Öffentlichen Dienst, Mindestforderung von 260 DM bei Versicherungen West und 100 %-Anbindung der Osttarife für 1993, 270 DM Festgeldforderung der HBV für Banken, Gewerkschaft Leder fordert 8 %, mind. 1 DM pro Stunde für Arbeiter, bzw. 170 DM für Angestellte, im Einzelhandel NRW werden hohe Zuschläge verlangt für Arbeit nach 18.30 Uhr und am Wochenende als bewußte Sperre gegen weitere Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes...

Quellen: Handelsblatt, div. Ausgaben — (pef)

ÖTV-Tarifkommission: Nicht einmal Mindestbetrag

Die meisten Bezirke hatten sich für 5 bis 7 % plus Mindestbetrag zwischen 150 und 250 DM ausgesprochen, Bayern und Nordwest forderten 200-300 DM Festgeld, die Auszubildenden 175 DM mehr. Aus dieser Mitgliedermeinung machte der geschäftsführende Hauptvorstand den Beschlußantrag „5 % und eine soziale Komponente, 12 Monate Laufzeit, überproportionale Steigerung der Auszubildendenvergütungen, ein weiterer Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche“. Als undemokratisch und gegen die Mitgliedermeinung verstößend wurde das empört von der Hälfte abgelehnt. Der Kompromiß, der dann durchkam, lautete 5 % eine immer noch nicht präziserte „soziale Komponente“ von 150 DM. Darunter soll z.B. die Streichung der Stufe 1 des Ortszuschlages oder die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen fallen. Mit 29 Gegenstimmen (Dafür: 94) stimmte die Tarifkommission zu. — (flm, AGG)

Caritas gegen Kürzung der Sozialhilfe

Die Bundesregierung plant, die Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber pauschal um 25 Prozent zu kürzen. Dagegen protestiert der Deutsche Caritas-Verband mit einer Begründung, die sich nicht mit dem Hinweis auf die brutalen Folgen für die unmittelbar Betroffenen begnügt, sondern auf weitere Absichten der Regierung hinweist. Erstmals würde für eine gesellschaftliche Gruppe das garantierte Existenzminimum unterschritten, sagte der Präsident der Caritas, Hellmut Puschmann. Damit sei zu befürchten, daß das Tor für Kürzungen auch für andere Personengruppen geöffnet würde. Südd. Zg., 25. 11. — (alk)

Verfassung gerettet und trotzdem „flüchtlingsfrei“?

Nachdem der SPD-Vorstand vom Parteitag Generalabsolution im voraus erhalten hat, bietet er nun seine Tricklösung an: Bei den Verhandlungen mit der Regierungskoalition um eine mögliche Verfassungsänderung des Art. 16 GG äußerte die SPD, man könne doch alle an die BRD angrenzenden Länder zu „sicheren Drittstaaten“ erklären. Das Menschenrecht auf Asyl bliebe so erhalten, aber jeder unerwünschte Flüchtling, der dann auf dem Landweg in die BRD käme, um Asyl zu beantragen, könnte sofort wieder abgeschoben werden. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Voigt, erläuterte, er rechne nicht damit, daß Polen oder die Tschechoslowakei deswegen „Ärger machen“ würden. Die SPD hätte so das Recht auf Asyl gerettet (als hohle Phrase in der Verfassung), faktisch hätten aber die Nachbarstaaten, unter dem Druck der BRD stehend, die Flüchtlingsprobleme auf den Hals geladen bekommen. — (alk)

Bauernproteste gegen EG, GATT

Mit großen, europaweiten Protestaktionen wollen die Bauern gegen Senkungen ihrer Einkommen durch die drohenden GATT-Vereinbarungen und die EG-Agrarpolitik protestieren. Am 1. Dezember fand eine große Demonstration in Straßburg statt, Aktionen in anderen Städten folgen, z.B. in Bonn am 8. Dezember. In Frankreich befürchten die Bauern weitere Einkommensverluste um 5,9 %, 400 000 Bauern, die am Existenzminimum leben, fürchten um ihren Hof. — (rül)



Kurdisches Nationalparlament

Beeindruckendes Ergebnis der Delegiertenwahlen / Seiters störte

Mit einem beeindruckenden Ergebnis wurde in Europa die erste Phase der Wahlen zur Bildung eines kurdischen Nationalparlaments abgeschlossen. Wahlberechtigt waren alle Kurden und Kurden über 18 Jahren. Die mit der Durchführung beauftragte Wahlkommission geht davon aus, daß in Europa ca. 500 000 bis 550 000 Kurden und Kurden leben, inkl. Kinder. In der Türkei sind von ca. 60 Mio. Einwohnern etwa 20 Mio. im wahlberechtigten Alter. Dieses Verhältnis auf die kurdische Bevölkerung in Europa übertragen, wären also ca. 170 000 bis 180 000 Kurden und Kurden wahlberechtigt gewesen. Tatsächlich haben sich 87 719 Kurden und Kurden beteiligt. Das wäre eine Wahlbeteiligung von fast 50 %, und das unter Bedingungen, wo in vielen Gebieten keine Wahlurnen aufgestellt werden konnten, also weite Anfahrtswege zu bewältigen und viele sonstige Schwierigkeiten zu überwinden! Nicht nur Vereine, die sich der ERNK verbunden sehen, beteiligten sich, auch

andere türkische und kurdische Organisationen nahmen teil.

Zur Durchführung hatte die Wahlkommission 35 Wahlbezirke gebildet. Dort kandidierten 350 Kandidatinnen und Kandidaten für die 153 Delegierten, die in der ersten Phase zu wählen waren. Das Durchschnittsalter der gewählten Delegierten liegt bei 35 Jahren. 27 Delegierte sind Frauen, 3 kommen aus Südkurdistan, der Rest aus den nördlichen Gebieten Kurdistans. In einer zweiten Phase werden diese 153 Delegierten 15 Abgeordnete wählen, die im kurdischen Nationalparlament die Kurden und Kurden, die derzeit in Europa zu leben gezwungen sind, repräsentieren werden.

Nachdem türkische Regierungssprecher mehrfach öffentlich verlangt hatten, die Wahlen in Europa zu unterbinden, schickte Bundesinnenminister Seiters am Freitag vor den Wahlen dem Büro des Verbands der kurdischen Intellektuellen in Bonn einen Drohbrief: Wenn der Verband weiter sein Büro und seine

Telefonnummer der Wahlkommission als öffentliche Kontaktstelle zur Verfügung stelle, habe er mit „vereinsrechtlichen Maßnahmen“ zu rechtlichen. Die Wahlen störten die „öffentliche Ordnung“ in der BRD und seien eine „Beinträchtigung der Souveränität völkerrechtlich anerkannter Staaten“. In den Augen des Bundesinnenministers ist offensichtlich die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft fremder Staaten über Kurdistan ein schützenswertes Rechtsgut, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes dagegen eine zu unterdrückende Anmaßung! Die im dem gleichen Schreiben erhobene Behauptung, die Wahlen seien eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ in der BRD, wirft ein bezeichnendes Licht auf das gestörte Verhältnis des Ministers zu Wahlen und Wahlrecht. Zu Recht hat deshalb die Wahlkommission bei den Parteien des Bundestags gegen diesen anmaßenden Einmischungs- und Einschüchterungsversuch des Bundesinnenministers protestiert. — (rül)

Razzien und Beschlagnahmen wegen „Dev Sol“

Das bayerische Landeskriminalamt hat am 24. 11. 21 Wohnungen und Büros, in denen Mitglieder der — seit 1983 verboten — türkischen Organisation „Dev Sol“ wohnen und/oder politisch arbeiten sollen, durchsucht, u.a. in München, Ingolstadt, Augsburg, Nürnberg, Passau und Straubing. In Köln wurde das Büro des „Informationszentrums für Freie Völker“ durchsucht und Disketten, Computer und Akten beschlagnahmt. Das LKA behauptet, die Ermittlungen fänden statt wegen „Verdachts der Spendengelderpressung und Fortführung einer verbotenen Vereinigung“. Die Aktion dürfte mit der türkischen Regierung abgestimmt sein, die vermeintliche Mitglieder von Dev Sol mit äußerster Grausamkeit verfolgt, foltern und von der Polizei erschossen läßt. Das Kölner Zentrum hat protestiert: „Die Arbeit des Informationszentrums, das gegründet wurde, um in der Öffentlichkeit kontinuierlich über Menschenrechtsverletzungen und den Widerstand in der Türkei und Kurdistan zu informieren, ist massiv behindert.“ — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Post„reform“

Auch bei der Post„reform“ gibt es, wie beim Thema Asyl und bei der Bahnprivatisierung, eine große Koalition: CDU, CSU, FDP und SPD waren sich Ende November laut MdB Paterna, SPD, einig, daß man „um Aktiengesellschaften“ für „gelbe Post“ (Postdienst), „blaue Post“ (Postbank) und Telekom „nicht herumkommt“. Die Postgewerkschaft fordert stattdessen die Umwandlung in „Anstalten des öffentlichen Rechts“. Allerdings soll es inzwischen eine Zustimmung aus der Koalitionsparteien für die „Festschreibung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen zu gleichen Preisen (Infrastrukturauftrag)“ geben — was im Vergleich zur Bahnprivatisierung ein Fortschritt wäre.

EG-„Mitwirkung“ des Bundestags

In fast gleichlautenden Gesetzentwürfen (Ds. 12/3609 und 12/3614) wollen die Regierungsparteien und die SPD das Fehlen jeder parlamentarischen Kontrolle über Beschlüsse auf EG-Ebene korrigieren. Die Korrektur ist Makulatur. Ein „Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union“ soll geschaffen werden, den die Bundesregierung „umfassend“ über alle EG-Vorhaben unterrichten soll. Bevor dann die Regierung entscheidet, soll der Bundestag „Stellungnahmen“ abgeben dürfen. Rechtswirkung dieser Stellungnahmen: Null. Die Regierung tut auch weiter, was sie will, die Gesetze und Verordnungen auf EG-Ebene unterliegen weiter keiner parlamentarischen Kontrolle.

Verfassungsklagen erschwert

Klagen beim Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung von Grundrechten werden künftig noch seltener zugelassen. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (Ds. 12/3628) vor. Anlaß: Die Zahl der Verfassungsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht habe auf mehr als das Doppelte zugenommen: Von jährlich 1520 in den Jahren 1966 bis 1972 auf zuletzt fast 4000 Klagen (1991). Diese Zunahme ist für die Bundesregierung kein Anlaß, die Rechtmäßigkeit des Handelns staatlicher Behörden zu prüfen. Stattdessen sollen die Möglichkeiten des Gerichts, Klagen von vornherein abzulehnen, ausgeweitet werden. Ausdrücklich erwähnt der Gesetzentwurf, daß man aus dem Gebiet der früheren DDR in den nächsten Jahren eine Flut von Klagen erwarte, sobald der davor liegende Rechtsweg erschöpft sei. Dem soll gleich ein Riegel vorgebaut werden.

„Kronzeuge“ wird verlängert

Am 12. November beriet der Bundestag über den Gesetzentwurf der Regierung zur Verlängerung der „Kronzeugenregelung“ (Ds. 12/3685). Justizministerin Scharrenberger, die der Verlängerung nicht zugestimmt hatte, aber von ihrer eigenen Fraktion überstimmt wur-

de, nahm an der Debatte gar nicht erst teil. Die Regierung will die Regelung um drei Jahre verlängern. Als „Beleg“ für ihre vermeintliche Wirksamkeit führten Regierungssprecher den PKK-Prozeß in Düsseldorf und den dort auftretenden Kronzeugen Cetiner auf. Dem widersprachen Sprecher von SPD, PDS/LL und Bündnis 90/Grüne: Gerade dieser „Kronzeuge“ sei eine höchst fragwürdige Figur.

Gegen Wohnraumumwandlung

Mit Gesetzentwürfen des Bundesrates (Hessen und Bayern) und der SPD-Fraktion im Bundestag wollen diese Länderregierungen und die SPD der Umwandlung von Mietwohnungen in Großstädten in Eigentumswohnungen Schranken ziehen. Bekanntlich hatte der Bundesgerichtshof im Sommer diese Umwandlung weitgehend freigegeben — Mieterverbände berichteten von zehntausenden Umwandlungsvorhaben, mit katastrophalen Folgen für Mietwohnungsbestand und Miethöhe. Die SPD will die Landesregierungen ermächtigen, durch Rechtsverordnung Gemeinden zu bestimmen, in denen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen der Genehmigung der Kommune bedarf.

Ruhe will „Fernaufklärer“

Verteidigungsminister Rühle will für die Bundeswehr zehn „Fernaufklärungsflugzeuge“ beschaffen. Preis: 290 Millionen DM pro Stück, zusammen also 2,9 Mrd. DM. Eine Begründung für diese Beschaffung sucht man in der Pressemeldung des Ministeriums vergebens. Anscheinend bringt die immer wieder behauptete „gestiegene weltpolitische Verantwortung“ der BRD solchen Bedarf hervor: Wenn schon kein Feind in der Nähe ist, muß man ihn eben in der Ferne suchen.

Gegen ewige Auslandsdeutsche

Der Bundesrat hat dem Gesetz der Bundesregierung über sogenannte „Kriegsfolgenbereinigung“ nicht zugestimmt. Einer der Gründe: Das Gesetz versucht, den Blutsbegriff des „Auslandsdeutschen“ auf Ur- und Ururenkel vermeintlicher „Deutscher“ endlos zu verlängern. Dem will die Mehrheit der Bundesländer nicht folgen: In fünf Jahre müsse die garantiert freie Einreise für behauptete „Auslandsdeutsche“ aufgehoben und durch ein Einwanderungsgesetz reguliert werden, fordern die SPD-Länder. Der Bundestag kann jetzt diese Forderung zurückweisen und das Gesetz in Kraft setzen — was er wohl auch tun wird.

Was kommt demnächst?

Am 2. Dezember will der Bundestag das Paket von Maastricht verabschieden. Am 3./4. Dezember sind die nächsten „deutsch-französischen Konsultationen“, bei denen es u.a. um GATT und die deutsch-französische Armee geht. Am 11. Dezember ist der nächste EG-Gipfel in Edinburgh, am 18. Dezember soll der Bundesrat das Maastrichter Vertragspaket, den Haushalt 1993, das Asylpaket und andere Vorhaben, die zum 1. Januar 1993 in Kraft treten sollen, abschließend beraten.

EG, Maastricht und das Grundgesetz
Interview mit W. Telkämper (Grüne)

W. T.: *Wolfgang Telkämper, seit einigen Wochen Mitglied der Grünen, ist Mitglied des Europäischen Parlaments und arbeitet in der Initiative „Maastricht — so nicht! Volksentscheid für ein demokratisches Europa“ mit. Er hat angekündigt, gegen die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags nach der Abstimmung im Bundestag Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzulegen. Wir haben aus diesem Anlaß mit ihm ein Gespräch geführt, das nachfolgend (aus Platzgründen gekürzt) abgedruckt ist. — (chc, kh)*

Redaktion: Am 1. Januar tritt der Binnenmarkt in Kraft, Maastricht steht in Bonn zur Abstimmung. Wie beurteilen Sie das Gebilde, das da gegenwärtig in Europa entsteht?

W. T.: Brüssel ist weit weg; die Veränderungen der Strukturen und Auswirkungen vor Ort durch die Brüsseler Entscheidungen wollen viele nicht wahrnehmen. Die alten nationalstaatlichen Strukturen werden zugunsten einer neuen Suprastruktur in Brüssel entmacht. Die nationalstaatlichen Parlamente haben nur noch wenig zu sagen, die politischen Entscheidungen fallen in den neuen Strukturen einer liberalisierten und deregulierten Industriegesellschaft, die die alten Grenzen weitgehend ignorieren kann. Entsprechend dazu entsteht in Brüssel ein bürokratischer Zentralismus, der zwischenstaatlich organisiert wird. Wenn die nationalen Regierungschefs auf ihren EG-Ratssitzungen in Brüssel legislative Entscheidungen fällen, anschließend diese in ihren nationalen Hauptstädten sozusagen als „neue Monarchen“ mit ihren Exekutivfunktionen umsetzen, und gleichzeitig das Europäische Parlament keine wirklichen Rechte erhält, haben wir das Ende der Gewaltenteilung, die immer Grundlage der parlamentarischen Demokratie in Europa war.

Redaktion: Auf dem Freiburger Europa-Kongreß „Alptrium Europa“ wurde die Auffassung vertreten, mit Maastricht werde an die Stelle eines demokratisch kontrollierbaren politischen Handelns der beteiligten Regierungen auf das stille Wirken der ökonomischen und sozialen Kräfte und Mächte gesetzt, deren Resultate dann politisch „ratifiziert“ würden, sobald sie faktisch eingetreten sind. Teilt Sie diese Meinung?

W. T.: Ja; auch wenn durch das Referendum in Dänemark der Maastrichter Vertrag nicht wie geplant zum 1. 1. 1993 in Kraft treten kann, so wird in der EG durch die Einheitliche Akte mit der Jahreswende 92/93 doch der Binnenmarkt in Kraft treten. Das höchste Prinzip dieses Marktes ist der Wettbewerb! Ein Primat der Politik, eine sozial ausgerichtete gemeinsame Politik oder Richtlinien, die eine ökologische Produktionsweise favorisieren, sind nicht vorhanden. Die Grenzschränken fallen für einen freien grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie für die Menschen, die hier aber nicht mit ihren BürgerInnenrechten verstanden sind, sondern als Arbeitskräfte. In diesem EG-Binnen-„Markt ohne Staat“ darf es keine Wettbewerbsnachteile geben. Eventuell vorhandene fortschrittlichere Rahmenpolitiken werden so weit als möglich ausgehebelt. Alles wird für den Markt angeglichen, normiert, harmonisiert. Konkret heißt das z.B.: Wenn in einem EG-Staat Lebensmittel nicht radioaktiv bestrahlt werden dürfen, (und so zugunsten einer längeren Haltbarkeit dieses Lebensmittels die Vitamine zerstört werden,) in dem Nachbar-EG-Land aber sehr wohl, so müssen sie zukünftig in beiden gehandelt werden können, weil die Grenzen ja für alle Waren gefallen sind. Ein anderes Beispiel ist die Verkehrspolitik. Wurde bisher in den zwölf EG-Staaten eine eigenständige Verkehrspolitik betrieben, so wird sie zukünftig von Brüssel aus zentralisiert. Dort wird nicht nur ein für ganz Europa geplantes Autobahnnetz entworfen, sondern über den Regional- bzw. die Strukturfonds Beihilfen zum Straßenausbau gegeben. Die unökologische Verkehrsverlagerung weg von der Schiene hin zur Straße wird also strukturell begünstigt. Auf dem sogenannten Freien Markt soll dann aber die Art des Güter- oder Personenverkehrs — Schiene oder Straße —

aufgrund des Angebots entschieden werden; Emissionen, der Beitrag der Verkehrsträger zur Klimakatastrophe spielen ebensowenig eine Rolle wie der im Grundgesetz verankerte soziale Auftrag der deutschen Bahnen.

Redaktion: Alle Welt scheint sich einig zu sein, daß die EG kein Wasserkopf werden darf, daß es um ein „Europa der Regionen“ gehe. Das Subsidiaritätsprinzip, also der Vorrang der unteren Ebene, ist jetzt ausdrücklich im Maastrichter Vertrag festgeschrieben. Was hast Du eigentlich noch zu kritisieren?

W. T.: Wir Grünen haben „Europa der Regionen“ immer als ein Synonym für dezentrale Strukturen verstanden. Auf der Entscheidungsebene ist Machtverlagerung weg von der Zentrale, hin zu den BürgerInnen und demokratischen Strukturen damit gemeint; auf der räumlichen Ebene kann es eine landläufige Region, aber auch ein Modell föderaler Staaten sein. Lothar Späth hat diesen Begriff in der EG übrigens konterkariert: Er verstand unter der Zusammenarbeit der Regionen in der EG die Zusammenarbeit der High-Tech-Regionen; die Partnerregionen Baden-Württembergs sind die jeweils entwickeltesten Regionen der verschiedenen Staaten: die Lombardei, Rhône-Alpes und Katalonien. Als Antwort auf die Zentralismuskritik am EG-Binnenmarktprojekt haben die EG-Ideologen sprachgewandt folgendes aufgetischt: Sie stellen im Maastrichter-Vertrag jetzt eine „Regionalkammer“ und das „Subsidiaritätsprinzip“ vor. Bei der Regionalkammer ist aber bis jetzt nicht klar, wie sie bestückt werden soll — klar ist allerdings, daß sie keine politische Macht haben wird; sie entspricht dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialausschuß, ist also ein weiteres Konsultationsgremium. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, daß die jeweils unterstmögliche Ebene für die Regelung bestimmter Sachverhalte zuständig sein soll. Ob die unteren Ebenen aber die Mittel und damit eine Gestaltungsmöglichkeit bekommen, wird genausowenig thematisiert wie die fehlende Strukturierung der Kompetenzen.

Redaktion: Nach Delors sollen in Folge von Maastricht etwa 80 % der gegenwärtigen nationalen Souveränitätsrechte auf die EG übergehen. Wie siehst Du diese Prognose im Hinblick auf die föderalen Strukturen der BRD?

W. T.: Die Verlagerung der Bundes- und Länderkompetenzen auf die EG-Ebene bekommt durch den Maastrichter Vertrag eine ganz neue Dimension (ich erinnere nur an die Rechts- und Innenpolitik). Ich halte ihn deswegen für verfassungswidrig. Er führt aus unserem Grundgesetz heraus in eine neue Verfassung, ohne daß die Bevölkerung dabei gefragt wurde. Die BRD-Länder haben kein Recht, bei dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu klagen. EG-Recht bricht aber Bundes- und Landesrecht. Bisher hat der Alleinvertretungsanspruch der Bundesebene den Bundesländern ein selbständiges Vorgehen auf EG-Ebene, z.B. vor dem EuGH, verhindert. Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang auch, daß bezüglich des EG-Binnenmarktes immer von der Freien Marktwirtschaft gesprochen wird, nie aber von einer Sozialen Marktwirtschaft, die in unserer Verfassung verankert ist. In der BRD können wir in den letzten zwanzig Jahren eine stete Ausweitung der Rechte unserer Kommunen und Länder feststellen. Soziale Aufgaben und damit Kosten wurden aber von der Bundesebene immer weiter nach unten verlagert, so daß die Kommunen inzwischen keine finanziellen Handlungsspielräume mehr haben. Diese Tendenz wird sich qualitativ mit dem Maastrichter Vertrag noch einmal verschärfen. Die Wirtschaftspolitik der EG ist nicht sozial und ökologisch ausgerichtet, der neuen zentralen Währungspolitik fehlt die Finanzpolitik, ausdrücklich wird eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik im Maastrichter Vertrag mit aufgenommen. Deutsche Soldaten, die nach dem Willen unseres Grundgesetzes aufgrund der Lehren aus der deutschen Geschichte bisher nicht an out-of-area-Einsätzen teilnehmen dürfen, könnten dies vielleicht bald im Rahmen von EG-Truppen, weil der Oberbefehl dann aus

Brüssel oder Straßburg mit seiner Verfaßtheit und eben nicht mehr aus Bonn mit seinem Grundgesetz kommt. Zudem ist die Innenpolitik der EG ganz neue Gremien verlagert oder du Übereinkommen wie das Schengener Abkommen geregelt, was z.B. dem föderal organisierten Polizeiwesen der BRD widerspricht.

Redaktion: Nun soll das Grundgesetz geändert werden, um die Übertragung von Hoheitsrechten an die EG neu zu regeln. Was hältst Du von dem vorliegenden Entwurf?

W. T.: Grundsätzlich habe ich nichts gegen eine europäische Integrationspolitik, die den Nationalismus und seine nationalstaatlichen Organisationsformen als eine historische Etappe überwindet. Es sollte ein gesamteuropäischer Integrationsprozeß angestrebt werden, ein Prozeß, den Frieden und eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu forcieren. Die Übertragung von Hoheitsbefugnissen ist ein Umding und ebenfalls verfassungswidrig, solange die EG nicht demokratisch und sozial verfaßt ist. Das Grundgesetz kann nicht aufgelöst werden, solange nicht vergleichbare und dem Geist des Grundgesetzes entsprechende demokratische Strukturen und Institutionen auf EG-Ebene geschaffen sind. Die sehe ich gegenwärtig nicht. Die jetzt geplanten Neufassung des Art. 23 GG käme einem Ermächtigungsgesetz gleich, wogegen das Grundgesetz übrigens ausdrücklich ein Widerstandsrecht zugesteht.

Redaktion: Welche Bedeutung haben die Entwicklungen in den Ländern Osteuropas für die EG und in der EG?

W. T.: Das Verschwinden des Ostblocks und die Öffnung der ost- und mitteleuropäischen Staaten haben zunächst die Euphorie bzgl. eines „Wilden Ostens“ mit billigen Arbeitskräften und einem riesigen Nachholbedarf im Konsumbereich geschürt. Daß diese billigen Arbeitskräfte vielleicht auch in den Westen wollen und ihre wettbewerbsfähigen Produkte im Agrar- und Stahlbereich den schon unter Druck stehenden Branchen in Westeuropa weitere Probleme bescheren, hat die EG veranlaßt, die sogenannten „Assoziationsverträge“ mit einigen Staaten auszuhandeln, die die Beitrittswünsche vertagen und ein für die EG verträgliches Ausmaß an Waren und Arbeitskräften von Ost nach West herstellt, während umgekehrt Sicherheiten für westeuropäische Unternehmen ausgehandelt wurden. Die Forderungen der EG bzgl. demokratischer Strukturen in diesen Ländern sind zwar berechtigt, allerdings würde die EG sich selbst nicht beitreten können, da sie nicht den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie entspricht.

Redaktion: Es gibt eine Richtung v.a. in der SPD, aber auch teilweise bei den Grünen, die den raschen Prozeß der weiteren Vereinheitlichung der EG befürworten, weil nur so noch gewisse Mindeststandards auf Gebieten wie Umweltschutz oder in sozialen Fragen gehalten werden könnten. Ein baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der Grünen hat z.B. gemeint, es käme nur darauf an, daß etwa Umweltschutzgruppen verstärkt die EG-Institutionen so nutzen, wie dies Industrieverbände und Lobbygruppen schon lange tun.

W. T.: Das ist eine Verkennerung der Realitäten und Machtverhältnisse. Umweltschutzverbände haben nicht die Gelder, Infrastruktur und Mobilität. Und sie haben keine zentralistischen Strukturen. Zentralismus entdemokratisiert grundsätzlich. Natürlich ist es wichtig, Mindeststandards im Sozial- oder Umweltbereich umzusetzen, aber es ist eine Illusion zu glauben, wir müßten deshalb den Binnenmarkt- und EG-Konzept unterstützen. Gäbe es den politischen Willen, z.B. Mindeststandards verbindlich einzuführen, wäre das jetzt schon möglich. Diesen Willen gibt es aber nicht. Eine echte tragfähige europäische Integration kann es nur geben, wenn sie von unten entwickelt und befürwortet wird. Die erzwungenen und aufgesetzten zentralistischen Strukturen provozieren meines Erachtens nationalistische Debatten und Vorgehensweisen.



Um 25 Prozent will die Bundesregierung mit einer Gesetzesnovellierung den Anspruch von Flüchtlingen auf Sozialhilfe kürzen. Zynische Begründung: Wer in Lagern lebe, benötige weniger von Lebensunterhalt, außerdem müßten Flüchtlinge nicht unbedingt auch noch kulturelle Ansprüche befriedigen. Flüchtlingsorganisationen bis hin zu den Kirchen haben die Kürzungspläne als unmenschlich kritisiert. Die SPD blockiert noch die Novelle — aber nur, um sie als „Verhandlungsmasse“ bei den Verhandlungen mit der Regierungskoalition um die Aufhebung von Asylansprüchen mißbrauchen zu können, statt sie wegen Unmenschlichkeit abzulehnen. Bild: af/mz

Wer „Ausländer raus“ fordert, stachelt zu Gewalt auf und trägt für das Möllner Verbrechen Verantwortung

DVU, Reps, NPD dürfen nicht weiter zündeln! Verbot aller faschistischen Organisationen!

(...) Vor Jahren haben selbst viele Antifaschisten kaum ernsthaft damit gerechnet, daß die Losung „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ einmal würde Pogromhandlungen legitimieren. Die Republikaner sind mit dieser Losung in den Landtag von Baden-Württemberg, die DVU des Dr. Gerhard Frey in die Landtage von Bremen und Schleswig-Holstein eingezogen. Sie sind auf dieser Linie in den Landtagen tätig, benutzen die Parlamente als Tribüne ihrer „Ausländer-raus“-Propaganda Gerade von der DVU ist darüber hinaus

schrieben, die der faschistische Versuch der Neuordnung der Gesellschaft hinwegzulegen trachtet. Unter anderem verbietet Artikel 3 jede Art von Benachteiligung und damit Verfolgung wegen Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben und politischen Anschauungen. Eine Politik, die „Ausländer raus“ verfolgt, verletzt diese Bestimmung zutiefst...

Nicht nur die grausamen Mittel zur Durchsetzung dieser Losung müssen bestraft werden, der Zweck selbst muß geächtet werden. Anders kann der Terror

nicht wirksam bekämpft werden. Gegen die Verbreitung der Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ muß großer gesellschaftlicher und politischer Druck entwickelt werden. Sie muß verboten werden, und Organisationen, die sie vertreten, müssen verboten werden. Der DVU darf es nicht erlaubt sein, aus dem Landtag heraus die Mordbrenner anzustacheln und zu ermuntern.

Die zuständigen Politiker und Behörden weisen bisher die Forderung nach dem Verbot und der Zerschlagung aller faschistischen Organisationen und Parteien zurück mit der Behauptung, es gebe keine juristische Handhabe. Das ist nicht richtig. Die Bundesrepublik Deutschland hat den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ vom 19. Dezember 1966 unterschrieben; er ist seit 1976 in der BRD in Kraft. In diesem von der Bundesrepublik unterzeichneten Internationalen Pakt steht Artikel 20 vor:

„(2) Jedes Eintreten für nationalen, rassischen oder religiösen Haß, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten.“

Daß die Parole „Ausländer raus“ zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt aufstachelt, daß sie Haß sät, daß sie die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen mit Menschen ohne deutschen Paß erheblich stört, kann niemand bestreiten. Die Verfolgung der grausamsten Erscheinungen faschistischer Politik, bleibt sie darauf beschränkt, kann das Netzwerk faschistischer Organisation und faschistischer Terrors nicht zerstören. Nur die Ächtung der menschenfeindlichen Ziele, der menschenfeindlichen Politik kann sie wirksam treffen und ihre schnelle Umgruppierung verhindern.

Vertreibungsterror brechen!

Nichts wäre geschehen nach dem Verbrechen von Mölln, wäre der faschistische Terror nicht auf massive Ablehnung in der Bevölkerung gestoßen, die in unzähligen Beschlüssen, Erklärungen, Aktionen, Demonstrationen zum Ausdruck kam. Der breite Widerstand und der Druck aus den Nachbarländern haben immerhin Staatsorgane zum Handeln gezwungen; doch die Taten wie die Unterlassungen der staatlichen Gewalten — der Exekutive, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung — weisen vor allem auf die Aufgaben, die sich dem antifaschistischen Kampf stellen.

Die Exekutive hat mit dem Verbot der faschistischen „Nationalistischen Front“ reagiert und weitere Verbote angekündigt. Die Verfügung — nebenstehend teilweise abgedruckt — begründet das Verbot über längere Strecken aus den „Extremismus“-Kriterien, mit denen die alljährlichen Verfassungsschutzberichte in unerträglicher Weise rechts und links gleichsetzen. Die Drohung gegen linksradikale Organisationen schwingt beim NF-Verbot also mit. Die Legitimationsgrundlage der Faschisten wird dagegen nur teilweise angegriffen. Die „Ausländer-raus“-Hetze wird zwar benannt, aber fast schon am Rande, und die Abgrenzung davon bleibt bis in die Formulierung hinein verräterisch schwach, wenn die „unterschiedslose“ Diffamierung beklagt wird. Hätte die Verfügung die „Ausländer-raus“-Hetze in den Mittelpunkt des Verbots gerückt, hätte dies Handhabe für das Verbot z. B. entsprechender Zeitungen geschaffen und bis hin zu Spendentätigkeit u. ä. die von den Faschisten angestrebte Verbindung mit dem Staat und größeren Teilen der Gesellschaft gestört. So kaum. Gleichwohl ist auch ein Verbot wie dieses besser als keines. Der Verweis wenigstens auf die „Ausländer-raus“-Hetze sowie auf die NSDAP-Nähe der NF und den Aufbau bewaffneter Kommandos behindert die Verschmelzung von Behörden- und Polizeigewalt mit dem faschistischen Straßenterror, der recht weit gediehen ist.

Unterdes stifteten die Verhandlungen im Parlament zur Herstellung einer 2/3-Mehrheit für die Änderung des Asylrechts, mit der die in der BRD eingewanderten und einwandernden Menschen aus dem Ausland zur abzuwehrenden Gefahr erklärt werden, fortwährend Legitimation für den faschistischen Vertreibungsterror. Der Aufruf von Grünen, die gesamte Asyldebatte auszuweiten und die staatlichen Anstrengungen auf die Brechung der rechten Terrorwelt zu konzentrieren, trifft diesen Zusammenhang. Alles andere als die sofortige Einstellung der unsäglichen Diskussion gefährdet die Sicherheit von Menschen, die hier leben, und unterhöhlt das verhängte Verbot vollends.

Rückblickend muß man sagen, daß die Verabschiebung des verschärften Ausländergesetzes und neben diesem die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, der ausländischen Bevölkerung in der BRD selbst das Kommunalwahlrecht zu verweigern, Ausgangspunkt für die Welle von Übergriffen und Pogromen geworden sind. Durch das Verbot des Kommunalwahlrechts hat die Rechtsprechung die Rechtlosigkeit von Mitbürgern programmatisch fixiert und als Rechtsgut formuliert. Dies hat die Rechtsprechung nachhaltig beeinflusst, indem faschistische Gewalttaten gegen Ausländer, wenn überhaupt, höchstens als leichte Vergehen be- und verurteilt wurden. — Verbote gegen faschistische Organisationen werden durch die Gerichte bestätigt werden müssen. Wird eine Rechtsprechung, die die Rechtlosigkeit von Ausländern zum Rechtsgut erhob, zum Schutz der Ausländer tätig sein und das Verbot faschistischer Terrororganisationen bestätigen?

Alles läuft daraus hinauf, ein Gesetz zu erlassen, das die Rechtsstellung der Ausländer in der BRD in Richtung völlige Gleichberechtigung verändert, ein Antidiskriminierungsgesetz, das den Ausgangspunkt für die Aufarbeitung des inzwischen fast undurchdringlichen Dickichts von Sondergesetzen und diskriminierenden Verwaltungsbestimmungen bilden muß und auf dessen Grundlage die Sicherheit der hier lebenden Bevölkerung aus dem Ausland wiederhergestellt wird. Dem faschistischen Terror wird der Nährboden nur in dem Maße entzogen, in dem es gelingt, den Zustand zu beenden, daß einer großen Menschengruppe abgestuft Rechte vorenthalten werden. — (sc)

Sowas muß verboten werden!

Millionen Morde erfunden

So werden die Deutschen belastet

Deutsche
National-Zeitung
Freiheitlich unabhängig überparteilich

Ausländerbegrenzung — Gebot der Stunde



bekannt, daß aus ihren Versammlungen heraus verschiedentlich Übergriffe organisiert wurden. Nur zwei Tage vor dem Verbrechen von Mölln erschien die von Frey herausgegebene *Nationalzeitung* mit der Schlagzeile: „Ausländerbegrenzung — Gebot der Stunde“. In derselben Ausgabe wird mitgeteilt, daß die DVU unter der Parole „Frankfurt muß deutsch bleiben!“ zu den Kommunalwahlen in Frankfurt antritt.

Mit den Pogromen und Übergriffen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge, den Brandanschlägen gegen die kurdischen und türkischen Arbeiterfamilien aus Mölln ist die Saat der Losung „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ auf furchtbare Weise aufgegangen. Solange diese Parole, die die Vertreibung der Ausländer zum Ziel erhebt, steht und öffentlich verfochten wird, dienen die grausamen Taten gegen Menschen ohne deutschen Paß als Mittel zu diesem Ziel. Der faschistische Terror verbreitet Angst und Schrecken unter der ausländischen Bevölkerung und treibt viele; das wurde gerade in den letzten Tagen in den Stellungnahmen ausländischer Mitmenschen deutlich. Irgendwann werden die Vertreter der „Ausländer-Raus“-Parolen — DVU, NPD und Republikaner — zählen und die Anzahl der Vertriebenen als Erfolg verbuchen.

Den Zusammenhang zwischen der auf Vertreibung der Ausländer gerichteten Propaganda und Politik der DVU im schleswig-holsteinischen Landtag und den faschistischen Gewalttaten hat kürzlich der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Kieler Innenministerium, Wolf, zugegeben. In ähnlicher Bewertung bezeichnete der SPD-Vorsitzende Gert Böhnert die Propaganda der DVU im Landtag als „geistige Wegbereitung“. Soll es bei unverbindlichen Worten bleiben? Soll die DVU weiterhin ungehindert Pogromen den Weg bereiten, Mordtaten legitimieren und dazu sogar den Kieler Landtag benutzen können?

Die Losung „Ausländer raus“ stachelt zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt auf

Das in der Losung „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ zum Ausdruck kommende und mit Gewalt und Terror verfolgte politische Ziel ist ein Versuch der Faschisten, die Verfassung von rechts auszuhebeln. In der Verfassung nämlich sind Grundrechte festge-

Auszüge aus der Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern gegen die „Nationalistische Front“

Gemäß § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) erlasse ich folgende Verfügung:

1. Die „Nationalistische Front“ richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.
2. Die „Nationalistische Front“ ist verboten. Sie wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die „Nationalistische Front“ zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.
4. Das Vermögen der „Nationalistischen Front“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

Gründe:

3. Die NF richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG und des § 3 Abs. 1 S. 1 Vereinsgesetz.

a) Zur verfassungsmäßigen Ordnung i. S. von Art. 9 Abs. 2 GG gehören jedenfalls die elementaren Verfassungsgrundsätze, die den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG bilden. Diese läßt sich als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und der Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. BVerfGE 2, 1, 12 f.; 5, 85, 140).

b) Die NF strebt die Errichtung eines deutschen Volksstaates in der Form einer sozialistischen Volksgemeinschaft an (Grundsatzprogramm der NF, Ziff. 7; Aktionsprogramm der NF, Ziffern 1 u. 2).

Über eine „antikapitalistische Sozialrevolution“ und eine „antimaterialistische Kulturrevolution“ soll dieses Ziel erreicht werden. Zur Zielverwirklichung wird die „Zerschlagung jeder menschen-, volks- und lebensfeindlichen ökonomischen Machtstruktur“ propagiert und der „Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus“ gefordert (Grundsatzprogramm der NF, insbesondere Ziffern 5 bis 7).

In der Satzung bezeichnet sich die NF als zugehörig „zur weltweiten Bewegung des Befrei-

ungsnationalismus“. Ziel sei die „Schaffung der Einheit und friedensgesicherten Freiheit der Deutschen Nation in einem von Ost und West unabhängigen Europa ohne fremdes Militärpotential, die Schaffung einer solidarischen Volksgemeinschaft und die Wiederherstellung der Würde des Menschen in einer neuen Lebensqualität“. Dies soll durch die „Änderung politischer und ökonomischer Fehlentwicklungen“ und die „Veränderung politischer Machtverhältnisse auf dem Wege der öffentlichen Wahlteilnahme“ erfolgen (Satzung der NF, Ziff. 2).

Wie oben ... dargelegt, dienen der NF Wahlen jedoch nicht zur politischen Willensbildung. Die Überbetonung der Wertigkeit des Volksstaates und die Forderung nach Vorrang der Volksgemeinschaft vor dem Individuum mißachtet die Würde des Menschen, insbesondere das Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung. Der Mensch ist nach der Wertung des Grundgesetzes eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte Persönlichkeit. Die Programmatik der NF stellt demgegenüber nicht den Menschen als Träger von Individualrechten, sondern das Volk als Ganzes in den Vordergrund. Im NF-Grundsatzprogramm wird die „Volksgemeinschaft“ besonders hervorgehoben. „Das Volk ist mehr als der Staat“. Die NF will ein „biologisch gesundes Volk mit gesundem Nachwuchs“ (NF-Grundsatzprogramm, Ziffern 7 bis 9).

Die NF mißachtet auch die Menschenwürde und Angehörige von Minderheitsgruppen diffamiert. In einer NF-Publikation wird ausgeführt: „Rassismus!? Zwei Drittel unseres deutschen Volkes sind für Ausländer raus! ... Die steigende Überfremdung bedroht die Existenz unseres Volkes ... Unter diesem Gesichtspunkt ist die Parole „Ausländer raus“ zu verstehen. Sie enthält in kürzester Form die Lösung, wie unsere Selbstbestimmung als Volk erreicht und dem Ausländerproblem begegnet werden muß! ... Deutschland den Deutschen — Besatzer raus!“ („Klartext“, Jahrgang 5/1, Nr. 16, S. 1, 3).

Die NF vertreibt u. a. Anstecker und Aufkleber mit dem Motto „Ausländer raus“, „Ausländer — Integration ist Völkermord“, „Apartheid! was sonst“ (Angebotskatalog des Klartext-Verlages — Nr. 2 C).

Darüber hinaus betätigt sich die NF in antisemitischer Hetze (...)

d) Die NF lehnt die Demokratie ab, agitiert gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Institutionen des Staates und kämpft so für deren Beseitigung (...)

Die Agitation richtet sich jedoch auch gegen einzeln genannte Institutionen und Einrichtungen

e) Die NF lehnt das Mehrparteiensystem und die Chancengleichheit für alle politischen Par-

Die Strategie der Faschisten verschärft die internationale Konfliktlage

Der Angst und Schrecken verbreitende Terror gegen die ausländische Bevölkerung in der BRD hat in der Strategie der Faschisten keine geringe Bedeutung. Ziel dieser Strategie ist die Herstellung eines deutschen Blocks in der Mitte Europas, der Gewalt ausstrahlt und eine gnadenlose Ordnungsmacht darstellt. Zu diesem Zweck betreiben die Faschisten die Abgrenzung des Deutschtums, der deutschen Kultur, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Mark, des deutschen Staatswesens vom Ausland. Besonders im Vorfeld der Krise ist es wichtig, die Verantwortung für die dadurch zwangsläufig eintretende Verschärfung der internationalen Konfliktlage „dem Ausland“ zuzuschreiben.

Die faschistische Demagogie malt seit geraumer Zeit, insbesondere in der Diskussion um den Vertrag von Maastricht, das Bild der Vernichtung der DM durch das Ausland, der Unterdrückung der „deutschen Interessen“, der „Unterwerfung Deutschlands unter einen von der französischen Brüsseler Bürokratie beherrschten multikulturellen Vielvölkerstaat“, so die *Nationalzeitung* des Dr. Frey.

Die Schandtaten gegen die ausländische Bevölkerung lösen bei nahen und weiteren Nachbarn Besorgnis aus. Sie lösen Sicherheitsinteressen aus. Investoren werden wegbleiben, wie sich abzeichnet, es gibt auch bereits Aufrufe zum Boykott deutscher Firmen, und in der Vielzahl internationaler Verpflichtungen und Verbindlichkeiten wird Deutschland Schwierigkeiten haben. All das paßt ins Konzept der Faschisten, weil es ihre Agitation und Propaganda gegen das Ausland und für die harte und gewaltbereite Verfechtung „deutscher Interessen“ stärkt. Die von ihnen angestrebte Verschärfung der internationalen Konfliktlage würde es ihnen ermöglichen, den nackten „deutschen Führungsanspruch“ besser zu legitimieren. Auszug aus einem Flugblatt, das von den *Lokalberichten Kiel* und dem *BWK Hamburg* herausgegeben und auf den Demonstrationen am 28. 11. in Kiel und Mölln verteilt wurde

Am 20. November sprach Elisabeth Gauthier, Sekretärin der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) in Corbeil-Essons, in Stuttgart auf einer Veranstaltung von PDS/LL, BWK und DKP über das Zustandekommen der Volksabstimmung in Frankreich gegen Maastricht, die Gründe, warum die KPF den Vertrag entschieden ablehnt, und über die Situation in Frankreich nach dem knappen Ausgang des Referendums zugunsten der Maastricht-Befürworter.

„Tatsächlich hat uns die Frage Maastricht sehr beschäftigt. Maastricht ist nicht einfach die Fortsetzung der bisherigen Europa-Konstruktion, das wurde vielen Völkern bewußt. Dieser Vertrag betrifft alle Bereiche der Gesellschaft und Politik, er modifiziert weitgehend die Bedingungen, unter denen Entscheidungen bezüglich der Lebensbedingungen in Frankreich getroffen wurden, er beschränkt die nationale Souveränität und hat somit Konsequenzen für die Sicherheits- und Friedenspolitik in Europa.“

Die KPF war der Meinung, daß diese zukunftsentscheidende Frage vom französischen Volk beurteilt werden müsse und ergriß die Initiative für eine nationale Petition. Anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften, bis hin zu den Gaullisten, wurde angeboten, sich zu beteiligen und gemeinsam für ein Referendum einzutreten. Innerhalb von sechs Wochen wurden eine Million Unterschriften gesammelt. Gegen den großen, von der Regierung mit Hilfe der Medien ausgeübten Druck zum „Ja“ hat die KPF informiert, den gesamten Vertragstext veröffentlicht — bereits am ersten Tag nach Erscheinen wurden 300 000 Exemplare davon verkauft — und aufgerufen, auf einer linken Basis gegen Maastricht zu stimmen.

Überproportional viele Nein-Stimmen gab es dann bei Arbeitern, Angestellten, Landwirten, Frauen und jungen Leuten zwischen 18 und 25. Das Nein war dort am stärksten, wo sich 1981 und 1988 die meisten Linksstimmen konzentrierten, insbesondere in den Städten mit dem stärksten Einfluß der KPF.

Die KPF sei dabei die einzige Kraft für das „Nein“ gewesen, Le-Pen-Leute seien nicht aktiv gewesen. In der Diskussion ergänzte sie auf die Frage, wie die KPF mit dem Vorwurf der „unheiligen

KPF: Maastricht ist das Gegenteil eines demokratischen und sozialen Europas

Allianz“ mit den Faschisten umgegangen sei, das „Nein“ der Faschisten sei in Wirklichkeit keine Ablehnung des Maastrichter Vertrages, sondern auch eine Zustimmung zu diesem Europa.

Elisabeth Gauthier legte ausführlich die wesentlichen Argumente gegen den Vertrag dar: „Der Vertrag von Maastricht bedeutet das Gegenteil eines sozialen, demokratischen, pazifistischen und solidarischen Europas, das so viele Menschen anstreben und das wir mit ihnen konstruieren wollen. Unsere Vorstellung ist eine europäische Konstruktion, die, den Erwartungen der Völker entsprechend, für Kooperation, Austausch, Frieden, Gewaltlosigkeit steht, ein Europa der freien Nationen, unabhängig und weltoffen.“

Ansätze zu einer tatsächlichen Kooperation sieht sie in Projekten wie dem Airbus oder Ariadne. Dazu gab es allerdings Widerspruch in der Diskussion, der Airbus z. B. bedeutet auch eine gigantische Förderung des Daimler-Benz-Konzerns.

„Soziales Europa“

Die Wirtschafts- und Währungspolitik bedeutet eine immer strengere Überwachung der Budgetpolitik, die zukünftige europäische Zentralbank hat das Recht, alle gesellschaftlichen Bereiche, die Gesundheitspolitik, die Bildungspolitik ... zu reglementieren, all das völlig unabhängig von jeder parlamentarischen Kontrolle. Maastricht will den freien Markt fürs Kapital, freie Kapitalbewegung, ungehemmte Konkurrenz auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Maastricht bedeutet z. B. Privatisierung des öffentlichen Dienstes, Umverteilung zugunsten der Unternehmer, die Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen, die offizielle Anerkennung der Kinderarbeit (in bestimmten Fällen ab 13 Jahren), die Zerstörung der landwirtschaftlichen Strukturen zugunsten von US-Konzernen, die Zerstörung der Werften.

„Demokratisches Europa“

Maastricht greift genau dort ein, wo die

Einwirkungsmöglichkeiten der Bürger am ausgeprägtesten sind, auf der Ebene der Stadt, der Kommunalverfassung. Die Referentin betonte, daß die Kritik der KPF nicht nationalistisch, sondern demokratisch sei, ausgehend von einer Klassenanalyse, und sich gegen die Dominanz der deutschen Multis, die Hegemonie der DM richte. „Die großen deutschen Gruppen wie Siemens, VW, Krupp haben mit der Annexion der DDR und der Privatisierung im Osten noch an Gewicht zugenommen, die europäische Währung steht unter Hegemonie der Mark und die zukünftige Zentralbank ist ganz nach dem Wunsch der BRD konzipiert.“

„Friedliches Europa“

Maastricht bedeutet das Gegenteil von Abrüstung und Frieden, es bedeutet Eurokorps als Kern einer europäischen Armee, es bedeutet den Ausbau der WEU, die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO.

Maastricht unterwirft die Außenpolitik der Kontrolle einer Kommission, was entscheidend sein kann, wenn es um Interventionen im Krisen- oder Kriegsfall geht. Dagegen tritt die KPF für die Autonomie der französischen Außenpolitik ein.

Nach dem Referendum

Regierung, Medien, Kirchen, die sozialistische Partei, die Grünen, RPR und UDF, abgesehen von einigen Persönlichkeiten, hatten für ein „Ja“ mobilisiert. Trotz der sehr schwierigen Situation hätten in den letzten Wochen soziale Bewegungen wieder zugenommen. Elisabeth Gauthier berichtete über scharfe Angriffe auf die Lebensbedingungen: 600 000 Arbeitsplätze wurden im letzten Jahr liquidiert, 100 000 Belegschaftsvertreter entlassen, für Mieten müssen durchschnittlich 30 % des Einkommens aufgewendet werden, allein in der Pariser Region gibt es 4 000 Obdachlose.

„Die Situation ist sehr widersprüchlich: Die Härte der Auseinandersetzung führt zu Resignation ... Gleichzeitig stellen wir eine viel größere Bereitschaft für

politische Diskussionen fest, die immer häufiger, oft noch sehr diffus, in der Frage münden: Kann man etwas verändern? Wie? Mit politischen Mitteln? Mit welchen politischen Kräften? Alle politischen Kräfte haben festgestellt, daß mit der Durchsetzung des Referendums und der Kraft des Nein eine Schockwelle durch die französische Öffentlichkeit geht.

Um die Kontinuität einer rechten Politik zu sichern, arbeiten die herrschenden Kräfte intensiv an einer politischen Reorganisation. Ihr Ziel: sozialpolitisch, ideologisch, politisch einen Konsens zu verzeichnen ... Mit den neuen Aspekten in der politischen Situation sind wir vor neue Aufgaben gestellt. Mit 9 % (Regionalwahlen) ist unser Einfluß geschwächt, das ist aber kein Hindernis, uns als nationale Partei zu definieren und entsprechend zu handeln. In diesem Sinne haben wir die nationale Petition lanciert, zu einer landesweiten öffentlichen Debatte über Maastricht aufgerufen. Wir haben die Initiative ergriffen, um eine nationale Debatte zu ermöglichen mit der Frage: Ist das französische Volk zur Untätigkeit verurteilt? Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma, daß man im März (bei den Parlamentswahlen) vor die Wahl gestellt ist, entweder die Rechten zu wählen oder die derzeitige — rechte — Politik (der sozialistischen Partei Mitterands, d. Verf.) zu unterstützen, gibt es eine Alternative? Wir laden zu dieser politischen Debatte alle fortschrittlichen, linken Kräfte ein ... um zu überlegen, wie man eine neue Perspektive gemeinsam konstruieren könnte, wobei wir natürlich unsere Vorstellungen und Vorschläge einbringen. Es geht dabei nicht um eine Bündnisstrategie; die negative Erfahrung mit der Linksunion an der Spitze sowie andere historische Erfahrungen haben die KPF zu einer Strategieänderung geführt, die vor 15 Jahren ihre ersten Impulse bekam. Förderung der Volksbewegung, das ist die Grundlinie, Politik, große Politik der Basis zugänglich machen. Unsere Konzeption von Avantgarde hat sich damit modifiziert: Unsere politi-

sche und ideologische Tätigkeit ziel darauf ab, nicht agierende Minderheiten zu sein, sondern dem französischen Volk nützlich zu sein, damit es selbst sein politisches Geschick in die Hand nehmen kann, sein politisches Projekt kreieren und umsetzen kann. Das bedeutet, ständig an der Sammlung der Volkskräfte um die in der jeweiligen Etappe möglichen gemeinsamen Ziele zu arbeiten, und dem der Bewegung eigenen Rhythmus Rechnung tragen, gleichzeitig diese Bewegung mit politischen und ideologischen Argumenten zu bereichern und zu stimulieren ...“

Die KPF

Die KPF sehe sich als moderne revolutionäre demokratische Partei, die Antworten gibt auf die großen Fragen unserer Zeit. Demokratie in der Partei sei dabei ein heftig vertretener Anspruch der Mitglieder. Das sei auch eine Frage der Effizienz, da in jeder Frage die persönliche und kollektive Motivation der Kommunisten entscheidend sei.

Auf Fragen, ob eine Spaltung drohe, in welcher Situation sich die französischen Kommunisten sehen, führte Elisabeth aus, daß sie die Einheit in der Partei für entscheidend für die politische Wirkung halte. „Die Antwort ist sicher Einheit durch Überzeugung. Das ist aber nicht immer möglich. In unserer Partei, bis auf die Ebene des Politbüros, gibt es Genossen, die die Mehrheitsentscheidungen z. B. des 27. Parteitag nicht teilen. Wir wollen gemeinsam arbeiten. Meinungsunterschiede sind stimulierend, zwingen zu einer Vertiefung der Überlegungen. Es ist Sache der Kommunisten, aller Kommunisten, zu entscheiden, auf der Basis der Konfrontation von Meinungen und Realitäten. So ist es gelungen, Spaltungen zu verhindern, allerdings gab es einige spektakuläre Austritte, aber wir bemerken, daß ehemalige Mitglieder mit großem Interesse die Erneuerung der Partei beobachten.“ Der 28. Parteitag werde vermutlich das Statut in Richtung Demokratisierung und Öffnung der Partei weiterentwickeln. — (evc)

Seit die israelische Armee sich 1985 größtenteils aus dem Libanon zurückgezogen hat, tauchen in der hiesigen Presse aus den nach wie vor besetzten — von den Israelis als „Sicherheitszone“ deklarierten — Gebieten im Südlibanon allenfalls noch Meldungen von Gewalttätigkeiten der israelischen Armee und nachfolgend meist Vergeltungsangriffen der islamischen Hisbollah-Bewegung auf den Norden Israels auf. Die brutale Unterdrückungspolitik gegen die libanesischen Bewohner des Gebietes und die gezielte Zerrüttung ihrer Lebensgrundlagen durch die zionistische Besetzung geraten dabei aus dem Blickfeld, wobei dies aber — zumindest in dieser Region — wichtige Gründe für das Erstarken der Hisbollah sind. Nach wie vor ist auch eine offene militärische Intervention Israels in den Libanon eine israelische Option, z. B. als möglicher „Ausgleich“ eventuell erfolgreicher Zugeständnisse an die Palästinenser in den Nahost-Gesprächen, um die benötigten Wasservorräte verstärkt aus dem Libanon zu rauben. Die „Sicherheitszone“ ist vom restlichen Libanon weitgehend abgeschottet, libanesischen staatlichen Organen haben kaum Autorität. Nach wie vor weigert sich Israel, der Resolution des UNO-Sicherheitsrates Nr. 425 zu folgen und die Zone zu räumen.

Im besetzten Südlibanon gibt es 63 größere libanesische Bauernhöfe sowie 108 Kleinstädte und Dörfer. Zum Rest des Libanon gibt es fünf „Grenz“übergänge. Um diese passieren zu dürfen, ist eine Genehmigung der SLA (Südlibanonische Armee) und der israelischen „Zivilverwaltung“ erforderlich. Die SLA ist eine von den israelischen Besatzungskräften gebildete kollaborierende Armee aus libanesischen Söldnern. Oftmals werden die Übergänge beispielsweise in Haupturlaubszeiten oder während militärischer Konflikte auf Befehl der IDF (israelische Armee) oder der SLA gesperrt. Einzig solchen Libanesen, die mit der israelischen „Zivilverwaltung“ zusammenarbeiten oder ihre Söhne in die SLA zu schicken versprechen, werden großzügige Aus- und Einreisemöglichkeiten gewährt. Der inner-

Hintergründe der Konflikte im zionistisch besetzten Südlibanon



libanesischen Handel wird durch z. T. erhebliche Zölle an den Übergängen erschwert. Zudem werden diese Übergänge benutzt, um junge Libanesen festzunehmen, die sich nicht zur SLA einziehen lassen wollen oder die widerständlerischen Handlungen gegen die Besatzungsmacht verdächtigt werden.

Die Lebensumstände im Südlibanon sind stark von der Landwirtschaft geprägt. Korn, Trauben, Oliven und Tabak sind die Haupterzeugnisse im westlichen Teil, Gemüse, Obst und Wein im östlichen Teil des Gebietes. Die landwirtschaftliche Produktion ist seit 1982 (also der Besetzung) vor allem durch die brutale Vertreibungspolitik gegen libanesischen Patrioten und vielfältige gezielte Zerstörungen durch IDF und SLA fast

gänzlich zerstört worden. Ein übriges tun die Bombardements der israelischen Armee, allein im ersten Halbjahr 1992 über 30. Die Tabakernte z. B. ist mittlerweile auf 5 % des Standes von 1982 gefallen. Zudem hat die Besatzungsmacht etwa 3 000 Dunum (ca. 300 ha) landwirtschaftlich bebauten Landes beschlagnahmt. Die handwerksmäßige Produktion ist vor allem durch den Import israelischer Industrieprodukte ebenfalls weitgehend lahmgelegt worden, so ist die Schuhproduktion in dem genannten Zeitraum um 90 % zurückgegangen. Andere Produktionszweige sind völlig ausgestorben, und Investitionen finden kaum statt.

Im Bildungsbereich liegt ein großes Problem darin, daß Lehrern aus dem

Südlibanon fast nie eine Ausreisegenehmigung in den restlichen Libanon gewährt wird, so daß eine Orientierung an den dortigen schulischen Standards, gemeinsame Fortbildungen u. ä. kaum möglich sind. Zudem werden häufig Schulleiter und Lehrer von IDF- und SLA-Angehörigen gezwungen, sich über eventuell aufrührerische und nationalistische Aktivitäten ihrer Schüler auszufragen zu lassen. Insbesondere bezüglich des Geschichtsunterrichts und der erzwungenen Einführung von Hebräisch-Sprachunterricht übt die israelische „Zivilverwaltung“ auch erheblichen Einfluß auf die Bildungsinhalte aus.

Auch das Gesundheitssystem haben die „Sicherheitskräfte“ weitgehend zerstört. Es gibt nur noch 21 medizinische

Einrichtungen im Südlibanon, die größtenteils unter die Aufsicht israelischer Chefarzte gestellt wurden. Eines der wenigen Krankenhäuser — Bint Jbail — wurde von der IDF zunächst als militärischer Stützpunkt umfunktioniert, die medizinischen Apparate ausschließlich zur Behandlung verletzter israelischer Soldaten eingesetzt. Auch nach der publikumswirksamen Neueröffnung 1986 — im Rahmen der israelischen „Normalisierungspolitik“ — arbeiten dort heute nur noch zwölf libanesische Ärzte an 40 Betten.

Israel dient die andauernde Besetzung vor allem für drei Vorhaben: Die libanesischen Bewohner der Zone sind wegen der zerstörten wirtschaftlichen Grundlagen gezwungen, sich entweder der SLA anzuschließen oder in Israel zu miserablen Bedingungen zu arbeiten, was derzeit 3 000 Libanesen tun. Von ihren Niedrigstlöhnen werden ihnen auch noch 5 % zur Unterstützung der SLA abgezogen. Außerdem wird die von anfangs 1 800 auf mittlerweile 3 400 Soldaten angewachsenen SLA als Druckmittel gegen jegliche Gewährung von Rechten an palästinensische Widerstandsgruppen im Libanon durch dessen Regierung eingesetzt, die offene Intervention bleibt beständige Drohung. Ein letzter Grund von sehr hoher Bedeutung ist das im Südlibanon vorhandene Wasser. Der Siedlerstaat Israel, der die zionistische Prophezeiung, „die Wüste zum Blühen zu bringen“, zusehends sichtbarer nicht verwirklichen kann und, was die nicht von Israelis bewohnten Gebiete angeht, auch nicht will, benötigt für die Ausstattung Israels zur westlichen Garnison inmitten Arabiens und auf palästinensischen Boden enorme Wassermengen, die er weitgehend den umliegenden Ländern rauben muß. Im Südlibanon sind der Wazani- und der Hasbani-Fluß sowie vor allem sämtliche Quellen des Litani betroffen: Aus diesen werden jährlich 20 bis 23 Mio. Kubikmeter Wasser über einen 17 km langen Tunnel in den Norden Israels gepumpt.

Quelle: Democratic Palestine, Juli/Aug. 1992 — (uga)

Türkei: Proteste gegen „Verschwundene“

Mit einem mehrtägigen Hungerstreik haben Anfang November in der türkischen Hauptstadt Ankara 20 Angehörige von in Polizeihaft „verschwundenen“ Personen gegen diese Polizeiverbrechen protestiert. Mindestens sieben Personen sind seit Anfang 1991 in der Türkei in Polizeihaft spurlos verschwunden, vermutlich wurden sie zu Tode gefoltert und danach irgendwo verscharrt. Alle „Verschwundenen“ sind politisch gegen das herrschende Regime tätig gewesen, bevor sie verhaftet wurden und dann spurlos „verschwanden“.

Ein typischer Fall ist Ayhan Efeoglu. Der 25jährige Hochschüler war zuletzt am 6. Oktober 1992 in Istanbul gesehen worden. Es wird befürchtet, daß er von der sogenannten „Anti-Terror-Abteilung“ der Istanbul Polizei zu Tode gefoltert wurde. Seinem Rechtsanwalt, der sich nach dem Verbleib seines Mandanten erkundigt hat, hat die Staatsanwaltschaft am Istanbul Staatssicherheitsgericht geantwortet, nichts von seiner Inhaftierung zu wissen. Tatsächlich liegt dem Anwalt die Aussage eines anderen Gefangenen vor, der Ende September festgenommen war und dem Beamte bei den Verhören erzählt haben, sie hätten Ayhan festgenommen und seinen Willen bereits gebrochen, er solle jetzt aussagen

usw. Der Vater Ayhans und seine Anwälte haben bei der Generalstaatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

Mit ihrem Hungerstreik gelang es den Angehörigen, die Aufmerksamkeit auf diese Polizeiverbrechen zu lenken. amnesty international berichtete über die Vorwürfe der Angehörigen gegenüber der Regierung. Die türkische Regierung dagegen reagierte mit Zynismus: „Ich habe die Verschwundenen nicht in meiner Tasche“, antwortete Ministerpräsident Demirel den Angehörigen, als sie vor seiner Wohnung protestierten. Der stellvertretende Ministerpräsident İnönü (SHP) fuhr einen der Angehörigen direkt an: „Du solltest besser auf deinen Sohn aufpassen“.

Die Angehörigen und antifaschistische Vereine in der Türkei setzen ihre Kampagne gegen die Regierung und zur Aufdeckung der Fälle der „Verschwundenen“ fort. Ende November berichtete eine Delegation, die sich derzeit in Europa aufhält, u.a. dem Europa-Parlament über diese Vorgänge und protestierte gegen den Bericht im Parlament, der der Türkei „Fortschritte bei der Demokratisierung“ bescheinigen will.

Quellen: Informationsmaterial des „Informationszentrum für freie Völker“, 5000 Köln 30, Teichstr. 16e — (rül)

UNO-Sanktionen gegen Jugoslawien verschärft

Vergangenen Donnerstag war der Ministerpräsident der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), Milan Panić, in Bonn, um bei der Bundesregierung auf eine Milderung der von der UNO verschärften Blockade gegen die BRJ zu drängen. Das verschärfte Embargo sieht eine direkte Kontrolle von Schiffen und anderen Transportmöglichkeiten vor, die Waren u.a. in die BRJ bringen. Bisher konnten die in der Adria operierenden Nato-Einheiten nur den laufenden Schiffsverkehr registrieren. Bei vorerst nur einem Schiff konnte ein Verstoß gegen die UNO-Bestimmungen festgestellt werden. Es war aber schon vorher bekannt, daß die meisten Transporte über die Donau oder über Land in die BRJ gelangen. Das verschärfte Embargo hat daher eher die Funktion, die Anrainerstaaten wie z.B. Bulgarien, Rumänien oder Griechenland zu zwingen, sich eindeutiger gegen die BRJ zu stellen, als es bisher der Fall war. Es ist dies eine Methode, den Konflikt auf dem Balkan noch ein Stück mehr anzuheizen. Panić versuchte nun in Bonn dieses Problem darzustellen, stieß aber auf taube Ohren. Dies zeigte ein weiteres Mal, daß es den imperialistischen Staaten nicht daran gelegen, ist die Situation auf dem Balkan

zu beruhigen. Im Gegenteil. Im Unterschied dazu bemühen sich europaweite Menschenrechts- und Friedensgruppen an einer nichtmilitärischen Lösung des Konflikts zu arbeiten. Dazu dient u.a. Anfang des Monats eine Konferenz im mazedonischen Ohrid. Mazedonien wurde ausgewählt, weil dort sich der nächste militärische Konflikt anbahnt, wiederum durch starke auswärtige Interessen bestimmt. Hier galt es ein Zeichen zu setzen. Erstmals trafen sich dort Repräsentanten von Städten und Gemeinden aus ganz Europa mit Vertretern von Friedensgruppen und Bürgerinitiativen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Ganze nennt sich nun „Bürger- und Gemeinden-Friedenskonferenz“, und ist Bestandteil des „Friedens- und Integrationsprojekt für den Balkan“. Dieses Projekt wurde von der „Helsinki Citizen Assembly“ (HCA), entworfen, einem Netzwerk sozialer Bewegungen und Bürgerinitiativen, das sich gegen ein Europa der Konzerne wendet und ein „Europa von unten“ fordert. Die Konferenz beschloß u.a., daß, wo immer möglich, unabhängige Medien unterstützt werden sollen, um ein Gegengewicht zu den nationalistisch getrimmten offiziellen Medien zu bilden. — (hav)

Alarm! Sie verdrehen die Verfassung!

Unter dieser Schlagzeile wendet sich die Leitung der Partei Rifondazione Comunista (PRC) an die Leser ihrer Zeitung *Liberazione*. Es geht um eine grundlegende Änderung des italienischen Wahlrechts. Ein Ausschuß des Parlaments will einen Vorschlag für die Ersetzung des bisherigen Proportionalsystems durch ein Mehrheitswahlrecht vorlegen. „Starke Regierung“ ist das Motto, kleinere oppositionelle Kräfte würden aus dem Parlament ferngehalten. Im Hintergrund feuert Mario Segni, ein Christdemokrat, der eine Art politische Saubermannbewegung gegründet hat, mit einer Referendumskampagne gegen das Proportionalsystem diese Bestrebungen an. *Liberazione* zitiert den Generalsekretär von PRC, Garavini: „Zur Liquidierung der Scala Mobile, der Tarifmacht der Arbeiter und des „Sozialstaats“, die die Regierung versucht hat, gesellt sich der Versuch, die organisierten Formen der Demokratie zu zerstören, die Minderheiten auszuschließen, die Politik auf einen Handel zwischen den Personen zu reduzieren, auf ein Geschäft, reserviert für eine Schicht von Leuten, die sich in diese Rolle selbst be-

fördern ... Ein neuer Zauber ist fertig: Er nennt sich Einmannwahlrecht, Mehrheitswahlrecht. Jeder Politiker soll sich die Wahlstimmen in der möglichen Klientel eines beschränkten Wahlkreises erwerben. Die politische Auseinandersetzung soll nicht mehr zwischen Ideen und Ansprüchen sein, sondern zwischen den Personen. Wer kann, soll sich das Recht kaufen, sein Bild zu verbreiten. Oder sich wie in den USA Platz im öffentlichen Fernsehen aneignen. Arbeiter, Jugendliche, alle ihr einfachen Leute in der Gesellschaft, die ihr euch nur zusammengeschlossen zur Geltung und zu Gehör bringen könnt, kehrt ins Privatleben zurück, drängt nicht in die Politik, delegiert andere, vertraut euch den Paten der Politik an ... Wir warnen äußerst dringend und rufen zum Kampf auf. Wenn Wahlgesetze angenommen werden, die die Prinzipien des Proportionalsystems auslöschen und die organisierten Formen der Demokratie liquidieren, werden wir das Instrument des Referendums gebrauchen, um zu versuchen, sie zu Fall zu bringen.“ Mit einer breiten Bewegung will Rifondazione die Vorhaben bekämpfen. — (rok)

Internationale Umschau



Das Vorbereitungskomitee für die Olympischen Spiele 1996 in Atlanta (USA) versucht, bei den Bauvorhaben für diese Spiele Baukapitalisten, die die Tarifverträge mit den Gewerkschaften unterlaufen, zum Zuge kommen zu lassen. Bereits am 18. September hatten gegen dieses Vorhaben etwa 10000 Gewerkschaftsmitglieder (Bild) gegen diese Absicht der Baukonzerne und des Vorbereitungskomitees demonstriert, u.a. mit Unterstützung christlicher Kreise und des früheren US-Präsidenten Jesse Jackson. Trotzdem verkündete das Vorbereitungskomitee für die Spiele am 29. Oktober, bei Bauaufträgen zähle einzig der Preis und die Termintreue der Firmen. Sogar der Bürgermeister der Stadt soll den Protest der Gewerkschaften unterstützen. Die Gewerkschaften fordern, daß Aufträge nur an solche Firmen gehen, die auch tarifliche Löhne zahlen. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

UNO verurteilt Kuba-Embargo

Gegen die Stimmen der USA, Israels und Rumäniens, bei 71 Enthaltungen, verurteilte die UNO-Vollversammlung mit 59 Stimmen auf Antrag Kubas die Verschärfung des US-Embargos gegen Kuba. Der US-Kongreß hatte im August das sogenannte Toricelli-Gesetz verabschiedet, das Sanktionen auch gegen Zweigniederlassungen von US-Firmen vorsieht, die Handel mit Kuba betreiben. In den USA gibt es indessen Diskussionen, ob eine Blockadepolitik gegen Kuba nicht eher negative Effekte habe: Die Blockade liefere der kubanischen Regierung nur ideologische Vorwände, um die Schuld an der wirtschaftlichen Krise auf die USA zu schieben, so eine Untersuchung der Rand Corporation im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums. — (alk)

Streik portugiesischer Ärzte gegen Privatisierung

Mit einem zweitägigen Streik protestierten am 19./20. November mehr als 80 % aller im staatlichen Gesundheitswesen Portugals beschäftigte Ärzte gegen das Regierungsvorhaben, zunehmende Teile des Gesundheitswesens zu privatisieren. Kernstück ist die Einführung einer (staatlich mitfinanzierten) privaten Krankenversicherung und Einschränkung des bisherigen kostenlosen staatlichen Versorgung. 21000 der 29000 Ärzte Portugals sind im staatlichen Gesundheitswesen angestellt. Sie fürchten durch die Privatisierung eine zunehmende Konkurrenz und soziale Unsicherheit. Allerhöchstens 20 % der portugiesischen Bevölkerung könnten sich eine private Versicherung leisten. — (alk)

Was erwartet BRD-Kapital von der Spaltung der CSFR?

1991 gingen immerhin fünf Prozent der Direktinvestitionen von Unternehmen aus der BRD in die Länder Ost- und Südosteuropas, davon wiederum 60 % in die CSFR — kein Wunder, daß die westdeutschen Kapitalisten mit einiger Aufmerksamkeit die jetzt endgültig beschlossene Teilung des tschechoslowakischen Staates beobachten. A. Buchwald von der IHK Nürnberg begutachtet die Lage so: „Die Attraktivität des Investitionsstandorts „Tschechien“, in den bisher schon rund drei Viertel des in die CSFR geflossenen Auslandskapitals entfallen sind, dürfte zunehmen“ — so könnte z.B. die bayerische Energiewirtschaft damit rechnen, daß sie anstelle von Stromlieferungen aus der Slowakei treten könne. Während die Privatisierung von Kleinbetrieben und Dienstleistungen die Absatzchancen für BRD-Produkte erhöhe, könne die Zerschlagung der Großbetriebe zu einem weitgehenden Zusammenbruch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit zum Zustand „verlängerte Werkbank“ führen. Die Slowakei werde eher gemieden werden, zumal „das scheue Reh Auslandsinvestor“ auf absehbare Minderheitenkonflikte mit Ungarn wie auf einen „Knallfrosch“ reagiere. *Beilage Südd. Ztg.* 30. 11. — (alk)

El Salvador nach dem Friedensabkommen

Als die salvadorianische Regierung und die Befreiungsbewegung FMLN am 16. Januar diesen Jahres in Mexico ein Friedensabkommen abschlossen, waren die Erwartungen und die Freude der salvadorianischen Bevölkerung groß: Nach 12 Jahren Krieg mit 70000 Toten, Hunderttausenden Flüchtlingen sollte endlich Frieden herrschen. Zur Einhaltung der Abkommen wurde eine UNO-Beobachtungsgruppe — ONUSAL — gegründet, die auch eine eigene Abteilung zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte hat. Die Frist zur Erfüllung des größten Teils der Abkommen war der 31. Oktober 1992. Hier eine vorläufige Bilanz:

Erfolge: Für die Bevölkerung ist es eine ungeheure Erleichterung, daß der Krieg beendet ist. Polizeieinheiten wurden aufgelöst, mit der Ausbildung der neuen Polizei wurde begonnen. Die FMLN ist politisch überall präsent. Die beiden Rados der FMLN können von der Hauptstadt legal senden. Breite politische Arbeit ist möglich, was auch dazu geführt hat, daß die Popularität der FMLN zugenommen hat. Eine „Kommission der Wahrheit“ hat ihre Arbeit aufgenommen, die alle Menschenrechtsverletzungen seit 1980 untersuchen soll. Mit der Auflösung der Elitebataillone der Armee, verantwortlich für viele Massaker, ist begonnen worden.

Schwierigkeiten: Die Regierung hinkt dem Zeitplan, der bei Unterzeichnung der Abkommen festgelegt wurde, hinterher. Gleichzeitig hat sie Verpflichtungen sabotiert. Dies führte dazu, daß auch die FMLN ihre Demobilisierung verzögert hat, da ihre Waffen das wichtigste Druckmittel auf die Regierung sind. Die Regierung hat außerdem nicht die versprochenen Arbeitsplätze, Wohnungen, Land, etc. für die demobilisierten KämpferInnen zur Verfügung gestellt, obwohl sie dazu laut Abkommen verpflichtet ist. Für den Wiederaufbau des Landes hat eine Gruppe von Geberländern Geld zur Verfügung gestellt, das zum Teil über IWF und Weltbank verteilt werden soll. Aufgrund der Machtverhältnisse in diesen Gremien und aufgrund der Interessen und des Drucks der — kapitalistischen — Geberländer war und ist es sehr schwer für die FMLN und die Volksbewegung, ihre eigenen Vorstellungen für den Aufbau des Landes durchzusetzen. Verzögert wird vor allem die vereinbarte Minimal-Agrarreform, ohne die jede Veränderung in El Salvador auf wackligem Boden steht. Denn die ungerechte Verteilung des Landesbesitzes war die Hauptsache des Krieges. Auch die Menschenrechtsverletzungen gibt es weiter.

Aufgrund all der Schwierigkeiten ist nun eine Verlängerung der Waffenstillstandsphase bis 15. Dezember beschlossen worden. Die Regierung muß ihre noch ausstehenden Verpflichtungen bis dahin erfüllen, wofür auch internationaler Druck notwendig ist. Auch nach dem 15. Dezember, auch nach dem Ende des Krieges, wird in El Salvador der Kampf um eine vollständige Agrarreform, um gerechtere soziale Verhältnisse, um Demokratie, weitergehen, wobei auch unter den veränderten Bedingungen das Volk und die FMLN gegen die Interessen der USA und des Imperialismus zu kämpfen haben werden. Lateinamerika-Komitee Heidelberg, aus: *Info Heidelberg*.



Etwa 4000 mexikanische Bauarbeiter haben nach einem mehrmonatigen Streik im Süden Kaliforniens erstmals die Kapitalisten zur Zahlung von (erheblich höheren als den bisher gezahlten) Tariflöhnen und zur Übernahme von Teilen der Kosten für medizinische Behandlung bei Krankheiten zwingen können. Vor dem Tarifvertrag verdienten sie oft nicht mehr als 250 Dollar pro Woche (umgerechnet ca. 400 DM). Die Streikenden mußten sich vielfältiger Pressionen auch durch die örtliche Polizei erwehren, mehr als 600 wurden unter den fadenscheinigsten Vorwänden verhaftet, noch mehr mit Bußgeldern belegt: („Behinderung der Fahrersicht“, wenn sie einen Apfel auf ein Auto legten). Mehrfach organisierten sie deshalb gemeinsam mit anderen Gewerkschaften Demonstrationen auch gegen die Polizei. Die Gewerkschaft bewertet den Abschluß des Tarifvertrags als einen größeren Durchbruch gegen lange Jahre Tarifbruch der Kapitalisten. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Anklage unterschlug Entlastungsmaterial

Itzehoe/Hamburg. Seit Februar diesen Jahres stehen Ralf Gagner und Knud Andresen im sogenannten „Plattenlegerprozeß“ wegen Mordversuch und versuchter Schienenverkehrsgefährdung vor dem Itzehoer Landgericht. Während sich die Aufklärung der Hintergründe des mysteriösen „Bahnschlags“ im Sommer letzten Jahres zum mühsamen Puzzlespiel gestaltete, kam Anfang November Bewegung in die Beweisaufnahme.

Bei der Vernehmung des Hamburger Staatsschützers, Hans-Joachim Wenske, damals Vorgesetzter der vier Fahnder, die die beiden Angeklagten im Rahmen einer Observation beobachtet und festgenommen haben, kam heraus, daß Wenske unmittelbar nach dem Ereignis mit der Staatsanwältin Heike Roitsch von Almeloe den „Tatort“ aufsuchte. Dabei habe er ihr gesagt, daß die Angeklagten wohl nach Pinneberg gefahren seien, um die an der Flora-Park-Bebauung beteiligte Firma G+K aufzusuchen. Auch habe er unmißverständlich deutlich gemacht, daß es bei der Staatschutz-Leitung Zweifel an der Fahnderversion gebe, weil die „linksradikale Szene“ derart unmotivierte Anschläge nicht durchführe. Er habe sich dies als „Dummenjugenstreich“ erklären können und daß eine Verwechslung vorgele-

gen habe. Hiervon befindet sich nichts in den Akten. Aus gutem Grund hatte die Staatsanwältin das entlastende Material unterschlagen. Denn ohne fehlenden Vorsatz und den Bedenken des Staatschützers Wenske wäre die Mordanklage vom Tisch gewesen und der Haftbefehl aufgehoben worden. Ralf und Knud wäre dadurch die halbjährige Untersuchungshaft erspart geblieben. Noch während der Vernehmung von Wenske forderte die Verteidigung die Ablösung der Staatsanwältin — sie soll in den Zeugenstand. Zudem erwägen die Anwälte einen Strafantrag wegen Freiheitsberaubung.

Das Gericht lehnte mittlerweile den Antrag der Verteidigung auf Vernehmung der Staatsanwältin ab: Die Unterschlagung sei unerheblich, weil die Mordanklage inzwischen vom Tisch und der Haftbefehl aufgehoben sei. Bei seiner letzten Vernehmung sagte Wenske zur Aussage seiner Fahnder, die Observation habe der „Flora-Szene“ gegolten, wörtlich: „Alle vier Aussagen hinsichtlich der Flora sind falsch.“ Und der einzige Nicht-Polizei-Zeuge erkannte in den beiden keinen der „Bahn-Attentäter“ wieder. Es bestätigt sich mehr und mehr der Verdacht, daß die Anklage von Anfang an ein Konstrukt des Hamburger Staatsschutzes war. — (sip)

Zwei Demonstrationen von vielen am 28. 11.

Möln. Die Grünen, ai, türkische Organisationen, Antifa-Gruppen — viele hatten aufgerufen zur Demonstration, und mehr als 12000 kamen nach Möln, Menschen jeden Alters, die meisten in größeren oder kleineren Gruppen, viele mit selbstgefertigten Schildern, Transparenten, auf denen sie ihren Widerstandswillen gegen den faschistischen Terror in großer Bandbreite zum Ausdruck brachten; die IG Chemie war mit einem Block vertreten. Leider wurde die Demonstration erheblich durch rechte Provokationen beeinträchtigt. Die meisten Teilnehmer bekamen nur anhaltende Auseinandersetzungen mit, nicht ihre Ursachen, und nicht wenige verließen die Demonstration vorzeitig. Durch Zeugenaussagen und die Berichterstattung der Polizei und einiger Medien wurde hernach bekannt, daß schon auf der Auftaktkundgebung türkische Chauvinisten mit Megaphon und Schmährufen (die Türkei werde zum Grab aller Kurden u. ä.) provozierten und alsbald zu tätlichen Angriffen auf eine Gruppe von Kurden und linke türkische Organisationen übergingen, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Die antifaschistische Stoßrichtung der Demonstration wurde dadurch merklich geschwächt. — (scc)

„Illustrer“ Aufruf in Kiel
Kritik war nicht zu übersehen

Ein Aufruf von „Persönlichkeiten“ nach Kiel: Engholm, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, Bischoff Kohlwege und Weihbischoff Jaschke, die Präsidenten der Schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände und IHKS Schulz und Süverkrüp, der Vorsitzende des DGB-Nordmark Gehrke, die DAG sowie der Geschäftsführer der Kieler

Nachrichten Heinrich. Vor der Kundgebung fanden zwei Demonstrationen statt, eine von türkischen Arbeitnehmervereinen, IG Metall sowie Schulen organisiert, die andere von antifaschistischen Kräften und vielen Schülern getragen. Auf dem Kundgebungsplatz trafen sich dann zwischen 10000 und 15000 Menschen, die zum größeren Teil ein Stück Protest gegen die bisherige Politik der staatstragenden Parteien mitbrachten: Transparente gegen die Änderung des Art. 16, für gleiche Rechte sowie nach Verbot der DVU. Der Redner der türkischen Vereine und der darauf sprechende türkische HDW-Betriebsrat bekamen für das deutliche Eintreten für gleiche Rechte und für die Forderung nach dem Verbot von faschistischen Organisationen eine Menge Beifall. Zu wenig Pfiffe erhielt eindeutig IHK-Süverkrüp, der zwar Interesse an einer gewissen Zügelung der Faschisten zum Ausdruck brachte, dann aber eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung des Ausländers aufmachte und vor Exportverlusten warnte. Engholm bekam für die Verharmlosung der Faschisten als „Rotzlöffel“ und für sein Ablenken vom staatlichen Handeln gegen Faschisten zu viel Beifall, schien jedoch durch eine direkt vor der Tribüne sichtbare riesige Buchstabenkette „Sozialdemokraten — Rassismus auf Raten“ sowie durch Pfiffe in der Nähe etwas weniger „cool“ als sonst. Offensichtlich ermuntert durch das Gewicht offizieller türkischer Regierungsnationaler bei den Beerdigungs- und Demonstrationsfeierlichkeiten hatten türkische Faschisten sich in die Demonstration eingereiht. Mit Brutalität gingen sie mehrmals gegen kurdische Teilnehmer vor und verletzten einen von ihnen mit Messer und Eisenstangen. — (dam)

4 000 schlagen Alarm gegen Rassismus

Heilbronn. Unter dem Motto „Es ist 5 vor 12 — Wir schlagen Alarm“ riefen das Antifaschistische Bündnis und der Arbeitskreis Asyl kurzfristig zur Demonstration und Kundgebung auf gegen Rassismus und Nationalismus am 28.11. um 11.55 Uhr. Diesem Aufruf schlossen sich innerhalb weniger Tage DGB, IG Metall, GEW und NCG, Friedensgruppen, der Deutsch-Jüdische Freundeskreis, amnesty international, Stadt- und Kreisjugendring, ALL, SPD, GRÜNE und verschiedene türkische und kurdische Organisationen an. Mit über 4000 TeilnehmerInnen wurde es eine der größten Demonstrationen Heilbronn. Kundgebungsbeiträge kamen von AK Asyl, Antifa-Bündnis, VVN, DGB, IGM, Türkischer Beratungsstelle der AWO und der Türkischen Antifaschistischen Gruppe. — (fhs)

500 Entlassungen durch Kaufhaus-Übernahme

Karlsruhe. Zum 1. 1. 1993 mietet der Stuttgarter Breuninger-Konzern die Kaufhausfilialen der Schneider KG in Karlsruhe, Pforzheim, Ettlingen und Freiburg. Die restlichen Schneider-Häuser in Bruchsal, Bretten, Rastatt und Kehl schließt Schneider an den Kauf-ring-Verbund an. Breuninger schließt in den Kaufhäusern die Restaurants (bis auf Pforzheim) und Lebensmittelabteilungen. Schneider schließt Zentralverwaltung und -lager und wahrscheinlich alle Restaurants. Die Lebensmittelabteilungen sollen vermietet werden. Die Betriebsräte erfuhren erst Ende August von diesen Maßnahmen. Die Schneider-Geschäftsleitung verzögerte die Verhandlungen um einen Interessensausgleich

und Sozialplan. Diese haben jetzt erst begonnen! Dafür mußte eine Einigungsstelle durchgesetzt werden. Nach Angaben der HBV werden rund 500 Beschäftigte entlassen, allein in Ettlingen 250 und in Karlsruhe 60. Weitere Entlassungen stehen bevor. — (rub)

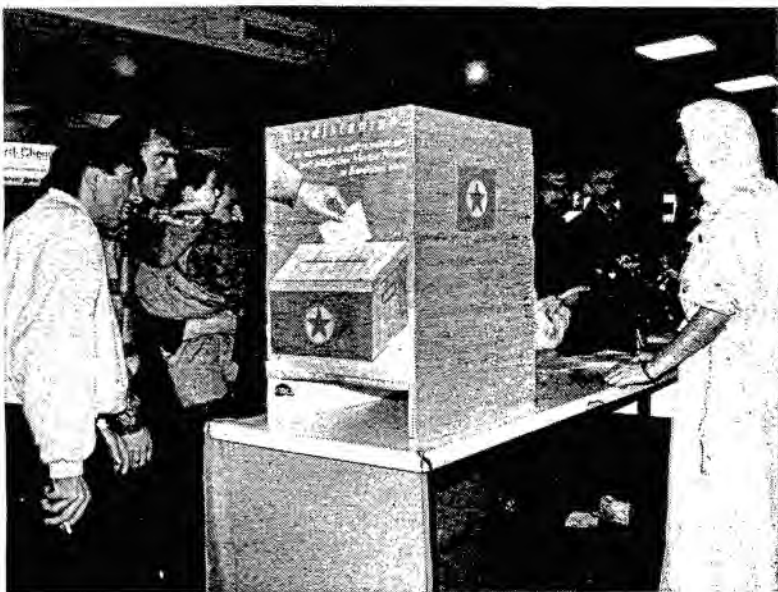
Demonstration zum Welt-Aids-Tag

Stuttgart. Die Aids-Hilfe und verschiedene andere Vereine führen rund um den Welt-Aids-Tag am 1. Dezember eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen durch. Etwa 300 Leute kamen zur Kundgebung und einem Gedächtniszug am Samstag, den 28. November. Dort wurde der 159 Menschen gedacht, die im Stuttgarter Raum im vergangenen Jahr an Aids gestorben sind und appelliert, HIV und Aids mehr zum Thema zu machen und die Augen nicht vor der realen Situation zu verschließen. Die Aids-Hilfe fragt: Kann von einer ausreichenden medizinischen Versorgung gesprochen werden, wenn es in der Landeshauptstadt ganze drei ÄrztInnen gibt, die sich um die weit über Tausend Menschen mit HIV und/oder Aids kümmern, wenn es im Gegensatz zu anderen Städten vergleichbarer Größe keine HIV-Ambulanz gibt, wenn die Beratungsstelle der Aids-Hilfe und damit die Fortführung der Aids-Arbeit bisher nicht langfristig abgesichert ist (ab dem 1. Januar 93 ist die Finanzierung der dreieinhalb Beraterstellen ungewiß), wenn Gefangene quasi zum HIV-Antikörperstest gezwungen werden und erkrankte Gefangene erst dann freigelassen werden, wenn sie nur noch wenige Wochen oder Tage zu leben haben, wenn es keine Anerkennung der Gemeinnützigkeit lesbischer und schwuler Selbsthilfvereine gibt? Die Veranstalter, haben mit der

Aktion auch die Zunahme rechtsradikaler Gewalt angegriffen und zu „Zivilcourage gegen die Entrechtung diskriminierter Gruppen“ aufgerufen. — (scc)

IG Bau gegen Leiharbeit und „Sklavenlöhne“

Essen. „Keine Sklavenlöhne auf unseren Baustellen“, unter diesem Motto wendet sich die IG Bau, Steine, Erde, derzeit gegen die zunehmende Beschäftigung von Arbeitern aus osteuropäischen Ländern, die auf der Grundlage von Werkverträgen für Hungerlöhne auf Baustellen in der BRD arbeiten (siehe auch „Politische Berichte“ 23/92, S. 7). In Essen fanden Plakataktionen, Überprüfungen auf Baustellen und mehrere kleinere Veranstaltungen der Ortsverbände statt. „Unsere Gegner sind die Unternehmer, die die ausländischen Arbeiter beschäftigen, die Schlepperorganisationen und die Politiker“, betonten die Referenten immer wieder. Mit Hilfe von Flugblättern in polnisch, tschechisch usw. versucht die IG Bau, auch mit den ausländischen Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Dabei stellt sie die Forderung nach verbindlicher Anwendung der westdeutschen Tarifverträge für alle hier Beschäftigten in den Vordergrund. Die Stadt und andere Bauherren fördert die IG Bau auf, in Verträgen mit Kapitalisten Niedrigstlohn-Leiharbeit auszuschließen. Berichte über die Aktivitäten in der Lokalpresse riefen prompte Reaktion hervor: Die in Essen ansässige Hochtief AG wandte sich an den Bundesvorstand der Industriergewerkschaft Bau und forderte ihn auf, die Essener Verwaltungsstelle zurückzupfeifen, weil Hochtief auch namentlich als einer der größten Nutznießer von Billigslöhnen angegriffen wurde. — (wof)



Hohe Beteiligung an kurdischer Wahl

Köln. 3469 Kurden und Kurden aus Köln und Umgebung beteiligten sich Ende November an der ersten Phase der Wahlen zum kurdischen Nationalparlament. In Bielefeld nahmen 2151, in Duisburg 2902, in Bonn 1311, in ganz NRW mehr als 9000 wahlberechtigte Kurden und Kurden teil. Die Polizei versuchte, die Aufstellung der Urnen auf einer Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle zu untersagen. Als die Veranstalter energisch protestierten, trolleten sich die Beamten aber wieder. Bild: Stimmabgabe im Kölner Wahllokal. — (rül, Bild: af/mz)

Bosch und Porsche: Proteste gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

Stuttgart. „Am 16. Oktober 1992 ließ die Robert Bosch GmbH die Katze aus dem Sack: Per Aushang wurde bekanntgemacht, daß das Weihnachtsgeld 1992 nicht um fünf Prozent erhöht werden soll. Anstelle des Anspruchs aus dem Tarifvertrag von 55 Prozent zahlt Bosch nur 50 Prozent. Ein klarer Verstoß gegen den Tarifvertrag.“ So lauten die einleitenden Worte eines Flugblattes, das Bosch-Betriebsräte und Vertrauensleute seit dem 1. Dezember an den Standorten des Bosch-Konzerns im Raum Stuttgart verteilen. In dem Flugblatt wird die Robert Bosch GmbH aufgefordert, auch beim Weihnachtsgeld 1992 den Tarifvertrag zu erfüllen und den gekürzten Betrag an die Beschäftigten nachzuzahlen.

Begründet wird die Kürzung von der Bosch-Geschäftsführung damit, daß das Weihnachtsgeld 1992 und die im Mai 1992 für das Vorjahr — sprich 1991 — ausbezahlte Arbeits- und Erfolgsprämie zusammen den tariflichen Anspruch erfüllen würden. Das heißt, daß eine Prämie, die für Arbeitsleistung des Jahres 1991 im Mai 1992 ausbezahlt wurde, mit dem Weihnachtsgeld 1992 „verrechnet“ wird!

Der bisherige innerbetriebliche Protest, auf Betriebsversammlungen vorgehen und auch vom Gesamtbetriebsrat gegenüber der Geschäftsführung formuliert, hat bewirkt, daß die Konzernleitung mit einer zweiten Erklärung am

11. November 1992 an die betriebliche Öffentlichkeit trat. Darin heißt es: „Es müssen deshalb weiterhin alle Anstrengungen darauf konzentriert werden, die Kosten zu senken x... Eine zusätzliche Anhebung des betrieblichen Weihnachtsgeldes ist leider wirtschaftlich nicht zu vertreten.“ Nun hat aber der Personalchef der Robert Bosch GmbH Bensinger im Mai dieses Jahres selber den neuen Tarifvertrag, den er jetzt nicht einhält, im kleinen Kreis ausgehandelt. Seit 1974 war es Firmenpraxis, daß die tarifliche Sonderzahlung als Weihnachtsgeld ausbezahlt und nicht mit anderen betrieblichen Zahlungen verrechnet wurde. Dieser Sachverhalt war auch am 22. Juli 1974 in einem Schreiben der Geschäftsführung an den Gesamtbetriebsrat bestätigt worden. Für Bosch ist allerdings dieses Schreiben rechtlich nicht bindend.

Der neue Stil bei Bosch reiht sich ein in die Versuche des Arbeitgeberlagers, tarifliche Regelungen auszuhebeln. Was in den neuen Bundesländern mit „Öffnungsklauseln“ und Nichteinhalten vereinbarter Lohnerhöhungen versucht wird, praktizieren einzelne Konzerne im Westen bereits anhand der tariflichen Sonderzahlungen. Der Vorstoß ist umso brisanter, weil der Tarifvertrag für 1993 eine weitere Anhebung der Sonderzahlung um 5 Prozentpunkte vorsieht. Es droht also weitere „Verrechnung“.

Um der Forderung nach Einhaltung

des Tarifvertrags Nachdruck zu verleihen, führt die Ortsverwaltung der IG Metall in den Stuttgarter Bosch-Betrieben bei den Beschäftigten eine Unterschriftensammlung durch. Der Unterschriftentext lautet: „Ich habe im Jahr 1992 Weihnachtsgeld nur in Höhe von 20 %/30 %/40 %/50 % meines Monatsverdienstes erhalten. Laut Tarifvertrag über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen vom 11. 5. 1988/17. 5. 92 kann ich einen um fünf Prozentpunkte höheren Betrag beanspruchen. Ich fordere von der Firma Bosch deshalb eine entsprechende Nachzahlung.“

Bei Porsche hatte der Vorstand die Kürzung des Weihnachtsgeldes von einem vollen 13. Monatsentgelt auf 55 Prozent beschlossen. In den Augen des Gesamtbetriebsrates von Porsche hat die Geschäftsführung damit „offenbar jede Hemmung im Umgang mit uns verloren.“ Während die Vorzugsaktionäre in den Genuß einer Ausschüttung der Dividende kommen, wird die Belegschaft geschröpft. Die Belegschaft habe den Ertragsrückgang nicht zu vertreten. Über tausend Porsche-Beschäftigte legten gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes kurzfristig die Arbeit nieder und demonstrierten im Porsche-Gelände. In den derzeit laufenden Verhandlungen versucht der Porsche-Betriebsrat pro Beschäftigten noch eine Aufbesserung des gekürzten Weihnachtsgeldes um 1000 DM zu erreichen. — (ros)





Essen. Vor zwei Jahren gab es in Essen 870 Obdachlose, heute sind es 1250. Weil die städtischen Unterkünfte restlos belegt sind, forderte die Stadt die Obdachlosen jetzt zynisch auf, sich entweder „intensiv um eine Wohnung zu kümmern“ oder auf noch weniger Raum zusammenpferchen zu lassen. Rund 60 Obdachlose meldeten sich daraufhin demonstrativ gemeinsam „wohnungssuchend“. — (wof)

Sinti werden erneut ausgegrenzt

Hannover. Am 30. November findet auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in Niedersachsen eine Feierstunde aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der dortigen Gedenkstätte statt. Der Verband Deutscher Sinti wurde zu dieser Feierstunde von der Landesregierung eingeladen. Allerdings ohne Rederecht, und das zum wiederholten Mal. Auch das Anliegen des Verbandes, in Bergen-Belsen einen Gedenkstein für die Gruppe der Roma und Sinti zu errichten, wurde von der Bezirksregierung Lüneburg abgelehnt. U.a. aufgrund dieser Tatsachen lehnt der Verband der Sinti eine Teilnahme ab. Nach dem Überfall in Rostock hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern geäußert, man müsse Roma und Sinti nur nach Bonn schicken, dann werde das Asylproblem schnell gelöst. „Diese rassistischen Äußerungen von führenden Politikern machen es uns unmöglich, an der Gedenkveranstaltung in der von Ihnen geplanten Art und Weise teilzunehmen“, lautet die Absage des Verbandes an die Landesregierung. — (bee, Nachrichten aus Niedersachsen)

Einsatzvorbereitungen für Krisen-Reaktions-Kräfte

Soltau. Seit dem 1.10. ist aus der 21. Panzerbrigade in Augustdorf bei Bielefeld sowie britischen und niederländischen Verbänden eine 3900 Mann starke Einheit der Krisen-Reaktions-Kräfte der NATO gebildet worden. Zusätzlich ist diesen Verbänden noch das Panzerbataillon 33 aus Lüttmersen zugeordnet worden, geplant ist eine Erweiterung um

das Panzergrenadierbataillon 32 aus Nienburg-Langendamm. Die neue KRK-Einheit soll im April 1993 einsatzbereit sein. Es gelten neue, „verschärfte“ Ausbildungsrichtlinien. Im Zusammenhang damit dürfte auch der Bau einer Panzerverladerampe auf dem Bahnhof Hope (Landkreis Soltau-Fallingb.) stehen. — (sts, gekürzt nach NNZ)

Lieferung der Streubomben an die Türkei verhindern!

Hannover. Die Rüstungsfirma EUROMETAAL, Kreis Nienburg, will 18000 Artilleriegeschosse an die Türkei liefern. Mit einem Offenen Brief an den nds. Ministerpräsidenten Schröder protestiert die Kurdistan-Solidarität Hannover: „Bei diesen 155-Millimeter-Granaten handelt es sich um ... sog. Streubomben, die nach Aussagen der Werbung der Firma EUROMETAAL „für eine noch effektivere Vernichtung von weichen, halbsten und festen Zielen geeignet sind“ ... Angesichts der Tatsache des Völkermordes in Kurdistan durch die türkische Republik halten wir ... es für dringend notwendig, daß Sie ... alles tun, daß die geplante Lieferung dieser 18000 Streubomben durch ... EUROMETAAL an die Regierung/Armee der Türkischen Republik verhindert wird. Der Transport dieser Waffen, sei es auf dem Land-, Luft- oder Seeweg, darf nicht gestattet werden: weil alles darauf hindeutet, daß diese Waffen gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden; weil u.E. diese Waffen unter das Ächtungsgebot nach den Genfer Konventionen zählen; weil ein Zulassen dieser Lieferung, wie auch die anderer Rüstungsgüter an die türkische Armee, eine Unterstützung des Vernichtungskrieges gegen das kurdische Volk bedeutet ...“

20 Prozent des Einkommens für einen Kindertagesheim-Platz

Hamburg. Ab 1993 soll in Hamburg ein neues Berechnungssystem für die Elternbeiträge in den Kindertagesheimen in Kraft treten. In den letzten Wochen wird dieses Vorhaben des Hamburger Senates intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Empörung ist aus den Elternreihen zu hören. Der Gesetzentwurf zu diesem Berechnungssystem soll Anfang 1993 durch Senat und Bürgerschaft beschlossen werden.

Der Hamburger Senat begründet seinen Entschluß mit der Herstellung von größerer Gerechtigkeit gegenüber den beitragszahlenden Eltern, mit einem Bedarf an Mehreinnahmen zwecks neuer KTH-Platz-Schaffung sowie einer Arbeitsverleinerung für die Ämter für Soziale Dienste, die für die KTH-Platzvergabe zuständig sind. Die 36000 Kindertagesheim-Plätze Hamburgs werden momentan zu 11 % aus Elternbeiträgen finanziert. Der Senat möchte auf einen 12 %igen Finanzierungsanteil anheben und damit ca. 4,5 Mio. DM mehr einnehmen. Die jetzigen tatsächlichen Kosten für einen KTH-Ganztagsplatz betragen 750 DM pro Monat, für einen Kripfenplatz ca. 1000 DM. Bislang trägt die Stadt Hamburg einen ganzen Teil der Kosten, die Eltern werden je nach Einkommen zur Zahlung herangezogen. Bis vor fünf Jahren galten sogenannte Höchstgrenzen für Elternbeiträge, die ungefähr ein Drittel der tatsächlichen Kosten darstellten. Durch listige Politik gelang es dem Senat, diese Grenzen abzuschaffen, nur für Hortkinder gilt bislang ein Höchstbeitrag von 140 DM.

Mit dem neuen Berechnungssystem

entfällt der letzte Höchstbeitrag, und somit können die Eltern jetzt bis zur tatsächlichen Kostenhöhe herangezogen werden. Grundlage für die Berechnung eines Elternbeitrages wird ein „bereinigtes“ Nettoeinkommen, das heißt, das Nettoeinkommen einer Familie wird um die Kaltmiete, um bestimmte Versicherungsbeträge sowie um die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz verringert. Von diesem Nettoeinkommen sollen dann 20 % als Elternbeitrag für ein im Kindertagesheim untergebrachtes Kind gezahlt werden. Für weitere Kinder wird ermäßigt. Gelten soll dies für Familien, die ein Nettoeinkommen von mehr als 2000 DM zur Verfügung haben. Familien mit einem Einkommen unter 2000 DM sollen in Zukunft keine Beiträge mehr zahlen. Laut Senat wären somit 30 % aller zahlenden Eltern vom Beitrag befreit. Diese Eltern hätten Grund zur Freude, sparen sie doch 70 DM und mehr im Monat. Protest kommt von Eltern, die mehr als 3000 DM Einkommen haben. Sie werden in Zukunft kräftig zur Kasse gebeten, denn sie müssen zwischen 25 und 400 % mehr zahlen. Hier von Senatseite von mehr Gerechtigkeit zu sprechen, ist ein Hohn, da Familien mit 3000 DM wohl nicht unbedingt als reich zu bezeichnen sind.

In Zukunft kommt wahrscheinlich auf viele Mütter die Überlegung zu, ob es sich noch lohnt zu arbeiten. Jede 100 DM mehr verdientes Geld lösen 25 DM mehr Elternbeitrag aus.

Aus den KTHs werden Befürchtungen laut, daß die neue Kostenregelung wieder eine Abmeldewelle, vor allem von

Hortkindern, auslösen wird. Die soziale Struktur in den Kindertagesheimen wird einseitig werden, und das bedeutet leicht, daß mit Qualitätssenkung zu rechnen ist. Erste Ideen wie z.B. die Vergrößerung der Kindergruppen werden von seiten der verantwortlichen Politiker intern diskutiert.

Sie müssen sich auch was einfallen lassen, denn 1990 versprach der SPD-Senat, in kurzer Zeit 5000 KTH-Plätze neu zu schaffen. Und er wird dauernd daran erinnert, wie regelmäßige Anfragen in der Bürgerschaft beweisen. Bislang sind 1295 neue Plätze geschaffen worden, von unterschiedlichster Art (ganztags, betreutes Mittagessen, Tagespflegestellen). Das ist zu wenig.

Von seiten der CDU-Opposition kommt der Vorwurf, daß das neue Beitragssystem die Wartelisten abbauen soll. Sie hat nicht Unrecht, aber ihre eigentlichen Vorstellungen zu diesem Thema äußert sie nicht.

Aus den Reihen der Eltern kommt der massive Vorwurf, mit dem Gesetzentwurf des Senates zur Elternbeitragsregelung die Elternschaft spalten zu wollen, indem sie gegeneinander ausgespielt werden. Eltern von Hortkindern sehen sich gezwungen, aus Kostengründen ihre Kinder abzumelden. Durch einfache Umwidmung werden dann neue Plätze für 3-6-jährige daraus.

Diese Senatspolitik, die auf Spaltung beruht und die soziale Leistungen durch Preise regulieren will, richtet sich gegen Eltern und Kinder. Die Eltern müssen in ihrem Protest gegen diese Politik unterstützt werden. — (pee)



Südschleswiger fordern Minderheitenrechte

Flensburg. Eine von 160 Delegierten des (dänischen) Südschleswigschen Vereins (SSF) verabschiedete Resolution an Bundestag, Bundesrat und Regierung fordert, daß die Rechte der nationalen Minderheiten in einem neuen Grundgesetz verankert werden sollen. „Diese Festschreibung sollte sich in ihrer Form am Artikel 5 der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung orientieren. Eine unverbindliche rhetorische Formulierung halten wir nicht für ausreichend“, heißt es in der Resolution. Es sei notwendig, eine direkte Verantwortlichkeit des Bundes für die betroffenen Bevölkerungsteile ausdrücklich zu dokumentieren.

Diese Forderung ist nicht neu. 1990 und 1991 hatte die damalige schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Liane Paulina-Mühl mehrere Anstrengungen unternommen, um den Anliegen der Minderheiten, speziell der friesischen und dänischen, zu größerem Nachdruck zu verhelfen.

Die Landesverfassung Schleswig-Holsteins hält in ihrem Artikel 5 fest, daß das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit frei ist, aber nicht von den staatsbürgerlichen Pflichten entbindet. Das bedeutet, daß Angehörige der dänischen Minderheit nicht aus diesem Grund vom Wehrdienst befreit werden. Im Faschismus sowie in den Jahren nach 1945 war dies ein Streitpunkt. Absatz 2 lautet: „Die kulturelle Eigenständigkeit

und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinde und Gemeindeverbände. Die nationale dänische Minderheit und die friesischen Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“ Dies ist sicher mehr als bisher im Grundgesetz festgelegt ist. Ob es ausreichend ist?

Zum Beispiel fällt die politische Vertretung der dänischen Minderheit nicht unter die 5 %-Klausel bei den Wahlen zum Landtag, weshalb sie dort seit Jahren mit einem Sitz vertreten ist. Dies ist nicht in der Verfassung, sondern in einer einseitigen Erklärung der Landesregierung aus dem Jahr 1949 festgelegt. In Dänemark haben Ausländer das kommunale Wahlrecht, wogegen die Dänen in der BRD nur wählen dürfen, wenn sie einen deutschen Paß haben.

Was den Schutz der kulturellen Eigenständigkeit anbetrifft, so haben die Friesen davon bisher sehr wenig, die Dänen etwas mehr bemerkt. Das Land bezuschußt die Personalkosten der dänischen Schulen inzwischen genauso wie die der deutschen Schulen, aber bei den Bauinvestitionen und den Schülertransportkosten halten sich Land und Gemeinden mit Zahlungen weitgehend zurück, weil die entsprechende gesetzliche Regelung fehlt. Ähnliches gilt für die Kindergärten und andere kulturelle Einrichtungen der Minderheit.

Quelle: Flensburg Avis vom 12. 11. 92 — (ans)

Kapitalisten wälzen Lohnzahlungen auf die Arbeitsämter ab

Elmshorn. Am 23. 10. 92 berichtete die Presse über die Zunahme von Stellenabbau und Kurzarbeit in der norddeutschen Industrie. Philips setzt Kurzarbeit und den Abbau übertariflicher Leistungen durch. Der zum Airbus gehörende Dasa Produktionsbereich Energie- und Anlagenelektronik in Wedel will in den nächsten zwei Jahren 240 Lohnabhängige auf die Straße schmeißen. Unternehmen wie die Lübecker Trägerwerke haben jetzt schon 300 Leuten gekündigt. Der Hamburger Chemiekonzern ebenfalls. Auch Firmen aus der Papierverarbeitenden Industrie, hier die Altonaer Wellpappenfabrik in Tornesch, wälzen gegenwärtig die Lohnkosten durch Kurzarbeit auf den Haushalt des Arbeitsamtes Elmshorn ab.

Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren folgendes abgespielt. Die Kapitalisten hatten durch die Ostexpansion ungewöhnliche Kapazitätsauslastungen zu verzeichnen. Um sich so richtig mit Arbeit vollsaugen zu können, wurden in den letzten anderthalb Jahren fieberhaft Investitionen in neue und in die Modernisierung vorhandener Maschinen durchgeführt. Da nun eine Stagnation beim Absatz im ostdeutschen Raum auftritt, stehen die Kapitalisten mit größeren Kapazitäten da als vorher. Ursache sind also die Änderung der Produktionsfaktoren, schnellere Maschinen, Abbau der Lagerhaltung sowie die immer kurzfristige Auftragsabwicklung. Von daher

reißen schon ganz normale saisonale Schwankungen große Löcher in die Produktionsauslastung. Dazu kommt, daß die jetzigen Auftragsrückgänge an den Daten des ostdeutschen Raubzuges gemessen werden und eben nicht an der vorherigen Auftragslage. Beachtet man die genannten Veränderungen in der Produktion, so werden die jetzt von den Firmen eingereichten Anträge auf Kurzarbeit nicht die Voraussetzungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz erfüllen.

1991 befanden sich im Jahresdurchschnitt pro Monat 1530 Lohnabhängige im Bereich des Arbeitsamtes Elmshorn in Kurzarbeit. Für diese wurden insgesamt 2,8 Millionen DM Kurzarbeitergeld und Rentenversicherungszuschüsse von 50 % für die Kapitalisten gezahlt. Somit haben die Ausgaben im Vergleich zu 1990 um 22 % oder einer halben Mio. DM zugenommen. Bei den jetzigen Ankündigungen werden diese Summen ins Vielfache steigen, wenn nicht das Arbeitsamt eine restriktivere Auslegung des Arbeitsförderungs-gesetzes bei der Genehmigung von Kurzarbeit durchführt. Stellungnahmen des Arbeitsamtes können auch entscheidend dafür sein, ob die Kapitalisten die Betriebsräte und nicht zuletzt die Lohnabhängigen mit betriebsbedingten Kündigungen erpressen können oder nicht.

Restriktiv zeigt sich die Bundesanstalt für Arbeit allerdings im Vorfeld der von der Bundesregierung angestrebten An-

derung des Arbeitsförderungs-gesetzes bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dies trifft laut Presseberichten gerade die sozialen Einrichtungen wie die Arbeiterwohlfahrt. In dem gleichen Atemzug, wo sich die Unternehmen unter äußerst fragwürdigen Begründungen für Kurzarbeit die Lohnzahlungen vom Arbeitsamt einsacken, muß die AWO auf dem freien Markt Kredite in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. DM bei einer Zinsbelastung von voraussichtlich 50000 DM aufnehmen und die Gehälter der etwa 80 ABM-Stellen selber bezahlen. Weitere Kürzungen durch die Änderung des AfG werden von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei der Streichung der Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten von Langzeitarbeitslosen gesehen, bei den Einarbeitungszuschüssen und der beruflichen Rehabilitation Behinderter. Im kommenden Jahr soll es keine Ganztags-schule der Volkshochschule mehr geben, die Jugendliche zum Hauptschulabschluß führt.

Der Umkrempelung der Haushalte der Arbeitsämter muß entschieden entgegengetreten werden. Eine Kampagne über die Ziele der Kapitalisten bei der Durchsetzung von Kurzarbeit ist von den Gewerkschaften gefordert. Betriebsräte der betreffenden Branchen sollten sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise verständigen. — (rua)

Kurz berichtet

Eklat im Abgeordnetenhaus
CDU will PDS verbieten

Berlin. Im Rahmen der sogenannten Aktuellen Stunde am 12. November klopften sich fast alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses selbstgefällig auf die Schulter für den großen Erfolg der bundesweiten Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 8. November. Und natürlich fehlte nicht die Empörung über die Störung durch den „linken Pöbel“ (Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender). Die PDS-Abgeordnete Dörre brachte zum Ausdruck, was viele Demonstrationsteilnehmer empfanden: es habe sie „eine wahnsinnige Überwindung gekostet, gemeinsam mit geistigen Brandstiftern auf die Straße zu gehen“, „die Bundesregierung gehöre vor das Verfassungsgericht“, und „der deutsche Rechtsstaat sei verlogen wie nur irgendwas“. Ein großer Teil der CDU-Fraktion verließ daraufhin den Saal. SPD-Fraktions- und Landesvorsitzender Staffelt erklärte daraufhin: „Sie (die PDS-Fraktion) sind für uns nicht mehr verhandlungsfähig.“ Auch die anderen Fraktionen distanzieren sich von der PDS. Die CDU ließ anderntags sogar prüfen, ob die PDS nicht aufgrund dieser Äußerungen verboten werden könne. Sie mußte sich belehren lassen: ein Parteienverbot kann nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen, war die Rechtsauskunft. Jetzt will die CDU ein Strafverfahren wegen Verleumdung von Staatsorganen erwirken. Allerdings fehlt hierzu noch die Zustimmung des Bundespräsidenten. (zit. nach *Der Tagespiegel* vom 13. 11. 92 — har)

„Schwarze Listen“
in Sachsen

Dresden. Berufsverbote aus politischen Gründen gehören in Sachsen zur Staatsdoktrin — so die sächsische Fraktion Linke Liste-PDS in einer Presseerklärung zu den durch die Fraktion ins Licht der Öffentlichkeit gebrachten Namenslisten mit gekündigten, noch zu kündigenden oder „schwebend“ gekündigten Wissenschaftlern sächsischer Hochschulen, die vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst an alle Rektoren mit der Weisung, keine der Genannten wieder einzustellen, verschickt worden waren. Die Fraktion fordert eine Debatte dieser verfassungswidrigen Praxis in der Dezember-Landtagssitzung (im letzten Landtag wurde dieser Antrag unterdrückt) sowie die Bildung eines Untersuchungsausschusses, der generell überprüfen soll, ob derartige Berufsverbotslisten zur „Personalpolitik“ der Staats-

regierung gehören. Die Fraktion wird eine Dokumentation zu diesem Thema erarbeiten und diese an einzelne Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, an das Europaparlament und die Internationale Arbeitsorganisation bei der UNO senden, verbunden mit einer Rechtsdokumentation. — (ber)

Friedrichshainer PDS
macht Wohngeldservice

Berlin. Nach Aussagen von Bundesbauministerin Schwaetzer soll die Mietpreisentwicklung vertraglich gesteuert werden. Aber schon bei der ersten Mietpreiserhöhung mußten im Stadtbezirk Friedrichshain (Ostberlin) 17000 Einwohner einen Wohngeldantrag stellen. Bei der zweiten Erhöhung werden es 36000 sein. Das ist jeder zweite Haushalt! Die Miete erhöht sich auf bis zu 30 Prozent des Einkommens und drängt viele bis in die Nähe des Sozialhilfesatzes. Nach Arbeitsplatzverlust oder (verordnetem) Vorruhestand für Rentner geht es jetzt an „manch einem sein Ganzes“ — die Wohnung. Es scheint auch bläuläugig zu sein, diesen finanziellen Vermieterwuchs in Form von Wohnraumsanierung als Mieter wiederzusehen. Alles läuft auf einen offenen Wohnungsmarkt hin, der für die Miethäuser ein gefundenes Fressen ist. Dem setzt die PDS ihren entschiedenen Widerstand entgegen. Sie will den Betroffenen praktische Hilfe leisten. Die Friedrichshainer PDS wird deshalb einen Wohngeldservice einrichten. (aus: *Friedrichshainer Klartext*, Nov. 92 — A.B.)

Mercedes-Benz macht
Rückzieher

Potsdam. Zum Rückzieher der Mercedes-Benz-AG bei der geplanten Einrichtung eines LKW-Werkes in Brandenburg äußerte Dagmar Enkelmann (MdB, PDS) am 4. 11. 92: 4000 Arbeitsplätze sollte das geplante MB-LKW-Werk im brandenburgischen Ahrensdorf schaffen. Nachdem es in der europäischen LKW-Branche kriselt, wird der „Solidarität-Ost“ des Daimler-Benz-Imperiums den Dividenden geopfert. Wenige Tage vorher kündigte die Daimler-Benz-Tochter DASA noch die 800 Millionen schwere Übernahme des niederländischen Flugzeugkonzerns Fokker an. Die DASA, die nebenbei Peinlichkeiten wie die Peenemünder V2-Feier inszeniert, hatte keine Probleme, das Geld für den Deal bei der Konzernmutter loszueisen. DB setzt in den heutigen unsicheren Zeiten lieber auf sichere Einnahmen — auf Rüstungsproduktion und die weltweit hochmonopolisierte und subventionierte Luftfahrtbranche. (aus: *Pressedienst PDS*, Nr. 46, 13. 11. 92 — A.B.)

Pfarrer Eppelmann
und die Geschichte der DDR

Es ist unüberseh- und unüberhörbar, daß die vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ unter der Leitung Pfarrer Rainer Eppelmanns ihre Arbeit aufgenommen hat. Sind doch mindestens nach der 13. Sitzung, die Ende September in Leipzig stattfand, die offiziell gesetzten Prämissen klar, nach denen (ost)deutsche Geschichte aufgearbeitet werden soll. Die Bevölkerung der DDR wird nämlich in fünf Kategorien eingeteilt, nach denen das Wirken von 16 Millionen Menschen, die im zweiten deutschen Staat lebten und arbeiteten, beurteilt werden soll. Diese fünf Kategorien sind:

— Spitzenfunktionäre der DDR, einschließlich der ehemaligen SED-Bereichsleiter, und die wichtigsten Regierungsmitglieder. Bei diesem Personenkreis müsse die Frage beurteilt werden, ob es sich um einen „verbrecherischen“ handle.

— Zur zweiten Kategorie zählen die „Extrem-Privilegierten“, zu denen sowohl die Vorsitzenden der Blockparteien, der Massenorganisationen als auch Kombinatdirektoren und Hochschulrektoren gehören sollen.

— Die dritte Kategorie sind — so Eppelmann — „die vielen Überzeugungstäter und Doppelzüngigen, die um eigener Vorteile willen mit den Diktatoren gemeinsame Sache gemacht haben: Generale, Direktoren, Vorsitzende, ZK-Mitglieder, leitende hauptamtliche Mitarbeiter der SED und Blockparteien, hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, hochdekorierte Künstler und Sportler, Kirchenmänner und -frauen“. In diesem Falle sei zu entscheiden, ob „sie nicht für immer oder zeitweilig davon ausgeschlossen sein müßten, politische, ökonomische, kulturelle und juristische Grundlinien unseres Staates erarbeiten und durchsetzen zu können“. Im Klartext würde das heißen, daß einem beträchtlichen Teil deutscher Staatsbürger verfassungsmäßig garantierte Rechte entzogen werden können.

— In einer weiteren Kategorie subsummiert Pfarrer Eppelmann alle Unengagierten und Unorganisierten, alle einfachen Mitglieder der Blockparteien und auch der SED, die sich bloß anpaßten, ihren Scheinfrieden mit der Diktatur gemacht hatten, also ehemalige DDR-Bürger, die einfach „in Ruhe leben und arbeiten, etwas erreichen, möglichst fleißig und ehrlich, möglichst glücklich und zufrieden sein“ wollten. Hier — so Eppelmann — gehe es um die große Masse der DDR-Bevölkerung, für die die Anpassung typisch war: ein menschlich verständlicher Opportunismus ohne jede innere Bindung an den DDR-Staat und seine Gesellschaftsordnung.

— Die fünfte Kategorie setzt sich aus den mehr oder weniger aktiven Oppositionellen zusammen.

Diese Kategorisierung, die das Niveau der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte — die DDR war ja schließlich ein deutscher Staat — verkörpert, reduziert die verflochtenen Jahre seit 1945 auf eine bloße Abrechnung mit dem Versuch der Schaffung einer Alternative auf deutschem Boden. Es urteilen die „Sieger“ der Geschichte. Der Gründungsauftrag des Bundestages für die Enquetekommission, „einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten“, ist vergessen und wahrscheinlich überhaupt nicht gewollt. Logisch folgt die Kommission eher der Definition des Charakters der DDR im Einigungsvertrag, in dem sie als Unrechtsstaat bezeichnet wird. Die DDR war das Produkt von Leuten, die Böses oder zumindest Ähnliches anstrebten. Die Verteufelung der DDR in den Zeiten des kalten Krieges wird nunmehr auf einer anderen Ebene, nämlich nach der Vereinigung im Inneren des Landes, fortgesetzt. Es erfolgt a priori eine Einteilung der ehemaligen DDR-Bevölkerung in Täter und Opfer. Geschichtliche Aufarbeitung wird durch Täterfahndung ersetzt.

Das politische Ziel der Kategorisierung der ehemaligen DDR-Bürger ist die Vorgabe von Maßstäben der politischen und juristischen Abrechnung unter dem Deckmantel einer moralischen Legitimation durch Unterscheidung. Nicht das konkrete Tun eines einzelnen wird zum

Maßstab genommen. Allein schon die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe rechtfertigt die Zuweisung von Schuld an einzelne. Die Vorgabe einer juristischen Kollektivschuld bedeutet die Verabschiedung vom Rechtsstaat.

Nun gibt es inzwischen genügend Stimmen, die offen zum Verlassen des formalen Rechtsstaatsprinzips auffordern. Das geht von der Auflockerung des positivistischen Denkens, d. h. kreativer Umgang mit dem Recht, bis hin zum Aufruf, im Namen der Gerechtigkeit über eine Rückwirkung des heutigen Strafrechts der BRD nachzudenken. Der sächsische Innenminister Eggert erklärte kürzlich, daß es einer seiner Träume sei, „den Rechtsstaat nur für einen Tag außer Kraft zu setzen“. Wenn nun die Aufhebung der Verjährung aus politischen Gründen von 1949 bis 1990 nicht verfolgter Straftaten erfolgte, so bedeu-

deutschland, die Massenarbeitslosigkeit, die Ausgrenzung der ostdeutschen Intelligenz und die Abwicklung ganzer Arbeitsbereiche werden vom Krieg der Medien und von juristischer Verfolgung begleitet. Doch dabei wird streng darauf geachtet, daß keine Solidarisierung in der ehemaligen DDR-Bevölkerung erfolgt, wenn dazu nur immer wieder das Unrecht, das die Stasi verbreitet hat, als Mittel herangezogen werden kann.

Eine solche Entwicklung kann nicht ohne Folgen für die Alt-Bunderepublik selbst bleiben. Diskussionen über die Überarbeitung des Grundgesetzes machen deutlich, daß nur eine Verschlechterung dabei herauskommen kann. Die Probleme im Osten verdecken oft die Sicht vor anderen Entwicklungen, die sich in der BRD vollziehen und die auf eine autoritärere Ausrichtung des Staates hinzielen. Arnulf Bähring hat in sei-



Bild: har

tet das, daß z. B. Verurteilungen wegen Spionage aus dem Jahre 1949 möglich wären. Der Leiter der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität Berlin, Oberstaatsanwalt Schaeffgen, rechnet insgesamt mit einer fünf- bis sechsstelligen Zahl von möglichen gerichtlichen Verfahren.

Das erinnert fatal an die Jahre nach dem Verbot der KPD in Westdeutschland, an das sich rund 150000 politische Verfahren gegen Bürger der Bundesrepublik anschlossen. Nun allerdings soll die Abrechnung noch gründlicher erfolgen. Die Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat dient ausschließlich politischen Zwecken. Denn nicht zuletzt die Gleichsetzung der DDR mit dem faschistischen Staate bezweckt das Ablenken von der eigenen, nicht bewältigten Vergangenheit. Die in der Alt-BRD erfolgten Unterlassungen bei der Verfolgung von Verbrechen aus der Nazizeit sollen anscheinend nun durch die Härte der Abrechnung mit der DDR „wiedergutmacht“ werden. Sie dient quasi der Rechtfertigung von Abrechnungsmaßnahmen. Es ist nicht von ungefähr, daß der Gebrauch des Begriffs Unrechtsstaat seit dem Anschluß der DDR wieder stark in Mode gekommen ist. Die Bundesrepublik wird mit der Nase auf die nicht bewältigte eigene Vergangenheit gestoßen, in der im faschistischen Staat aktive Juristen zum Aufbau des Rechtswesens herangezogen wurden und ihn maßgeblich mit bestimmten.

Würde man für das Jahr 1945 eine Kategorisierung der Bevölkerung der damaligen Westzonen à la Eppelmann vornehmen, so wäre festzustellen, daß große wie auch kleine Nazi-Täter problemlos in der Bundesrepublik gedeckt wurden. Als bewährte Antikommunisten waren sie gut für einen Staat, der sich den Antikommunismus als Grundprinzip erkoren hatte. Jetzt wird in der ehemaligen DDR bei ahistorischer Gleichsetzung mit dem Nazistat eine unvergleichliche Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen vorgenommen.

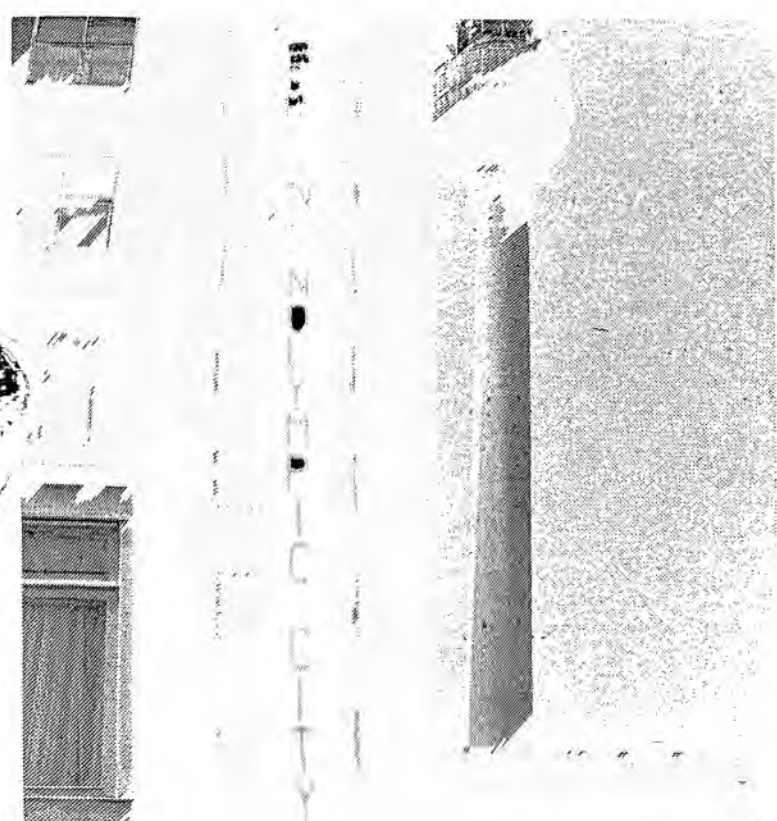
Für die ehemalige DDR wird ein „Sonderrecht“ geschaffen, wie es sich z. B. im Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Rentenüberleitungsgesetz) vom 21. 6. 92 ausdrückt. Nach diesem Gesetz werden Empfänger von Sonder- und Zusatzrenten der DDR wegen Staatsnähe bestraft. Das verstößt gegen Grundprinzipien des Rentenrechts und gegen Artikel 14 GG, weil versicherungsrechtliche Ansprüche mit politisch-moralischen und strafrechtlichen Mitteln beantwortet werden. Der ökonomische Niedergang in Ost-

nem Buch „Deutschland — was nun?“ dazu aufgefordert, daß „wir Deutschen ... etwas Elementares wie Macht, Machtpolitik wieder für uns entdecken“ sollen. Tendenzen einer Rechtsentwicklung gibt es nicht nur in einschlägigen Parteien und Organisationen. Sie sind inzwischen aus der offiziellen Politik nicht mehr wegzudiskutieren.

Die Verfälschung der Geschichte und ihre Anbindung an die Verwirklichung konkreter politischer Interessen kann sich zukünftig verhängnisvoll auswirken. Dient das doch alles der Erhaltung und Sicherung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Gleichzeitig ist das der Nährboden für den stärker aufkommenden Rechtsradikalismus. Die bewußt geführte Verdrehung des Geschichtsbewußtseins zielt auf eine Absage an das Nachdenken über die Zukunft. Das Gerede vom Ende der Geschichte nach dem Untergang des „Realsozialismus“ ist ebenso borniert wie illusorisch. Ganz einfach brachte dies auf dem kürzlich durchgeführten Gewerkschaftskongreß der IG Medien ein Delegierter aus Rostock auf die Formel: „Alles, was uns zu DDR-Zeiten über den Hauptfeind Kapitalismus eingebläut wurde, stimmt.“ Für die Mehrheit des Kongresses stand fest, daß sich das westdeutsche Kapital am politisch gewollten Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und an den Transferleistungen westdeutscher Arbeitnehmer eine goldene Nase verdient.

Mit dem 3. Oktober 1990 wurde der ostdeutschen Bevölkerung ein großer Teil des westdeutschen Rechts übergestülpt. Sehr schnell wurde den Ostdeutschen klar, daß es sich um grundsätzlich neue Dinge für sie handelte. Es eröffneten sich neue Möglichkeiten, zugleich aber wurde deutlich, daß auf vielen Gebieten wie z. B. dem Arbeitsrecht eine wesentliche Verschlechterung eingetreten war. Ostdeutschland wurde zum Probierfeld neuer rechtlicher Entwicklungen, eigentlich ging es „um die Ausgestaltung Ostdeutschlands als Rechtsstaat zweiter Klasse“ (Jens-Uwe Heuer, PDS, auf der Konferenz „Macht und Emanzipation. Zur Geschichte und Wertung des politisch-rechtlichen Systems der DDR“, 24.-25. 10. 1992 in Berlin).

Die Auseinandersetzung mit der offiziellen Geschichtsklitterung, wie sie gegenwärtig betrieben wird, setzt einen selbstkritischen Rückblick und eine harte Abrechnung mit der eigenen Geschichte voraus. Nur so wird es möglich sein, die eigene Geschichte zu bewahren und den Kopf für zukünftige Entwicklungen freizubekommen. — (A.B.)



Endlich hat Kanzler Kohl seine Unterstützung für die Olympiabewerbung Berlins kundgetan. Jetzt muß die „Berlin 2000 Olympia GmbH“ nur noch die Mehrheit der Berliner Bevölkerung vom Nutzen überzeugen. Rund 70 größere und kleinere Berliner Unternehmen sind bereits Lizenznehmer und werben kräftig mit. Mit Lizenzgebühren von 10000 bis mehrere Millionen Mark ist man dabei. Dem illustren Kreis beigetreten sind u. a. Firmen wie Siemens, Adia, Coca Cola, Bertelsmann, Krone, Luft-hansa, Herlitz, Grundkredit- und Berliner Bank. Über 25 Millionen Mark hat die Olympia-Marketing-Gesellschaft auf diese Weise bereits eingenommen, doppelt so viel wie der Bund für die Werbung beisteuert (11 Mio. Mark). Schließlich hat die Berliner Bank errechnet, daß der Nutzen größer als der Aufwand sei. Fragt sich nur, für wen? Bild: Olympiagegner hängen ein Transparent aus dem Berolinhause am Alexanderplatz — (har)

Umwandlung der „Altschulden“ dringend erforderlich

Die Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi und die Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste forderten am 14. Oktober vor dem Deutschen Bundestag die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Problematik der sogenannten Altschulden der Wohnungswirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern und in Ostberlin vorzulegen.

Von der drohenden Überwälzung der „Altschulden“ auf die ostdeutschen Wohnungsunternehmen nach Ablauf des bis Ende 1993 geltenden Moratoriums geht die größte Gefahr dafür aus, daß in den ostdeutschen Bundesländern und in Ostberlin die Mieten für die Masse der Einwohner unbezahlbar werden und/oder dringend notwendige Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten unterbleiben und/oder die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen durch ökonomischen Zwang genötigt werden, beträchtliche Teile ihres Wohnungsbestandes zu verkaufen. Der Zwang nach einem Verkaufserlös würde in der Regel den Kauf durch die gegenwärtigen Mieter ausschließen. Der Gesetzentwurf sollte folgende Elemente beinhalten:

— Die „Altschulden“ der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaftsbetriebe sind in zinslose und mit maximal zwei Prozent pro Jahr zu tilgende Fördermittel des Bundes umzuwandeln. Es ist zu prüfen, inwieweit dieses Verfahren auch für einen Teil der vor dem 2. Oktober 1990 entstandenen Schulden privater Mietshausbesitzer gegenüber staatlichen Institutionen der DDR anzuwenden ist. Ausgenommen davon könnten Kredite für von Wohnungsunternehmen errichtete gewerbliche Objekte bleiben.

— Die Streichung der „Altschulden“ bzw. ihre Umwandlung in Fördermittel des Bundes ist mit der Maßgabe zu verbinden, daß die betreffenden Wohnungen zu Sozialwohnungen mit entsprechender Mietpreis- und Belegungsbindung im Sinne des Zweiten Wohnungsbaugesetzes erklärt werden.

— Die „Altschulden“ und die dafür aufgelaufenen Zinsen sind in den Kreditabwicklungsfonds zu übernehmen.

— Zur Vermeidung zusätzlicher Belastungen der öffentlichen Haushalte ist das gegenwärtige System der Gewährung exorbitanter Steuergeschenke für Spitzenverdiener grundlegend zu revidieren. Darüber hinaus sollte eine nach Netto-Einkommenshöhe gestaffelte Fehlbelegungsabgabe für in Sozialwohnungen wohnende Besserverdiener bundesweit eingeführt werden.

— Um eine erneute übermäßige Verschuldung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft nicht zuzulassen und die Kreditaufnahme zur Durchführung von Investitionen und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, ist den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaftsbetrieben der betriebsnotwendige Grund und Boden, soweit er sich in öffentlicher Hand befindet, zu Vorzugsbedingungen, d. h. ma-

ximal 10 Mark je Quadratmeter, zu verkaufen, oder es sind Erbbaurechte mit günstigen Konditionen — anfangs maximal 1 Mark je Quadratmeter und Jahr — zu begründen.

— Bestrebungen, kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen durch Überschuldung zum Verkauf ihres Wohnungsbestandes zu nötigen, sind durch Gesetz zu unterbinden.

Mitglieder der Bundesregierung äußerten sich zu diesem brisanten Thema sehr unterschiedlich. So versuchte die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Irmgard Schwaetzer, den Anschein zu erwecken, daß sie ernsthaft an diesem Problem arbeitet. Sie forderte u. a. die Verlängerung des Zinsmoratoriums bis Ende 1996 und die anschließende Übertragung des während des Moratoriums aufgelaufenen Kapitaldienstes auf den Kreditabwicklungsfonds. Demgegenüber hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Manfred Carstens, mit deutlichem Affront zu Dr. Irmgard Schwaetzer erklärt, „daß der Kapitaldienst für die Schulden der Wohnungswirtschaft aus den öffentlichen Haushalten nicht finanzierbar ist“. Nach seiner am 31. August 1992 abgegebenen Erklärung zu urteilen, ist er noch nicht einmal bereit, über Alternativen nachzudenken, von einer Beteiligung des Bundes an einer zeitlich befristeten, degressiv ausgestalteten Überbrückungshilfe an überdurchschnittlich verschuldete Wohnungsunternehmen abgesehen. Restriktiver geht es kaum.

Dieses Spiel der Bundesregierung mit verteilten Rollen ist beschämend. Die im Gutachten von Prof. R. Scholz u. a. getroffene Feststellung, daß es sich bei diesen „Altschulden“ keineswegs um echte Schulden im Sinne des bürgerlichen Rechts handelt, sondern lediglich um eine spezifische Form der Gestaltung und Abwicklung des Staatshaushaltsplanes nach DDR-Recht, wird ignoriert. Das Totschweigen dieses vom Gesamtverband der Wohnungswirtschaft in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens wirft ein bezeichnendes Licht auf das Rechtsverständnis dieser Regierung, wenn es darum geht, den kleinen Leuten Geld aus der Tasche zu ziehen. Für die Bürger der ehemaligen DDR ist der Gedanke unerträglich, für die Wohnungen, die mit von ihnen erarbeiteten Mitteln errichtet wurden, nicht nur noch einmal zu bezahlen, sondern darüber hinaus auch für die horrenden Wucherzinsen von über 10 Prozent aufzukommen.

Zu den ökonomischen Größenordnungen der drohenden Überwälzung der „Altschulden“ und der aufgelaufenen Zinsen ist zu bemerken, daß insbesondere für den neueren Wohnungsbestand Verbindlichkeiten bis zu 100 000 DM je Wohnung ausgewiesen werden, wobei diese Beträge aufgrund des außerordentlich hohen Kapitaldienstes weiter anwachsen werden. Das ergibt mögliche Mieterhöhungen von 8 bis 10 Mark je Quadratmeter und Monat, ohne daß die Wohnungsunternehmen dadurch in die Lage versetzt würden, mehr Instandset-

zungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Die einzige Alternative für die Umwandlung der „Altschulden“ in Fördermittel des Bundes wäre ihre ersatzlose Streichung. Die Streichung hätte zwar den Vorzug, daß dieses Problem ein für allemal vom Tisch wäre; ihre Umwandlung könnte jedoch nach dem in der Bundesrepublik Deutschland gewachsenen Recht eine Sozialbindung juristisch einwandfrei begründen. Der Tilgungssatz von maximal zwei Prozent wird vorgeschlagen, um eine entsprechend langfristige Sozialbindung zu bewirken. Das ist vor allem auch deshalb notwendig, weil nach der gegenwärtigen Lage der Dinge in den ostdeutschen Ländern auf Jahre hinaus mit einem nennenswerten Um-

Dipl.-Ing. Siegfried Schlegel, Abgeordneter der PDS/DF-Fraktion im Leipziger Stadtparlament, schrieb am 29.10. einen offenen Brief an das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bundesbauministerin Frau Dr. Irmgard Schwaetzer. Darin heißt es:

„Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Mietsteigerungen stellen sich immer mehr Leipziger die Frage, ob es auch in unserer Stadt zukünftig einen ausreichenden Bestand an bezahlbaren Sozialwohnungen geben wird.“

Durch den Einigungsvertrag ist nicht deutlich erkennbar geregelt, wie ein ausreichender Bestand von bisher volkseigenen bzw. genossenschaftlichen Wohnungen in Sozialwohnungen überführt werden soll. Nachdem bereits 1990 die Problematik Grund und Boden für kommunale Wohnungen geregelt wurde, wurde nunmehr auch in Leipzig ein Beschluß über Grundsätze zur Übertragung von Grund und Boden an die Wohnungsgenossenschaften gefaßt. Noch steht eine Regelung der „Altschulden“, die Verbindlichkeiten der Bundesregierung als Rechtsnachfolger der DDR sind, aus. Es wäre deshalb zu überlegen, ob nicht als

fang des Sozialwohnungsbaus nicht zu rechnen ist. Es ist unerlässlich, dem in der ehemaligen DDR entstandenen volkseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand den Status von Sozialwohnungen zu verleihen. Dies ist im Einigungsvertrag unterlassen worden, obwohl der grundlegende Tatbestand der öffentlichen Förderung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland eine solche Regelung zwingend verlangt hätte.

Es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb die Folgen der katastrophalen Plattmache-Politik der Treuhandaanstalt, die zur Folge hat, daß im Bereich der ehemals volkseigenen Wirtschaft Werte von Hunderten von Milliarden Mark an völlig inkompetente Bieter zu Ramschpreisen verschleudert werden, über den Kreditabwicklungsfonds reguliert werden, da für die dubiosen „Altschulden“ der Wohnungswirtschaft letztendlich der Mieter in den ostdeutschen Ländern aufkommen soll.

Dazu ist weiter zu bemerken, daß der

größte Teil der Bewohner der ehemaligen DDR nur wenig Gelegenheit hatte, Vermögen anzusammeln und die bescheidenen Sparguthaben im Zuge der Währungsunion noch halbiert wurden. Infolgedessen ist die Chance, Zinsen zu erhalten oder zu zahlen, zwischen den Bewohnern der alten und der neuen Bundesländer höchst ungleich verteilt. Die Streichung der „Altschulden“ könnte diese Diskrepanz etwas mildern. Es sei vor allem an die von Sprechern der SPD schon mehrfach scharf kritisierte Bevorzugung der Reichen laut § 10e EStG erinnert. Nach Offerten von Vermögensberatern werden Spitzenverdiener eingeladen, Immobilien faktisch zum Nulltarif zu erwerben, indem über das Geldmachen von Steuerschulden Steuern in Vermögen umgewandelt werden.

Der Vorschlag zur bundesweiten Einführung einer Fehlbelegungsabgabe entspricht in der letzten Zeit öffentlich geführten Diskussionen, wobei im Sinne des Gleichbehandlungsgebotes das Nettoeinkommen zugrundegelegt werden

sogenannter „4. Förderweg“ durch Erlaß der „Altschulden“ ein ausreichender Wohnungsbestand (auch in Leipzig mindestens 40 Prozent) in den Status von Sozialwohnungen übergeleitet wird.

Ein zweites Problem betrifft einen ausreichenden Bestand an kleinen altersgerechten Wohnungen. Erscheint es nicht sinnvoll, über ein spezielles, von der Bundesregierung besonders gefördertes, „Seniorenwohnungsbauprogramm“ auch in Leipzig eine größere Zahl altersgerechter, mit zunehmender Behinderung nachrüstbarer Wohnungen in allen Stadtteilen zu bauen?

Welche Städte wurden in das „Modellprojekt altersgerechtes Wohnen“ einbezogen? Damit würden eine Vielzahl größerer Wohnungen frei werden, die vor allem jüngeren Familien zur Verfügung gestellt werden sollten.

Eine abschließende Frage betrifft den sogenannten Beschaffheitszuschlag für die neuen Bundesländer. Wie ist ein solcher Zuschlag rechtlich gesichert, den es in den Altbundesländern bisher nicht gab, wenn gleichzeitig zukünftig die Möglichkeit für „Modernisierungsumlagen“ besteht?

sollte; und durch eine stark gestaffelte Höhe der Fehlbelegungsabgabe würden einerseits die für die Förderung des Wohnungsbaus einzunehmenden Mittel erhöht und andererseits die Steuerwirkung dieser Abgabe verstärkt. Nicht zuletzt könnten riesige Einnahmen für die öffentlichen Haushalte dadurch erzielt werden, daß Spekulationsgewinne aus der Wertsteigerung von Bauland, die nicht mit Investitionen begründet werden können, zu einem hohen Prozentsatz versteuert werden. Das müßte in einem gesonderten Gesetz im Zuge der Neuordnung des Bodenrechts geregelt werden.

Mit Nachdruck muß darauf verwiesen werden, daß ausstehende Entscheidungen zur Zuordnung von Grund und Boden an die Wohnungsbauunternehmen ein Investitionshemmnis erster Klasse darstellen. Die in einigen ostdeutschen Kommunen getroffenen unterschiedlichen Regelungen zur Höhe des Bodenpreises sollten umgehend analysiert werden. Ein gewisses Maß an Einheitlichkeit erscheint unabdingbar.

Völlig verfehlt ist die Forderung der Bundesvermögensverwaltung, die ihr zufallenden Grundstücke aus dem Nationalvermögen der ehemaligen DDR auch für Wohnbauzwecke auf der Grundlage des Verkehrswertes oder nur mit geringen Abschlägen vom Verkehrswert verkaufen zu wollen. Die vorgeschlagenen Maximalwerte für Verkaufswert und Erbbauzins in Höhe von 10 bzw. 1 Mark je Quadratmeter und Jahr sind damit begründet, die Auswirkungen auf die Miethöhe sozial verträglich zu halten. Selbstverständlich können in den entsprechenden Verträgen das Vorkaufsrecht der Gemeinden und Anpassungsklauseln für die Höhe des Erbbauzins aufgenommen werden.

Die Erhaltung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestandes und die mit ihm verbundenen Belegungsrechte der Gemeinden sind unverzichtbar, um sozial dringliche Wohnungsprobleme lösen zu können und Obdachlosigkeit zu vermeiden. Nach Rückgabe von Mietshäusern an die Alteeigentümer wird dieser Wohnungsbestand ohnehin abnehmen. Die von der Bundesregierung verfolgte Linie, den kommunalen Wohnungsbestand zu privatisieren, würde zu unabsehbaren sozialen Spannungen führen. — (ber)

Kommentiert

Halbzeit

Es grenzt schon an ein Wunder: der seit Monaten am heftigsten von der Opposition, von den eigenen Partei „freunden“ wie von den meisten Medien angegriffene Spitzenpolitiker ist als einziger der ostdeutschen Ministerpräsidenten noch im Amt. Die Rede ist von Manfred Stolpe. Die Amtskollegen Biedenkopf und Diepgen sind als Wessis über jeden Verdacht erhaben. Gies, Duchac und Gomolka stolperten noch vor dem Bergfest ihrer Regierungszeit über verschiedene Steine. Während über die Stolpersteine in Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgiebig berichtet wurde, bleibt der in Mecklenburg-Vorpommern weiter unter Verschluss. Warum soll eigentlich der Regierungschef und Bundesratspräsident abgelöst werden, hatte die Opposition im Schweriner Landtag vor der entscheidenden Abstimmung gefragt. Doch die den Sturz betreibenden christlichen und freien Demokraten verweigerten jegliche Auskunft. Bleiben nur Spekulationen. Wurde Alfred Gomolka Opfer persönlicher Intrigen? Hatte er sich in Bonn zu stark gemacht für die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns? War er gescheitert an den wirtschaftlichen Problemen?

Doch zurück zum Überlebenskünstler Stolpe. Offenbar in Ermangelung einer konstruktiven Kritik ergreifen sich die meisten Kritiker in Anschuldigungen, die in ferner Vergangenheit wurzeln. Dabei gibt es Anlaß zur Unzufriedenheit mit der brandenburgischen Landesregierung mehr als genug. Denken wir nur an die sich immer stärker ausbreitende Kriminalität, die Gewalttätigkeiten, die fremdenfeindlichen Übergriffe. Die für das Ressort Jugend und Erziehung zuständige Ministerin Marianne Birkthler (Bündnis 90) machte dafür vor allem ihre Vorgängerin Margot verantwortlich. Daß solche Schutzbehauptungen nicht lange abgekauft werden, muß sie wohl bald begreifen haben. Auf der Suche nach einem eleganten Absprung, bei dem man das Gesicht wahren kann, kam ihr offensichtlich die Rufmordkampagne gegen Stolpe gerade recht. Mit solch einem Ministerpräsidenten könne sie nicht mehr zusammenarbeiten, erklärte sie.

Nicht der Birkthler-Rücktritt, sondern die unterschiedliche Haltung zur künftigen Wahl der Bürgermeister im Lande Brandenburg belastet die Koalition. Noch ist ein Kompromiß in der Frage der Direktwahl oder Nominierung von der parlamentarischen Vertretung nicht in Sicht. Ähnlich problematisch ist die Kreisgebietsreform, wie sie überhastet vom grünen Tisch in Potsdam angegangen wird. Bezeichnend ist die bisherige Ablehnung, darüber die politischen Kräfte und die Bevölkerung selbst entscheiden zu lassen.

Auch die Wirtschaft, der Wohnungsbau, die Landwirtschaft sind keine Ruhmesblätter erfolgreicher Regierungspolitik in Brandenburg. Vielfach suchen die Potsdamer die Schuld für die hohe Arbeitslosenquote beispielsweise in Bonn. Daß eine Arbeitsministerin wie Regine Hildebrandt, die in Brandenburg wegen ihres energischen Auftretens oft Mutter Courage genannt wird, alle Register ihres Könnens zieht, um die Lage erträglicher zu gestalten, steht außer Zweifel. Klar ist aber auch, daß die Situation zur Halbzeit der Regierungssperiode weder in Brandenburg noch in Berlin oder den anderen vier ostdeutschen Ländern zufriedenstellend ist.

Da ergibt sich die Frage: Sitzt der Sündenbock in Bonn? Wäre mit einem besseren Konzept die Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, könnte man mit anderer Politik die Wohnungsnot, Kriminalität, die Ausländerfeindlichkeit entscheidend zurückdrängen? Oder sind diese Gebrechen systembedingt und können nur geringfügig innerhalb dieser Gesellschaft beeinflusst werden?

Offenbar versteht Stolpe mit seinem Kabinett noch am besten, das Dilemma in Grenzen zu halten. Die Wähler in Brandenburg wissen das zu schätzen. Immerhin würden ihn nach zweijähriger Amtszeit 83 Prozent der Brandenburger wieder in das höchste Staatsamt ihres Bundeslandes wählen. Stolpes politischer Gegenspieler, der aus dem Westen importierte CDU-Landesvorsitzende Fink, steht dagegen nur mit 5 Prozent in der Wählergunst. Es ist anzunehmen, daß Stolpe und die Potsdamer Ampelkoalition die Treffsicherheit des Sprichwortes beweisen: Totgesagte leben am längsten. — (micros)

Hearing gegen Berufsverbote

Mit folgendem, aus Platzgründen gekürzten Aufruf wirbt die „Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote“ für die Teilnahme an einem internationalen Hearing mit dem Titel „Die Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“ am 16./17.193 in Berlin. Anmeldungen/Anfragen können an folgende Adresse gerichtet werden: Oberwasserstraße 12, O-1080 Berlin. — (har)

„Die ausländerfeindlichen und rassistischen Ausschreitungen der letzten Wochen und Monate, Maastricht und das Verhalten Deutschlands zum jugoslawischen Bürgerkrieg haben viele Fragen lassen, welchen Weg die deutsche Politik gehen wird.“

Die Befürchtungen nehmen zu, daß der Anschlußkurs gegenüber der DDR das Modell für den europäischen Einigungsprozeß darstellt.

Vor dem Hintergrund zunehmender Massenarbeitslosigkeit, der Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes, der Abwicklung von Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaft, Bildung,

Kultur und der Kinderbetreuung gibt es massenhafte politisch motivierte Entlassungen von Pädagogen, Medizinern, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Verwaltungsangestellten. Die Berufsverbote in Deutschland, als ein einmaliges System der Ausgrenzung aus politischen Gründen im öffentlichen Dienst gegen linke Minderheiten, widersprechen dem in Europa in Gang gekommenen Trend, die in der KSZE erarbeiteten, ungeteilten und einheitlichen Menschenrechtsprinzipien als einen grundlegenden Baustein der internationalen Beziehungen zu verwirklichen.

Bei dem besonderen und gewachsenen politisch-ökonomischen und militärischen Gewicht des vereinten Deutschland in Europa wird der Vereinigungsprozeß international besonders kritisch beobachtet ... die Bundesregierung setzt ihre Berufsverbotepolitik in einigen Bereichen fort und dehnt sie vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in neuen sozialen Dimensionen aus. Es gilt, in einer breiten und ausländischen Öffentlichkeit Fragen zu stellen, zu diskutieren und Vorschläge zu

erarbeiten:

— Welcher völkerrechtliche Standard ist in Europa durch die KSZE, die Charta von Paris und die internationale Verbürgung von Menschenrechten und Grundfreiheiten erreicht?

— Verhindern Berufsverbote in der BRD die Freizügigkeit im gemeinsamen Arbeitsmarkt der EG? Behindert die spezifische Treuepflicht des deutschen Berufsbeamtentums einen demokratischen öffentlichen Dienst in Europa?

— In welchem Zusammenhang steht der massenhafte Prozeß der Ausgrenzung und Diskriminierung im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland mit den traditionellen Berufsverböten in der Alt-BRD? Wie steht es um die Rehabilitierung der Opfer von Berufsverboten in beiden deutschen Staaten?

— Begünstigt die administrative Verfolgung von Linken durch Berufsverbote und Ausgrenzungen die Zunahme von Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit? Behindert das die politische und weltanschauliche Pluralität bei der Herausbildung eines multikulturellen, demokratischen Europas?

Termine

5./6.12.92. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin: „Solidarität gegen Sozialabbau und soziale Kälte — für eine gesellschaftspolitische Wende“.

2.1. bis 4.1.93. Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Geplant sind wiederum drei Kurse:

— ein Kant-Kursus. Thema ist die Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des staatlichen Gewaltmonopols
— ein Kursus zum „Solidarpakt“. Thema sind Arbeitssituation, Tarifrage u.ä.
— ein Geschichtskursus. Das Jahr 1948 — Weichenstellung für die Spaltung Europas.

Anreise am 1.1., Abreise am 5.1.93. Anmeldungen, Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Tel. Gera 623 26 10; C. Schneider, GNN-Hamburg, Güntherstr. 6a, Tel. 040-2204278

11.12. bis 13.12. Fortsetzung des 2. Gewerkschaftstages der IG Medien.

16./17.1.93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. TO u.a.: Programmatische und organisatorische Erneuerung.

16./17.1.93. Internationales Hearing: Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa. Veranstalter: Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, Oberwasserstr. 12, O-1090 Berlin; Initiative „Weg mit den Berufsverboten“; Arbeitsausschuß Hamburg; Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde; PDS/Linke Liste Bundestagsgruppe und Landtagsfraktionen. Nähere Informationen: Telefon 030/3977-3339 oder -3524, Fax 030/3945439. Ort: Berlin, Congress-Center, Märkisches Ufer 44.

30./31.1.93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Er soll über das Programm der PDS beraten und entscheiden.

30.1. Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP vor dem Düsseldorfer Industrieclub, wo sich 1932 Vertreter von Industrie und Banken mit Hitler trafen. Ab 11 Uhr, Treffpunkt: Thyssen-Haus (Gustav-Grundgens-Platz)

13./14.3.93 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21.3.93 Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

Kritik und Widerstand — Nachrichten aus Betrieben und Gewerkschaftsbewegung Unterstützt das neue Nachrichtenheft!

Zum Jahresanfang 1993 bringen die Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, die Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, der Herausgeberkreis der Nachrichten Chemische Industrie, die Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe und der Arbeitskreis öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik ein neues, gemeinsames Nachrichtenheft heraus. Es dient der Berichterstattung und Diskussion über den Kampf gegen Konzerne und staatliche Dienstherren und gegen reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es soll eine Diskussion auf der Ebene der jeweiligen Branchen ermöglichen, aber auch eine Erörterung der Fragen, die für alle wichtig sind. Außerdem soll über den betrieblichen Widerstand berichtet werden.

Das neue Nachrichtenheft tritt an die Stelle der *Nachrichten Stahl- und Metallindustrie*, der *Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien* und der *DND des Arbeitskreises öffentlicher Dienst*. Über die *Nachrichten Chemische Industrie* wird deren Herausgeberkreis im

Individuelle Interessen und kollektiver Tarif

17. Gewerkschaftstag der IG Metall

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbrüche erschüttern auch die Gewerkschaften. Die herkömmliche gewerkschaftliche Politik reicht vielfach nicht mehr aus — weder für die Durchsetzung der traditionellen gewerkschaftlichen Anliegen noch für neue Probleme. In der IG Metall wie in anderen Gewerkschaften wird deshalb seit Jahren über künftige Gewerkschaftspolitik, und das heißt vor allem künftige Tarifpolitik, diskutiert. Auf dem 17. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober in Hamburg sind Ergebnisse dieser *Zukunftsdiskussion* in die Beschluslage eingeflossen.

Das Tarifsystem verteidigen

Der Gewerkschaftstag stellte fest, daß die Arbeitgeberverbände unter dem Motto „Wende in der Tarifpolitik“ das Tarifsystem selber angreifen: „Diese Wende zielt darauf, das Niveau der Einkommen aus abhängiger Erwerbsarbeit zu senken, die Wirksamkeit und den Geltungsbereich von Tarifverträgen einzugrenzen und auszuhöhlen (Deregulierung) und anstelle verbindlicher tariflicher Regelungen immer mehr unverbindliche Empfehlungen der Tarifvertragsparteien zu setzen.“ (Entschließung E 3)

Die Bundesregierung flankiert diese Bestrebungen mit der Forderung nach Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, die eine untertarifliche Bezahlung im Osten zulassen. Der Bundeswirtschaftsminister hat den laufenden Gewerkschaftstag mit der Forderung nach Öffnungsklauseln auch im Westen brüskiert. Er hat ein Öffnungsklauselgesetz angedroht, wenn die IG Metall nicht vorausseilend gehorche. Gewerkschaftsdelegierte aus dem Osten haben geschillert, wie die Bundesregierung dabei an massenhaftem praktischen Tarifbruch anknüpfen kann. Eine Delegierte aus Suhl (Thüringen) sagte: „Für nur noch 20% unserer Mitglieder findet der Tarifvertrag Anwendung.“ Unternehmen scheren aus dem Verband aus und zahlen trotz rechtlicher Nachwirkung der Tarifverträge untertariflich.

Der Gewerkschaftstag hat festgestellt, daß das Tarifsystem in Form verbindlicher Mindestbedingungen verteidigt werden soll. Eine Öffnung der Tarifverträge für untertarifliche Bezahlung im Osten und eine Verschiebung der Tariflohnangleichung soll es nicht geben.

Ein Gesetz über Öffnungsklauseln wäre für Franz Steinkühler ein Verfassungsbruch, der nach der Gewerkschaftssatzung zum Streik verpflichtet und das Widerstandsrecht des Grundge-

setzes auslöst: „Das geplante und angekündigte Gesetz geht an die Substanz gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsmacht. Hier soll die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften strategisch gebrochen werden. Wir halten dies für Verfassungsbruch. Unsere Satzung schreibt uns vor, die Verfassung zu schützen. Den Herren in Bonn sei gesagt: Wir werden unsere Satzung einhalten.“ (Starker Beifall)

Und wer nicht weiß, was gemeint ist, dem rate ich, einen Blick auf den Paragraph 2 unserer Satzung zu werfen. (Beifall)

In der Entschließung 3 zur Tarifpolitik

halb der Betriebe. Immer mehr Menschen orientieren sich nicht mehr an den alten Idealen und Grundsätzen. Werte wie Lebensqualität und Ökologie gewinnen einen höheren Stellenwert. Zugleich wachsen unsoziales Verhalten und gesellschaftlicher Egoismus...“

Die Entschließung 1 zur allgemeinen Gewerkschaftspolitik beschreibt, wie die (positiv gewertete) Differenzierung und Individualisierung mit einem kollektiven tariflichen Rahmen verbunden werden soll: „Aber individuelle Freiheiten bedürfen solidarischer Voraussetzungen, institutioneller Sicherungen in Form kollektivvertraglicher Regelungen.“



770 Delegierte, ein Drittel davon aus den neuen Bundesländern, berieten 748 Anträge, 19 Ergänzungsanträge zu den Entschließungen des Vorstands und fünf Initiativanträge.

ist festgehalten, daß die IG Metall den persönlichen Geltungsbereich von Tarifverträgen nach oben und nach unten erweitern will: „Die Geltung von Tarifverträgen soll erweitert werden, z.B. für außertarifliche Angestellte, für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sowie für Leiharbeiter und -arbeitnehmerinnen.“ Der letzte Punkt, Tarifverträge für Leiharbeiter bei Aufrechterhaltung der Forderung nach gesetzlichem Verbot der Leiharbeit, ist eine notwendige Änderung der bisherigen Haltung. Die bisherige Verweigerung der Tarifierung hat die Ausdehnung der Leiharbeit nicht aufhalten können.

Individuelle Interessen und kollektiver Tarifrahmen

An vielen Stellen geben die Entschließungen des Gewerkschaftstags den Diskussionsstand zu neuen gesellschaftlichen Entwicklungen („Zukunftsdiskussion“) wieder und formulieren tarifpolitische Konsequenzen. Allgemein wird eine zunehmende Differenzierung der Lebenslagen festgestellt, z.B. in der Entschließung 2 zur Organisationspolitik der IG Metall: „Neue Technologien, Produktionsformen und Arbeits- und Fabrikorganisationen mit enormer Produktivität entstehen, verbunden mit neuen Führungskonzeptionen. Diese Entwicklung hat bereits zu differenzierten Bedingungen und Interessenlagen bei den Beschäftigten geführt... Besonders im Westen gibt es im Gegensatz zu früher eine Vielfalt an Lebensentwürfen und Lebensstilen, innerhalb und außer-

gen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Sicherheit des Einkommens, die sozialen Leistungssysteme — dies sind Fundamente, auf denen sich individuelle Lebensentscheidungen begründen lassen.“

Die Freiheit ist immer auch die Freiheit des anderen. Indem wir dazu beitragen, daß ein soziales Fundament für die Gestaltung von Freiheitsräumen vorhanden ist, wollen wir auch verhindern, daß Konkurrenz- und Leistungsideologien das Zusammenleben der Menschen prägen. ... Freiheit heißt auch, an unserer Tradition des geregelten Arbeitsverhältnisses festzuhalten. Den Zugriff auf Leben und Leistungsvermögen der Menschen zu begrenzen und eine „Rund-um-die-Uhr-Nutzung“ der menschlichen Arbeitskraft zu verhindern.“

Zu den tarifpolitischen Konsequenzen erklärte Franz Steinkühler in seinem Grundsatzreferat: „Es reicht immer weniger aus, nur Mindestbedingungen für die Arbeit zu formulieren. Es reicht nicht aus, nur Schutzvorschriften durchzusetzen und nur nein zu unerwünschten Entwicklungen zu sagen. Es wird immer dringlicher, daß wir wirtschaftliche, soziale und ökologische Gestaltungsziele in den Unternehmen formulieren und sie auch durchzusetzen versuchen. (Beifall)“. Oder auch: „Wir akzeptieren kein Geschäft nach dem alten Muster: Wir bezahlen Euch. Was wir mit Eurer Arbeitskraft machen, ob wir Eure Gesundheit verschleien, Euren Mitbestimmungsanspruch ignorieren, Eure Kreativität lähmen und Eure Phantasie erdrücken, das, bitte schön, geht Euch

nichts an. Die Zeiten sind vorbei! (Lebhafter Beifall)“

Die tarifpolitische Entschließung begründet daher einerseits eine Politik für tarifliche Mindestbedingungen: So beim Einkommen (abhängig vom sozialen Bedarf der Beschäftigten, von der Qualifikation der Arbeitskraft und den Anforderungen und Ergebnissen der geleisteten Arbeit — nicht abhängig vom Unternehmensertrag) oder bei der Arbeitszeit (z.B. Einschränkung der Schichtarbeit, Fortführung der Kampagne gegen Nachtarbeit). Sie stellt jetzt aber eine Reihe qualitativer Forderungen daneben: Beteiligungs- und Reklamationsrechte zur Gestaltung von Arbeits- und Leistungsbedingungen, Mindestarbeitsinhalte und Verringerung der Arbeitsleistung, tarifliche Regelungen für neue Formen von Arbeitsorganisation wie Gruppen- oder Projektarbeit, Recht auf Weiterbildung, tarifliche Rechte zur Einflußnahme auf die technische Gestaltung der Arbeitsprozesse sowie auf die gesundheitlichen und auf die ökologischen Aspekte von Produktionsprozessen und Produkten.

Ansatzpunkte solidarischer Einkommenspolitik

Im Unterschied zum Gewerkschaftstag 1989 lehnten die Delegierten mit etwa Zweidrittelmehrheit einen Ergänzungsantrag ab, an überproportionalen Tarifierhöhungen für die unteren Lohngruppen festzuhalten bzw. in einem künftigen Entgelttarifvertrag den prozentualen Abstand zwischen den Tarifgruppen zu verringern. Damit scheint die viele Jahre lang verfolgte Strategie, das Einkommensgefüge vor allem über Forderungen zugunsten der unteren Lohngruppen zu korrigieren, an einem Endpunkt angelangt.

Hinter den Gegenstimmen dürften unterschiedliche Motive mit unterschiedlichen Konsequenzen stehen. Eine beschlußmäßige Abkehr von einer solidarischen Lohnpolitik muß man darin nicht sehen. Schließlich haben auch die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß die Einkommenssituation von weit mehr Beschäftigten (und Nicht-Beschäftigten-Gruppen) prekär geworden ist, als mit Forderungen zugunsten der unteren Lohngruppen erreicht werden können. Die Beschluslage des Gewerkschaftstags enthält durchaus eine Reihe von Elementen, die für eine solidarische Einkommenspolitik wichtig werden können:

— die Ausdehnung der Tarifverträge auf unstete und schlecht bezahlte Beschäftigtengruppen in Heimarbeit und Leiharbeit,

— neue gemeinsame Entgelttarifverträge mit neuen Entgeltstrukturen (gegen „Benachteiligungen, z.B. für Frauen, für Facharbeiter und bestimmte Gruppen von Angestellten“, E 3),

— schließlich der Beschluß, daß die IG Metall Vorschläge einer *bedarfsorientierten Grundsicherung* anstelle der heutigen unzureichenden Sozialhilfe unterstützen; Vorschläge, wie sie von den Wohlfahrtsverbänden gemacht worden sind.

Damit beschränkt sich die IG Metall nicht mehr nur auf die in den eigenen Reihen organisierten beschäftigten Personen. Für eine Einkommenspolitik, die ausreichende Mindesteinkommen *für alle* zum Ziel hat, könnte das eine wichtige Weichenstellung werden.

Streitpunkt Solidarpakt

Die Diskussion hierzu war kontrovers. Delegierte vertraten, daß es mit einer Regierung, die die Gewerkschaften angreift, keinen „Solidarpakt“ geben könne. Steinkühler dagegen propagierte, daß es die Menschen im Osten seien, die einen Solidarpakt zugunsten privater und öffentlicher Investitionen bei solidarischer Finanzierung bräuchten. Als Voraussetzung eines Solidarpakts müßten aber Karenztage und Tariföffnungsklauseln vom Tisch sein. „Wir sind bereit, unseren Beitrag zu bringen. Wir wollen einen Solidarpakt.“ (Steinkühler) Aber an was für einen „Beitrag“ der Gewerkschaft denkt Franz Steinkühler? Die Erfinder des „Solidarpakts“ in der Bundesregierung jedenfalls haben vor allem einen im Auge: Lohnsenkung. — (rok)

Linke Winterschule 1993 2.-4. 1. in Schnepfenthal

Die Arbeitsgemeinschaft *Konkrete Demokratie und soziale Befreiung*, an der sich die Landesverbände Bayern und Thüringen der PDS sowie eine Reihe anderer linker Organisationen vor allem aus Bayern beteiligen, lädt ein, vom 2. bis 4. Januar 1993 in Fortsetzung der Linken Sommerschule 1992 eine Linke Winterschule durchzuführen, und zwar wiederum in Schnepfenthal (Thüringen) bei Gotha.

Der Winterkurs wird wieder in drei Arbeitsgruppen gegliedert sein. Die Themen wurden aus den Arbeitsgruppen der Sommerschule vorgeschlagen; doch setzt die Teilnahme im Januar die Beteiligung an der Sommerschule nicht voraus. Jeder kann sich ohne weitere Voraussetzung beteiligen.

Der Rahmenplan setzt den Beginn am Samstag, 2. Januar, morgens, die Anreise im Laufe des 1. Januars ist also unbedingt ratsam, und den Abschluß am Abend des 4. 1., so daß die Abreise für Dienstag, den 5. 1., ins Auge gefaßt ist. Für die Durchführung der Kurse stehen damit drei volle Arbeitstage zur Verfügung.

Ort der Schule: Hotel Hermannstein, O-6801 Schnepfenthal, Telefon (Vorwahl Waltershausen)/2917. Unterbringung in Zwei- oder Dreibettzimmern, Übernachtung: 18,00 DM, Vollpension: 27,00 DM. In gewissem Umfang können Familienangehörige mitkommen. Leider ist es aus Kräftegründen nicht möglich, eine Kinderbetreuung zu organisieren.

Anmeldungen möglichst bald erwünscht bei den Kontaktadressen. Ebenfalls können dort Vorschläge und Wünsche für die Gestaltung der Kurse eingereicht werden. Erforderliche Materialien wird es erst in den Arbeitsgruppen selbst geben. — (scc)

Kontaktadressen: (bitte Stichwort Winterschule angeben):

— PDS-Landesvorstand Thüringen (Eislebener Str. 1, O-5000 Erfurt, Tel.: (Vorwahl Erfurt)/5732513 oder -2520

— Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Fraktion LL/PDS, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Tel.: 0365/6232513

— Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, O-6502 Gera-Lusan, Tel.: 0365/6232605

— GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278

Kurzbeschreibung der Kurse

1. Auseinandersetzung mit Kant

Die Auseinandersetzung mit der Philosophie Kants kann sich nicht ersparen, wer die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem politischen Denken der deutschen Sozialdemokratie einsieht. Das Werk Kants ist sehr umfangreich, und die einzelnen Texte sind keineswegs leicht zugänglich. Auswahl und Lektüre stellen Leute ohne spezielle Vorbildung vor einzeln kaum zu lösende Probleme.

Wegen der Auswahl unter unserer Fragestellung geeigneter Texte haben wir uns umgehört und die unten ausgeführten Empfehlungen bekommen.

Für die Teilnahme ist eine besondere Vorbildung nicht erforderlich. Im Verfahren der erläuternden Lektüre können auch ziemlich schwierige Texte erarbeitet werden.

— I. Kant, Der Streit der Fakultäten. 2. Abschnitt. Der Streit der philosophischen Fakultät mit der juristischen.

— I. Kant, Metaphysik der Sitten. Rechtslehre. §§ 43, 44, 45, 46, 47

— I. Kant, Kritik der Urteilskraft, Kritik der teleologischen Urteilskraft, Freiheit, § 91

— I. Kant, Zum ewigen Frieden (Wer gegen Unkostenersatzung Fotokopien der ersten drei Texte wünscht, melde dies bitte bei der Anmeldung beim GNN-Verlag mit an; der vierte Text ist preisgünstiger als Reclam-Text zu bekommen.)

(maf)

2. Wirtschaft und Soziales

1. Tag — Verhältnis von Produktivität und Lohn

Erster Komplex: Abgeleitet aus der aktuellen Beschäftigungssituation geht es

um unser Verständnis a) zum Verhältnis von Produktivität und Lohn, b) zur sozialen Grundsicherung.

Zweiter Komplex: Das Verhältnis von Produktivität und Lohn in der bürgerlichen Statistik. Folgende Fragen sollen beantwortet werden: Sind die betriebswirtschaftlichen Betrachtungen des Kapitals richtig? Wie werden die Kennziffern berechnet; wie bewerten wir die bürgerliche Statistik?

Dritter Komplex: Konsequenzen für den Kampf von Gewerkschaften und Betriebsräten in den Lohnauseinandersetzungen.

2. Tag — Wirtschaft und Soziales in den Parteiprogrammen

Erster Komplex: Parteiprogramme (CDU/CSU, SPD, FDP) und Gewerkschaftsprogramme (DGB, IGM) West.

Zweiter Komplex: In Analogie die Partei- bzw. Gewerkschaftsprogramme Ost bzw. Thüringen.

Ziel: Überprüfung der Programme nach Anspruch und Wirklichkeit sowie Darstellung von Erfahrungen und Standpunkten dazu. Vermittlung von Kenntnissen ihrer inhaltlichen Entwicklung.

3. Tag — Ableitung von Konsequenzen für PDS-Wahlprogramme im Rahmen der Landtagswahlen

Dieses Konzept bietet Raum für eine halbtägige Kultur/Sport-Veranstaltung Nachfragen und Beiträge zur inhaltlichen Gestaltung über Wahlkreisbüro Gera, siehe unter Kontaktadressen.

(M. Gerstenberger, W. Neudert)

3. Geschichte: Das Jahr 1948

In Fortsetzung des Themas „1945 — eine verpaßte Chance?“ aus der Sommerschule 1992 soll das Thema *Das Jahr 1948* bearbeitet werden.

Im Jahr 1948 erreicht der Kalte Krieg einen ersten gefährlichen Höhepunkt, zerbricht endgültig die Anti-Hitler-Koalition, nicht nur zwischen den Großmächten, sondern auch zwischen der Sowjetunion und den ost- und südosteuropäischen Ländern, die mit Hilfe politischer Prozesse und militärischer Bündnisse in das „sozialistische Weltsystem“ integriert werden. Sowohl in den zwischenstaatlichen Beziehungen wie in den politischen Verhältnissen der Länder der nun entstehenden „Volksdemokratie“ schlägt Bündnispolitik in offene Hegeemonie um (Beispiel der „Prager Februar-Revolution“). In den Beziehungen der „kommunistischen und Arbeiterparteien“, wie sie zwischen 1946 und 1948 in Ost- und Südosteuropa entstanden waren, tritt mit dem KOMINFORM und seinen tiefgreifenden Beschlüssen 1948 die sowjetische Hegemonisierung aus der KOMINTERN wieder in den Vordergrund. Nach dem Marshall-Plan mit seiner ökonomischen US-amerikanischen Hegemonie werden die Vorgänge in Prag zu einer großangelegten Offensive gegen die Positionen der kommunistischen Parteien in den politischen Systemen West- und Südeuropas und damit zu einer antikommunistischen Paralyse der bürgerlichen Demokratie genutzt. In Deutschland wird offen Kurs auf die Spaltung und Integration der beiden Teile in die beiden entstehenden Supermachtsysteme genommen. Es entsteht jene Welt, in der wir groß geworden sind, die unsere Haltungen und Weltbilder geformt hat. Die beiden Großmächte beginnen den „imaginären Krieg“, in dem sie nach den Gedanken der US-amerikanischen Politologin Mary Kaldor ihren Krieg gegeneinander entwickeln als Mittel zur Konfliktlösung und Stabilisierung im Innern wie auch innerhalb ihrer Macht- und Einflußsphären.

Sicher sollten im Zentrum die Ereignisse in Deutschland stehen. Aber offenbar waren sie nur ein phasenverschobener Teil umfassender Auseinandersetzungen.

Angeht die Komplexität der Probleme, der kaum überschaubaren Materialfülle, die in Ost und West nur gleichermaßen filtrierte „dokumentiert“ worden ist, wird der fragmentarische Charakter dessen, was in vier Arbeitstagen zu bewältigen ist, unvermeidbar. InteressentInnen werden daher dringend gebeten, mit ihrer Anmeldung ein bis zwei konkrete Gegenstände zu benennen, an denen sie besonders interessiert sind, und auch mögliche Literaturhinweise zu geben.

(Dieter Strützel)

Nachruf auf unseren Freund und Genossen Hüseyin Celebi

Im Oktober ist unser Freund und Genosse Hüseyin Celebi bei den von Talabani/Barzani und der Türkischen Republik angezettelten Gefechten zwischen KDP und ARGK an der Heftanin-Front in Südkurdistan ums Leben gekommen.

Ca. 150 Menschen starben im Oktober und November bei den Angriffen derer, die sich nicht scheuen, Menschen aus den eigenen Reihen hinrichten zu lassen, weil diese es als politisch und menschlich unsinnig ansehen, Kurdinnen und Kurden aus anderen Teilen Kurdistans zu bekämpfen. Glauben Talabani und Barzani, Kurdistan gründen zu können, indem sie damit beginnen, Kurdinnen und Kurden aus anderen Teilen Kurdistans zu bekämpfen? Oder geht es ihnen nur um die Aufrechterhaltung der Feudalherrschaft ihres Clans? Beide Motivationen haben etwas Niederträchtiges, weil dieser Krieg mit Hilfe der Henker der Kurdinnen und Kurden gemacht wurde/wird, vor denen Barzani und Talabani keine Verbeugung zu unwürdig ist. Dieses Bündnis zwischen der Türkischen Republik und Barzani bzw. Talabani ist nicht nur ein Zweckbündnis, sondern eine Allianz zwischen Dienern und Folterern, die sich nie gescheut haben, auch Dörfer im irakischen Teil Kurdistans zu bombardieren. Die Türkische Republik will machthungrig, ideologisch verblindet, ein Großreich aufbauen. Bei blutigen Repressionen im Innern des Landes und bei Völkermordzügen gegen Kurdinnen und Kurden nimmt die Türkische Republik die Hilfe Deutschlands in Anspruch.

Hüseyin Celebi hat lange in diesem Deutschland gelebt, das mit der Ausbildung von Todesschwadronen, der Lieferung von Massenvernichtungswaffen u.a. die Türkische Republik rückhaltlos moralisch, politisch und militärisch unterstützt.

In seinem kurzen, aber intensiven Leben blieb es ihm nicht erspart, in Deutschland mit 18 Jahren als jüngster „Terrorist“ mit vielen anderen, die zum Großteil schon schwersten Folterungen in türkischen Gefängnissen ausgesetzt waren, auf die unwürdigste Art eingesperrt zu werden. Wir können uns noch lebhaft daran erinnern, wie humorvoll Hüseyin seine Festnahme erzählte, wie eine unglaubliche polizeiliche und politische Maschinerie in Gang gesetzt wurde, um Kurdinnen und Kurden, Türkinen und Türken, die hierher gekommen waren, um das an die Weltöffentlichkeit zu bringen, was in ihrem Land geschieht, wie gewaltige Naturkatastrophen in Schach zu halten.

Und dies alles auf eine Art, die nur auf dem Hintergrund deutscher Geschichte verständlich ist. Das alles, um später groteskerweise das Verfahren gegen viele von ihnen wegen Geringfügigkeit einzustellen, um sie wie eine Lästigkeit auf bequeme Art in die Ecke scharren zu können.

Hüseyin war neugierig und offen, so offen und humorvoll, daß es für viele erstaunlich sein mußte, wie ein Mensch, dem so viel zugefügt wurde, in allen Vorkommnissen die komische und groteske Seite sehen konnte, selbst wenn diese ihn in aller Härte selbst bestraften. Das heißt nicht, daß er nicht in seinem Inneren verwundet war. Er hat auch Schweres erlebt, indem er unter den ständigen Beobachtungen litt, der Schnüffelei starrer, beschädigter Behörden in private Unterlagen, dem Rassismus von Behörden, Richtern, Staatsanwälten, Polizei und Medien. Als er nicht mehr im Gefängnis übernachtet mußte, konnte er zuerst kaum noch einen Schritt auf der Straße tun. Er stand vor offenen Türen und konnte nicht hindurch, weil er auf die Wächter zu warten schien, die ihm diese Türen öffneten. Er und andere Kurdinnen und Kurden, Türkinen und Türken sollten dazu benutzt werden, um im Verein mit der Türkischen Republik Kurden als Täter und wilde Bestien, die man in Käfige einsperren muß, hinzustellen. Sie wurden als Objekte für ein politisches Kalkül benutzt, das einem profitorientierten, verdinglichten Denken entspringt, in dessen Rahmen die Menschen einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterzogen werden. In einem solchen Denken wird von einem für gewisse Ziele notwendigen Völkermordvorhaben und dessen „technischen Details“ von Leuten, die in diesem System Politik betreiben, Effektivität und Durchsetzbarkeit kalku-

liert. (Entsprechende Dokumente werden in der bald erscheinenden Broschüre über Deutsch-Türkische Beziehungen zu lesen sein). Nicht anders kann man den Schauprozeß, die Hetze, Verleumdung und Verfolgung gegen Kurdinnen und Kurden sehen.

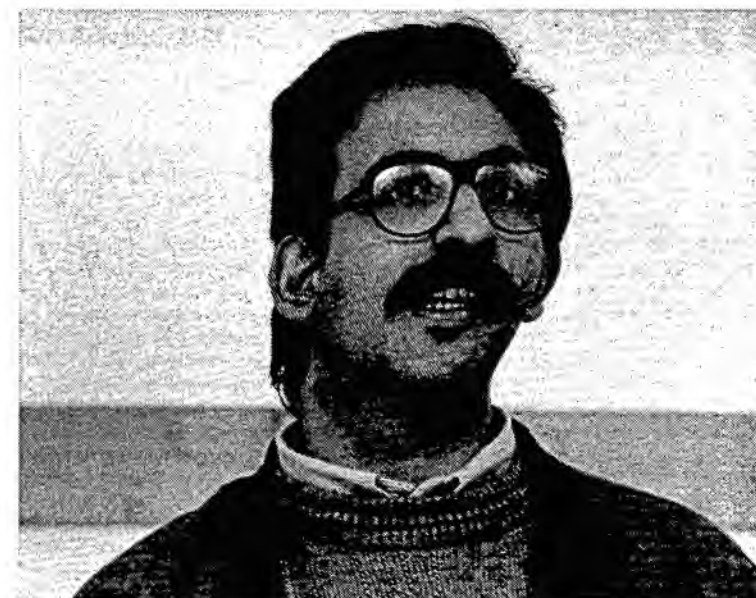
Hüseyins Offenheit hatte noch andere Seiten. Er machte nie einen Hehl daraus, was er politisch wollte, und lehnte jede Art von Konspiration als künstlich ab, lachte darüber. Mit derselben Leichtigkeit konnte er eigene Fehler, die er in seiner früh begonnenen politischen Laufbahn gemacht hatte, zugeben und sich darüber amüsieren. Mit 7 Jahren ging er mit seinem Vater und dessen

(die Kurden) sich in bester Gesellschaft.

Hüseyin konnte schelmisch sein, aber hinter diesem Schelm verbarg sich einer, der Träume, ein Stück politischer Utopie gewagt hat. Träume, die er ebenso gut verwerfen konnte, wenn sie sich als Illusion herausstellen sollten, zu deren Verwirklichung er aber sofort etwas tat, wenn er ihre Authentizität spüren konnte. Sein Tod ist ein großer Verlust für alle, die ihn kannten, für seine Eltern, die wir hoch schätzen.

Viele teilen ihren Schmerz oder erfahren vielleicht auch Hüseyins große Kraft als etwas, das in ihnen weiterlebt.

Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., Köln, den 27. 11. 1992



Hüseyin Celebi

Foto: af/mz

Freund in Hamburg auf die erste Kundendemo Deutschlands, die aus zwei Erwachsenen und einem Kind bestand, um gegen die Großoffensive Iraks gegen Barzani zu protestieren. Es liegt eine gewisse Tragik und eine seltsame Koinzidenz darin, daß Hüseyin als Kind Bilder von Barzani an den Wänden hängen hatte und gestern durch den Barzaniclan hingerückt ermordet wurde.

Hüseyin beschränkte sich in seiner späteren politischen Arbeit keineswegs auf Kurdistan. Ihn interessierte auch, was hier in Deutschland vorging, die internationalen Zusammenhänge, die ihm das Verständnis für das ermöglichten, was in seinem Land passierte.

Hüseyin war ein Bücherwurm, aber auch ein äußerst aktiver Mensch nach außen hin. Mit Ausdauer und einer unermüdbaren Hoffnung tat er jeden Tag etwas, um Bewegung in die Geschichte seines Volkes zu bringen, Bewegung in dieses starre Deutschland. Er war ein geschickter Diplomat mit intellektuellem Wissen, aber durch seine Intellektualität nie abgetrennt vom Leben der Kurdinnen und Kurden in den Bergen, dem Kampf in Kurdistan, den kurdischen Arbeitern in Deutschland.

Hüseyin war ein tiefer Mensch, an dem jede(r) andere Seiten entdecken konnte. Er konnte ausgelassen sein, wie es heute leider meist nur noch Kinder können. Manchmal schaute seine Jugend hervor, blitzte auf hinter seinem Ernst, der Trauer, dem politischen Versierten, dem früh Gewordenen.

Hüseyin hatte keine Bitterkeit, keine primitiven Rachegelüste, die ihm den Blick verstellten, seine Großzügigkeit einschränkten oder ihm seinen Humor hätten nehmen können.

So verabscheuungswürdig ihm das vorkommen mußte, was hier mit ihm geschah, er antwortete immer mit Humor und Phantasie. Als er schon in Kurdistan war, weil er hier erstickte, keine Lust mehr hatte, dieses groteske, von Deutschland und der Türkischen Republik inszenierte Prozessspiel zu Ende zu spielen — das Verfahren sollte schon eingestellt werden, aber man traktierte ihn weiterhin, wie übrigens auch seinen Vater — antwortete er lachend, spöttisch in die Kamera blickend, auf einen Journalisten, der schon wieder das hier beliebteste und schon lächerliche Schlagwort der deutschen psychologischen Kriegsführung aufgriff: auch Jesus Christus sei nach deutscher Definition ein Terrorist gewesen. So befanden wir

Zu den Gefallenen, die das kurdische Volk und seine Freunde nach der Abwehr der schweren Angriffe der KDP und der türkischen Armee betrauert, zählt auch Hüseyin Celebi. Er ist nach den Kämpfen an der Heftanin-Front in Nord-Kurdistan schweren Verwundungen erlegen.

Viele Menschen in der BRD, Kurden wie Westdeutsche, kannten Hüseyin aus seiner Arbeit für die kurdische Unabhängigkeit.

Hüseyin Celebi, der vielseitig ausgebildete Fähigkeiten hatte, war ein unabhängiger Mensch. Der Karriere, die ihm offengestanden hätte, zog er die Teilnahme an der Befreiungsbewegung ausgebauter und unterdrückter Menschen vor. Seine Bindung an die kurdische Befreiungsbewegung ging zusammen mit einem weiten Blick für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten internationalistischer Zusammenarbeit. So unterstützte er trotz seiner vielfältigen Verpflichtungen auch die Zusammenarbeit des Kurdistan-Komitees und der Politischen Berichte als deren Mitherausgeber.

Seine feste und rücksichtsvolle Art, Politik zu machen, hat ihm in der BRD die gehässigste Verfolgung durch die Staatsorgane eingetragen. Als Angeklagter im Düsseldorf-Kurdenprozeß war Hüseyin 24 Monate einer strengen Untersuchungshaft ausgesetzt, bis man das Verfahren gegen ihn wegen Geringfügigkeit einzustellen gezwungen war.

1991 ging Hüseyin nach Kurdistan, um an der kurdischen Emanzipationsbewegung, an der Grundlegung der neuen kurdischen Gesellschaft teilzunehmen. Er ging zu einer Zeit, in der die Kräfte der Reaktion ihre Brutalität immer weiter steigerten und dazu übergegangen waren, jede Regung von Unabhängigkeitsgeist durch Morde auszumerzen, in der die ARGK sich als eine Armee der Notwehr bewähren muß und bewährt.

Das kurdische Volk trauert um die Opfer des reaktionären Terrors. Es verlangt jedoch auch Respekt für die Entscheidung seiner Jugend, einem schlechten Leben unter wahllosem Terror den lebendigen Widerstand vorzuziehen.

Hüseyin Celebi hat trotz seiner Jugend vermocht, zwischen Menschen und Kulturen Verständnis zu säen. Wenn er auch so jung zu Tode kam, hat er doch gelebt.

Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte, Köln, 1. 12. 1992

Muß Weiß Schwarz befreien? Ein Film gegen die Apartheid

Afrika bei untergehender Sonne, singende Schwarze, ein kleiner weißer Junge vor Elefanten — zu Beginn des Kinofilms „Im Glanz der Sonne“ könnte man meinen, man sei in einen kitschigen Kolonialschinken über Freud und Leid von Weißen in Afrika geraten. Tatsächlich handelt der Film von den frühen Jahren der gewaltsamen Oktroyierung der Apartheid in Südafrika und dem Widerstand dagegen. „Im Glanz der Sonne“ spielt in Azania (Südafrika) zwischen 1930 und Ende der 40er Jahre.

Geschildert wird diese Entwicklung aus der Sicht eines weißen, englischen Jungen. Nachdem der Vater gestorben ist, zieht ihn seine liberale Mutter — Besitzerin einer Rinderfarm — zusammen mit einem gleichaltrigen schwarzen Jungen auf. Die Mutter wird schwermütig, der Junge muß ins Internat — und stößt hier als einziger Engländer auf eine Brut faschistischer Buren — Kinder, Jugendliche und Lehrer, die von der Wiederherstellung burischer Vorherrschaft träumen und durch den Vormarsch des Faschismus in Euro-

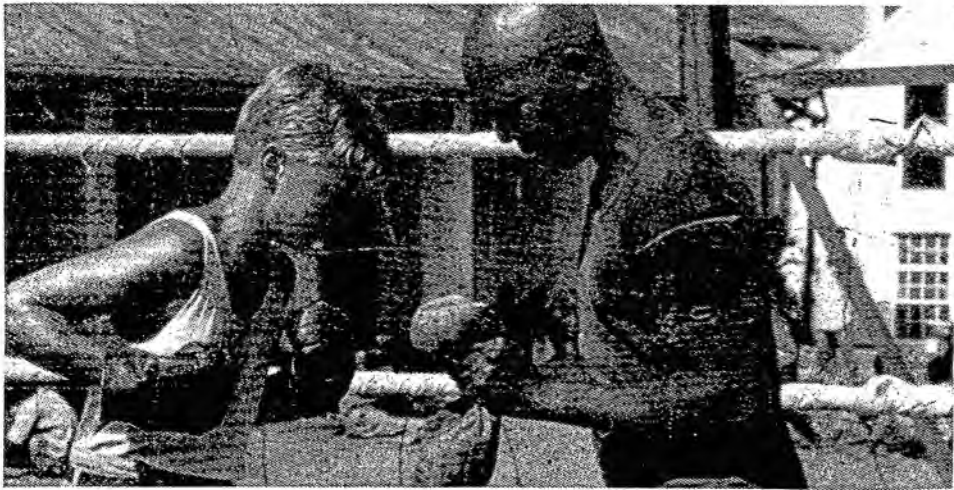
pa in ihren rassistischen Exzessen auch gegen Engländer immer grausamer werden. Älter geworden, kommt der Junge in die Obhut eines deutschen, onkelhaften Erziehers. Der wird bei Beginn des zweiten Weltkrieges in einem Gefängnis interniert. Bei den Besuchen bei dem Onkel lernt der weiße Junge viele schwarze Gefangene kennen. Er freundet sich mit einem alten Schwarzen an, der ihn im Boxen unterrichtet, und lernt die Sprache der Schwarzen. Irgendwie steigt er dabei zum (heimlichen) Schwarzenführer auf: Als die Gefängnisleitung bei Kriegsende den Deutschen entlassen muß, bittet sie ihn zum Abschied um ein Konzert. Der Onkel und der weiße Junge organisieren einen Chor aller Gefangenen, die die weißen Aufseher in ihrem Lied in ihrer — den Aufsehern angeblich unverständlichen — Sprache angreifen und verspotten.

Am Schluß wird's emphatisch: Der fast erwachsene Junge verliebt sich in die Tochter eines rassistischen Burenführers und verstößt mit ihr gemeinsam gegen die Apartheidgesetze, indem

er in z.B. Schwarzen unerlaubt Unterricht gibt. Bei einem Überfall weißer Polizisten wird die Tochter des rassistischen Burenführers von der Polizei erschlagen, bei einem Polizeieinsatz auf ein schwarzes Ghetto der junge Weiße fast erschossen.

Der Film kritisiert die Unmenschlichkeit des Apartheidregimes schroff. Umso ärgerlicher ist der völlig unbegründete Paternalismus, als seien die unterdrückten Schwarzen unfähig, sich ohne Hilfe der Weißen zu befreien. „Wir sind unsere eigenen Befreier“ heißt die Antwort der Befreiungsbewegungen in Afrika auf solche Theorien, die — während sie die Gleichberechtigung der Menschen propagieren — an der Legende von der Überlegenheit der weißen Rasse festhalten.

Ein Nebenaspekt des Films: Er macht neugierig auf die vielen Verbindungen zwischen dem Faschismus der 30er Jahre in Europa und dem Rassismus der Siedler in Südafrika und darauf, was von dieser reaktionären Allianz bis heute geblieben ist. — (rül)



Boxkampf-Training mit dem schwarzen Freund

Was hat „Kafka“ mit Kafka zu tun?

Der Schriftsteller Franz Kafka wurde 1883 in Prag geboren. Er arbeitete dort nach dem Jurastudium vierzehn Jahre lang als Beamter der „Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt“. Seine Erzählungen und Romane — am bekanntesten wahrscheinlich „Das Schloß“ und „Der Prozeß“ — schrieb er nachts nach der Arbeit.

Kafka starb im Alter von knapp einundvierzig Jahren an Tuberkulose.

Mit diesem Leben scheint sich der Film „Kafka“, gedreht von dem Regisseur Steven Soderbergh, zu befassen. Aber in Wirklichkeit benutzt er nur einige Tatsachen aus diesem Leben, hauptsächlich Kafkas Berufstätigkeit in der Versicherungsanstalt, die als Kampf gegen undurchsichtige Schikane und eine allgewaltige Behörde geschildert wird.

Die Schauergeschichte, die im Film aus diesem Milieu entwickelt wird, hat mit Kafkas Leben jedoch nichts zu tun. Ein Freund, der im selben Büro gearbeitet hat, verschwindet, wird umgebracht. Eine weitere Kollegin verschwindet. Kafka findet nach und nach heraus, daß die Verschwundenen zu einem anarchistischen Zirkel gehören. Sie laden ihn ein und versuchen ihn für ihre Ziele zu gewinnen, aber Kafka lehnt eine Zusammenarbeit ab. Er könne nur für sich allein schreiben. Ihren Verfolger

findet er schließlich auch nach einigen Szenen, in denen Leute durch ein menschliches Scheusal gemordet werden. Kafka stößt auf Dr. Murnau, einen früheren Arzt aus einem Bezirk mit auffällig vielen Arbeitsunfällen, der Experimente mit Menschen anstellt.

Der Zuschauer ist seinen Assoziationen ausgeliefert, denkt an Verbrechen der deutschen Faschisten, die Kafka nicht kennen konnte, dann wieder an die Bösewichter aus James-Bond-Filmen und fühlt sich am Ende hintergangen.

Weder ist ihm erklärt worden, mit welchen Ängsten und wirklichen Mächten Kafka kämpfte, noch hat er etwas über die wirkliche Unterdrückung der Tschechen durch die Faschisten gelernt. Anscheinend meint der Regisseur, daß Behördenwillkür immer und überall gleich ist und beliebige Menschen zu Opfern macht. — (anl)

„Grüne Tomaten“: Tomaten mal anders

Es gibt sie noch — Filme, die den Alltag und die Probleme von Menschen widerspiegeln, ohne allzudick aufzutragen. In diesem Fall geht es um eine Geschichte vierer Frauen, in der ihr Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit dargestellt wird. Aber auf eine nichtverletzliche und glaubwürdige Art und Weise.

Im US-Staat Alabama besucht ein Ehepaar in mittleren Jahren eine ältere Verwandte im Seniorenheim, die allerdings jedesmal unfreundlich reagiert. Die Ehefrau (gespielt von Kathy Bates) freundet sich kurz darauf mit einer älteren Dame (gespielt von Jessica Tandy) an, die ihr eine Geschichte aus ihrem Leben erzählt. Die Geschichte, die ungefähr 50 Jahre zurückliegt, wird in Rückblenden gezeigt und entwickelt sich zur Haupthandlung. Diese alte Geschichte ist die Geschichte zweier Mädchen, die sich durch einen Unglücksfall kennenlernen und sich später anfreunden. Eine von beiden heiratet und wird darauf von ihrem Mann ständig geschlagen. Die andere, sie wird R.G. genannt, nimmt sie bei sich auf und sie betreiben das „Whistle Stop Café“. Als nun der Ehemann der anderen das gemeinsame Kind entführen will, verschwindet er auf geheimnisvolle Weise. Ein

Polizist vermutet, daß er von R.G. umgebracht wurde; R.G. steht dann auch vor Gericht, wird aber durch Hilfe der Freundin freigesprochen. Erst am Schluß des Films erfährt man, was mit dem Mann passiert ist, aber das ist eine Pointe des Films.

Während nun die alte Dame diese Geschichte erzählt, wobei sie von der Ehefrau über Monate mehrmals besucht wird, versucht nun diese Frau, sich mehr und mehr von ihrem Ehemann zu emanzipieren und letztlich ihre Ehe zu retten. Sie belegt diverse Kurse, aber ihr Mann registriert das nicht. Erst nach einer Aussprache am Ende des Films beginnt er zu verstehen. Die Frau ist von der Geschichte der alten Dame so gefangen, daß sie sich in ihrem Verhalten ändert und sich im Alltag nicht mehr alles gefallen läßt. Die Frage aber, welche Rolle die Geschichtenerzählerin in ihrer eigenen Geschichte einnimmt, wird erst am Schluß klar.

Es handelt sich um einen ehrlichen Film, der witzig und an manchen Stellen auch skurril serviert wird. Man kann sich voll auf die Handlung konzentrieren, ohne durch das Auftreten bekannter Schauspieler und Superstars im Film abgelenkt zu werden.

den. Darin liegt ein besonderer Vorteil dieses Films. Ohne den vorgezeichneten Charakter bekannter Stars erscheint der Film am Anfang zwar etwas konturlos, gewinnt aber nach und nach an Farbe und entwickelt sich schließlich zu einem aussagekräftigen Film.

Das Thema Selbstbefreiung der Frau wurde schon vorher in diversen Filmen aufgegriffen, aber noch nie so deutlich vor Augen geführt. Allerdings verfährt man auch hier typisch amerikanisch, nachdem es nur um die Probleme einzelner Menschen geht, die sich selbst helfen müssen, statt daß die Probleme der US-Gesellschaft erkannt und analysiert werden. Ein Hoffnungsschimmer bleibt in der Form, daß sich Frauen einander helfen und gemeinsam vorgehen.

Ein anderes wichtiges Problem, das aufgezeigt wurde, ist das der Zeitlichkeit allen irdischen Daseins. Dies wird besonders durch den Gegensatz von Rückblenden mit Gegenwart deutlich. Fast alle Personen in der Rückblende sind in der Gegenwart tot, das wirkt im Film fast wie ein kleiner Schock. Man beginnt vertiefter über sein eigenes Leben nachzudenken.

Insgesamt vermittelt der Film „Grüne Tomaten“ viel Gefühl und Menschlichkeit und ist eine wohlthuende Alternative zum aktuellen Kinoprogramm, besonders zu dem unvorstellbar grausamen neuen Kinofilm „Alien 3“! — (joe)

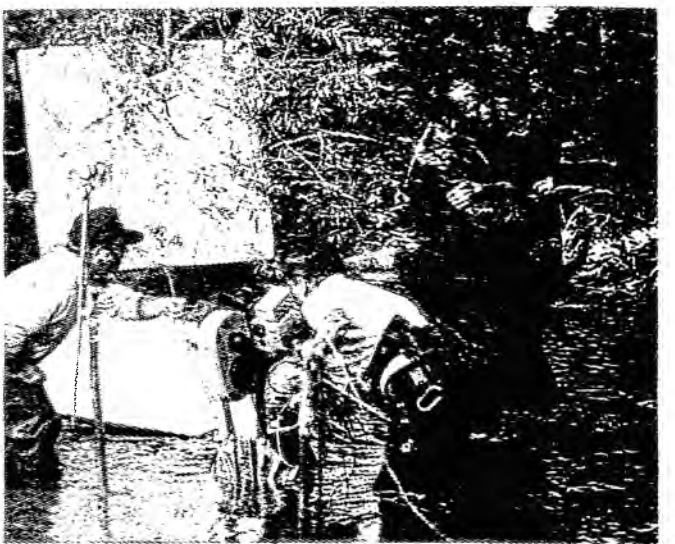
„Von Mäusen und Menschen“: Leben von US-Erntearbeitern

Der gleichnamige Roman des amerikanischen Schriftstellers John Steinbeck (1902-1968) erzählt von der Freundschaft zweier Männer, die gezwungen sind, als Wanderarbeiter von Farm zu Farm zu ziehen. Sie haben kein Vermögen, das ihnen erlauben würde, selbst eine Farm zu kaufen und zu bewirtschaften. Aber sie haben diesen Traum vom eigenen Stück Land. Er bestimmt ihr Leben. Mit diesem Traum können sie die Schikanen des Wanderarbeiterlebens leichter ertragen: Abhängigkeit von den Farmbesitzern, ständiges Umherziehen an die Suche nach einer Saisonarbeit, häufig auf der Flucht als blinde Passagiere im Güterwagen, primitivste Lebensbedingungen und am Ende des Monats ein bißchen Lohn. Gerade so viel, um am Wochenende in die Stadt zu fahren, um sich dort zu zerstreuen.

John Steinbeck schildert in seinen sozialkritischen Romanen, (u. a. *Stürmische Ernte, Früchte des Zorns*) dieses Leben der Erntearbeiter in den USA der zwanziger und dreißiger Jahre. Immer erzählt er aus der Sicht der Unterdrückten und voll Sympathie für ihren Widerstand. Im Mittelpunkt von *Mäusen und Menschen* steht nicht der organisierte Protest der Erntearbeiter gegen die Plantagenbesitzer, sondern

der Versuch der beiden Männer, dieses abhängige und unstete Leben zu überwinden. Das Besondere an dieser Freundschaft ist, daß der eine von ihnen geistig auf der Entwicklungsstufe eines Kindes geblieben ist. Der andere, ein selbstbewußter junger Arbeiter, steht ihm in allem zur Seite. Gemeinsam suchen sie Arbeit und oftmals müssen sie fliehen, weil der Behinderte in seiner Naivität wider die gesellschaftlichen Regeln verstoßen hat.

Im Film wird diese Freundschaft zwischen den Beiden sehr gut herausgearbeitet. Er könnte deshalb wie ein Plädoyer für das Leben mit Behinderten verstanden werden; aber auch wie eine Mahnung, daß dieses Miteinanderleben und -arbeiten am Unverständnis anderer Menschen scheitern kann. Insofern ist der Film auch aktuell. — (ccs)



Dreharbeiten im Schlamm

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

25/82

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis: Hüseyin Celebi (gefallen in Kurdistan, früher zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, W-1000 Berlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugsbedingungen (ab 1.1.93): Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo

78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2
für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz